

3. Der Sozialismus und weitere Arbeitshypothesen

“Maximale Produktivität einerseits, die Herrschaft des sozialen Rechtes sowohl in der Verteilung der Last der Arbeit als in der des Genusses der Güter andererseits – das sind die beiden Wirtschaftsziele, die der Sozialismus anstrebt.”¹⁰⁰

(Karl Polanyi)

In diesem Kapitel werden die ersten beiden Schritte des Utopieprozesses (Abschnitt 2.4.3, Tabelle 1) durchlaufen und es wird eine größere Zahl von Arbeitshypothesen zumeist anhand einer historisch-kreativen Analyse (vgl. Abschnitt 2.7) gebildet. Die Schritte werden hier nicht streng getrennt, sondern eher in rekursiver Art mehrfach durchlaufen. Dabei wird die generelle, auf Marx basierende Kritik an einem dysfunktionalen Wirtschaftssystem um weitere Fokusthemen ergänzt, um den geschichtlichen Hintergrund genauer zu betrachten und bereits angedachte Lösungsansätze aufzuspüren. Die gesammelten Arbeitshypothesen werden am Schluss nochmals übersichtlich dargestellt und mit einer einfachen Typisierung charakterisiert. Sie bilden so den „Rohstoff“ für die weitere Modellentwicklung.

3.1. Kritik an der globalisierten Wirtschaftsweise

3.1.1. Sozialismus als Methode der Kritik und als Lösungsweg

Seit das Wirtschafts- und Finanzsystem als solches sich in der menschlichen Gesellschaft stärker herausgebildet, sich differenziert und zu einem weltweiten, globalen System entwickelt hat – der Einfachheit wird hier auf einen Zeitraum ab Beginn der industriellen Revolution¹⁰¹ referiert – sind auch immer wieder explizite Kritiken daran veröffentlicht worden. Anfänglich vielleicht noch gegen einzelne Auswüchse gerichtet, mussten sich die Kritiken anlässlich der Entwicklung eines neuen, prekären Arbeiter-

¹⁰⁰ Polanyi, 2005a, S. 108

¹⁰¹ Um hier noch präziser zu sein ab der Erfindung der ersten echt gebrauchsfähigen Dampfmaschine durch James Watt (1769)

standes und zunehmenden Pauperismus bald gegen das Wirtschaftssystem als Ganzes richten. Als die gesellschaftlichen Zustände im 19. Jahrhundert immer dramatischer wurden und eine immer grösser werdende, am oder unter dem Existenzminimum lebende Arbeiterklasse (Proletariat) einer immer reicher werdenden und offensiver auftretenden Fabrikherrenklasse (Kapitalisten) gegenüberstand, entstand „der Sozialismus“ als Sammelbecken für fundierte Kritik, Vorschläge zur Veränderung und als vielgestaltige Bewegung der Arbeiterschaft hin zu aktiver Veränderung der Zustände. Der Sozialismus wurde auch als politische Ideologie verstanden, die auf zentralen Werten von Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität Elemente der Aufklärung und der Französischen Revolution weiterführte und (verkürzt) die Beseitigung oder Überwindung des Kapitalismus anstrebte. Prominentester Vertreter dieser Bewegung war Karl Marx, der eine weitreichende Analyse der beschriebenen Zustände vorlegte. Er wollte das vielfältige sozialistische Denken und Bestreben durch die Methode eines „*Wissenschaftlichen Sozialismus*“ zu einer Einheit verbinden¹⁰². Damit stellte sich Marx nicht nur gegen den Kapitalismus, sondern er versuchte auch die Nationalökonomie weiterzuentwickeln und als werteorientierte Wissenschaft in einem gesamtgesellschaftlichen Prozessdenken zu verankern. Sein zentraler Ansatz war dabei, dass er die Geschichte der Menschheit als eine Geschichte der wachsenden Entwicklung des Menschen, verbunden mit seiner gleichzeitig wachsenden Entfremdung, sah (Fromm, 2018, S. 59). Marx' Vorstellung des Sozialismus folgte seinem Menschenbild gemäß Erich Fromms Interpretation (Fromm, 2018, S. 74). Die Befreiung von der Entfremdung und die Rückkehr des Menschen zu sich selbst als Selbstverwirklichung waren entsprechend ein Kern von Marx' Sozialismus bzw. Kommunismus, wie er ihn später bezeichnete (Fromm, 2018, S. 59). Die Auffassung von Selbstverwirklichung musste dabei in enger Verbindung mit dem Begriff der Arbeit verstanden werden, indem Arbeit und Kapital nicht lediglich ökonomische Kategorien, sondern anthropologische, menschliche Kategorien sind, die von der Wertung des Menschenbildes her bestimmt werden. Das Kapital als aufgehäuftes Ergebnis der Arbeit repräsentiert dabei die Vergangenheit, die Arbeit selbst die Gegenwart und, sofern sie frei ist, auch den Ausdruck des Lebens (vgl. Fromm, 2018, S. 55). Dazu sagte Marx: *„In der bürgerlichen Gesellschaft ist die lebendige Arbeit nur ein Mittel, die aufgehäuften Arbeit [das Kapital] zu vermehren. In*

102 Dabei war vieles davon durch die Kraft seiner eigenen grundsätzlichen Haltung „zusammengeschweißt“ (vgl. Schumpeter, 2018, S. 17) und stellte gerade dadurch die Grundsätze der Wissenschaftlichkeit wieder in Frage.

der kommunistischen Gesellschaft ist die aufgehäuften Arbeit nur ein Mittel, um den Lebensprozeß der Arbeiter zu erweitern, zu bereichern, zu befördern.“ (Marx / Engels 1988, S. 62) Daher ist der Kerngedanke des Sozialismus die Vorstellung des tätigen, produktiven, schaffenden Menschen, der die Welt mit seinen Kräften ergreift und so in direkte lebendige Beziehung zu ihr tritt, sie dadurch verwandelt und auch sich selbst mit-verwandelt und sich so selbst verwirklicht (vgl. Fromm, 2018, S. 59). Dem entgegen stehen die Negation dieser Vorstellung von Produktivität und die Verhinderung dieser Entwicklung, die sich in der Entfremdung und dem daraus folgenden System des Kapitalismus niederschlägt. Dieser Kern der Problematik soll im Folgenden noch genauer untersucht werden.

3.1.2. Die Entfremdung als Kern der individuellen und gesellschaftlichen Problematik

Die Idee eines marxistischen Materialismus, der das menschliche Streben nach größtmöglichem Profit und Bequemlichkeit als oberstes psychologisches Motiv des Menschen sieht, entspricht nicht den Intentionen von Marx. Er vertrat ein viel differenzierteres Bild einer geistigen Emanzipation des Menschen und einer Befreiung von den Fesseln einer negativen wirtschaftlichen Bestimmtheit. (vgl. Fromm, 2018, S.16f.) Dieser Befreiung entgegen stand aber das Hindernis einer zunehmenden Entfremdung: *„Entfremdung (oder Entäußerung) bedeutet für Marx, dass der Mensch sich selbst in seiner Aneignung der Welt nicht als Urheber erfährt, sondern dass die Welt (die Natur, die anderen, und er selbst) ihm fremd bleiben. [...] Entfremdung heißt, die Welt und sich selbst wesentlich passiv, rezeptiv, in der Trennung von Subjekt und Objekt zu erfahren.“* (Fromm, 2018, S. 59) Die wachsende Erstarrung, Leere und Leblosgkeit wurde auch von anderen Denkern wie Spinoza, Fichte, Goethe und Schiller kritisiert. Der Begriff der Entfremdung wurde von Hegel geprägt, der die menschliche Geschichte auch als Geschichte der Entfremdung versteht (vgl. Fromm, 2018, S. 61f.). Im Frühwerk der ökonomisch-philosophischen Manuskripte beschreibt Marx ein neues Verständnis des Zusammenhangs von Privateigentum, Habsucht, Entwertung von Menschen, Monopol und Konkurrenz mit der Trennung von Arbeit, Kapital und Grundeigentum durch die Entfremdung, das es *„mit dem Geldsystem“* zu begreifen gelte (vgl. Marx, 2014, S. 511). Dieser wichtige Hinweis wird hier noch aufgegriffen werden.

Nach Marx zeigt sich die Entfremdung oder Entäusserung der Arbeit in der negativen Prägung von drei Verhältnissen (vgl. Marx, 2014, S. 515–516):

1. *„Das Verhältnis des Arbeiters zum Produkt der Arbeit“, das ihm als fremder und nicht mehr zugehöriger Gegenstand erscheint, gleich seinem „Verhältnis zur sinnlichen Außenwelt und zu den Naturgegenständen als einer fremden, ihm feindlich gegenüberstehenden Welt“.*
2. *„Das Verhältnis der Arbeit zum Akt der Produktion innerhalb der Arbeit. Dies Verhältnis ist das Verhältnis des Arbeiters zu seiner eignen Tätigkeit als einer fremden, ihm nicht angehörigen, die Tätigkeit als Leiden, die Kraft als Ohnmacht, die Zeugung als Entmannung, die eigne physische und geistige Energie des Arbeiters, sein persönliches Leben – denn was ist Leben [anderes] als Tätigkeit – als eine wider ihn selbst gewendete, von ihm unabhängige, ihm nicht gehörige Tätigkeit.“*
3. *„Indem die entfremdete Arbeit dem Menschen 1. die Natur entfremdet, 2. sich selbst, seine eigne tätige Funktion, seine Lebenstätigkeit, so entfremdet sie dem Menschen die Gattung; sie macht ihm das Gattungsleben zum Mittel des individuellen Lebens. Erstens entfremdet sie das Gattungsleben und das individuelle Leben, und zweitens macht sie das letztere in seiner Abstraktion zum Zweck des ersten, ebenfalls in seiner abstrakten und entfremdeten Form.“*

Diese existenzielle „Entfremdung der Gattung“, heute würde man vielleicht „Entfremdung von der Gemeinschaft“ oder „in der Gesellschaft“ sagen, *„führt zu einem existenziellen Egoismus“* (Fromm, 2018, S. 69), den Marx als die Verwandlung *„zum Mittel seiner individuellen Existenz“* (Marx, 2014, S. 517) beschreibt. Das heißt, „die anderen“ werden so nur noch als Gehilfen zu Erfüllung der persönlichen Bedürfnisse betrachtet, und es findet eine Entfremdung des Menschen vom Menschen statt. Marx prägt darauf einen wichtigen „Grundsatz der Entfremdung“ oder auch „Grundsatz der Selbstverwirklichung“, der hier sprachlich etwas vereinfacht dargestellt wird:

Die Entfremdung des Menschen, überhaupt jedes Verhältnis, in dem der Mensch sich selbst verwirklicht, drückt sich aus in dem Verhältnis, in welchem der Mensch zum anderen Menschen steht.¹⁰³ (vgl. Marx, 2014, S. 518)

103 Im Original mit einer ersten sinnverfälschenden Ergänzung und Kommasetzung des Lektors: *Die Entfremdung des Menschen, überhaupt jedes Verhältnis, in dem der Mensch zu sich selbst [steht], ist erst verwirklicht, drückt sich aus in dem*

Diese Entfremdung führt nun zur Pervertierung aller Werte. Indem der Mensch den Erwerbsaspekt der Arbeit zum höchsten Ziel seines Lebens macht, versäumt er es, moralische Werte zu entwickeln, die ihn auch sich selbst näherbringen würden (vgl. Fromm, 2018, S. 69). Stattdessen gerät er im Zustand der Entfremdung in ein Gefühl der Abhängigkeit von allen anderen und entsprechend in Zustände der Trennung und der Angst, dass die anderen ihm nicht geben, wessen er bedarf. Damit entsteht ein Klima des Misstrauens. Um dieses Gefühl der fehlenden Sicherheit und des gestörten Vertrauens zu bezwingen, greift der Mensch zu Substituten, die ihm diese Sicherheit wieder zurückgeben sollen. Das erste Substitut ist die Aneignung der Produktionsmittel. Damit kann derjenige, der sich diese durch Intelligenz, Gewalt oder Erbschaft angeeignet hat, andere dazu bringen, für ihn zu arbeiten und ihm einen Teil des Mehrwertes ihrer Arbeit als Profit zu überlassen. Damit kann er sich dann weitere Produktionsmittel aneignen und ein immer größeres Vermögen anhäufen, das ihm diese fehlende Sicherheit verleihen soll. Da dieses Verhalten aber die Entfremdung in ihm und in der Welt vergrößert, sind das Vermögen und die damit verbundene Macht nie groß genug, müssen also immer weiter wachsen. Diejenigen, die nun den Zeitpunkt verpasst haben, sich die Produktionsmittel zu sichern, oder die nicht mächtig genug sind, sich solche zu rauben, oder nicht schlau genug, „*dem anderen ein Bedürfnis zu schaffen, um ihn in eine Abhängigkeit zu versetzen*“ (Marx, 2014, S. 546), die sich also als „Arbeiter“ verdingen müssen, müssen nun dieses im Kerne unerträgliche Gefühl der Entfremdung mit viel weniger Mitteln bekämpfen und greifen dazu zum übermäßigen Konsum, betreiben also einen Missbrauch der Güter und Waren, die so einen Fetischcharakter (Marx) annehmen¹⁰⁴. Diese beiden Süchte, die Profitsucht und die Konsumsucht, bedingen sich also gegenseitig. In dieser „Welt der Entfremdung“ braucht es nun ein Mittel, das die immer größeren Abstände (Abgründe) überbrücken kann, die sich in und zwischen den Menschen bilden. Hier taucht nun das Geld auf, ein Mittel, mit dem Anonymität und räumliche wie auch zeitliche Distanz elegant überbrückt werden können. Allerdings führt die Verwendung von Geld, insbesondere wenn es wie heute durch Eigeninteressen von Mächtigen gestaltet wird, zu einer weiteren Verstärkung, ja Potenzie-

Verhältnis, in welchem der Mensch zu d[em] andren Menschen steht. (Marx, 2014, S. 518)

104 Dies wird heute sehr deutlich in der Werbung aller großen Marken, die eigentlich Kultobjekte verkaufen, nicht Gebrauchsgüter.

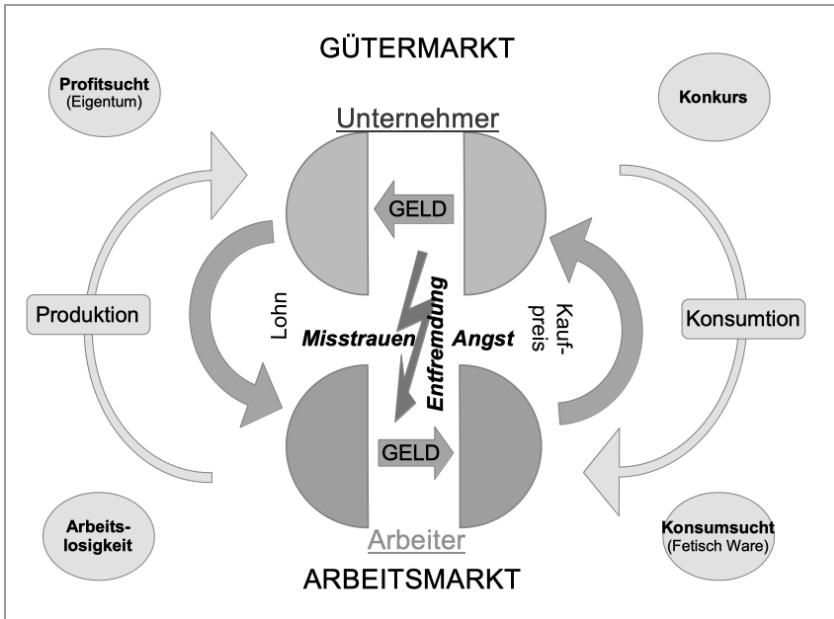
rung von negativen Effekten. Das Geld wird so zum eigentlichen Mittel der Entfremdung. Dazu Marx in seiner etwas drastischen Sprache:

„Mit der Masse der Gegenstände wächst daher das Reich der fremden Wesen, denen der Mensch unterjocht ist, und jedes neue Produkt ist eine neue Potenz des wechselseitigen Betrugs und der wechselseitigen Ausplünderung. Der Mensch wird um so ärmer als Mensch, er bedarf um so mehr des Geldes, um sich des feindlichen Wesens zu bemächtigen, und die Macht seines Geldes fällt grade im umgekehrten Verhältnis als die Masse der Produktion, d.h., seine Bedürftigkeit wächst, wie die Macht des Geldes zunimmt. – Das Bedürfnis des Geldes ist daher das wahre, von der Nationalökonomie produzierte Bedürfnis und das einzige Bedürfnis, das sie produziert. – Die Quantität des Geldes wird immer mehr seine einzige mächtige Eigenschaft; wie es alles Wesen auf seine Abstraktion reduziert, so reduziert es sich in seiner eignen Bewegung als quantitatives Wesen. Die Maßlosigkeit und Unmäßigkeit wird sein wahres Maß.“ (Marx, 2014, S. 547)

Hier werden – wie gesagt – die Marx’schen Aussagen insofern relativiert, als dass diejenigen Arten des Geldes – die konventionellen Währungen –, die sich in der Neuzeit auch aufgrund von Gier, Spekulationssucht und Egoismus durchgesetzt haben, damit gemeint sind. Diese Erkenntnisse lassen sich im folgenden Schema illustrieren, das die Substitutionsfunktion von Geld in einer entfremdeten Gesellschaft darstellt.

Ein weiterer Aspekt, der hier gezeigt werden kann, ist die innere Trennung beim Arbeiter, der auf der einen Seite einen „Job“ erledigt, in dem er meist etwas produziert, das er nicht bestimmen darf, dafür Geld erhält, womit er aber nun beim Konsum beliebig bestimmen kann, was er kauft. Er muss sich nicht festlegen, auf welches Produkt er gerade Lust hat und wen im Markt er berücksichtigt. Das hat zur Folge, dass der Unternehmer (als Kapitalist) auch einer großen Unsicherheit in Bezug auf das, was in der äußeren Trennung „der Markt“ (in Wirklichkeit die Käufer) entscheidet, ausgesetzt ist. Die Drohung des Konkurses oder Verlustes führt wiederum dazu, dass er mehr Profit und ein größeres Vermögen anstrebt, um sich gegen diese Gefahr abzusichern. Er versucht also möglichst wenige Arbeiter zu beschäftigen, was diese wiederum mit der Gefahr der Arbeitslosigkeit konfrontiert, die sie neben anderem mit einer erhöhten Anfälligkeit auf Versprechungen der Werbung und dem Kauf von entsprechenden Produkten zu kompensieren suchen.

Abbildung 16: Die Substitutionsfunktion von Geld in einer entfremdeten Gesellschaft



Abweichend von Marx wird das Resultat der gesellschaftlichen Entfremdung hier im Markt lokalisiert, in dem Konkurrenten „keine gegenseitige Absprache“ treffen sollen und angehalten sind, sich zueinander potenziell feindlich zu verhalten. Das Geld überbrückt als einziges Mittel sowohl die innere als auch die äußere Entfremdung und erhält dadurch eine zentrale Bedeutung. Da es aber an dieser Stelle die Entfremdung nicht reduziert, sondern verstärkt, kann das ganze System nur durch eine laufende Steigerung der Geldmenge weiterexistieren, wie von Marx oben beschrieben.

Dieses Bild (Abbildung 16) zeigt sehr gut die beiden Ansatzpunkte für eine „Heilung“: Erstens muss die Trennung zwischen Produzenten (Unternehmer) und Konsumenten (Arbeiter), die durch Misstrauen und Angst genährt wird, beseitigt werden. Dies ist eine sehr alte Erkenntnis, die im eigentlichen Sinn die Grundlage der Genossenschaftsbewegung bildet. Dazu später mehr. Die zweite, neuere Erkenntnis ist die Reduktion der Entfremdung durch die Veränderung des Geldes. Das Geld darf nicht mehr „zwischen“ die Bedürfnisse des Arbeiters nach sinnvoller Arbeit und notwendigem Konsum eingeschaltet werden und es darf auch

nicht mehr in einem Markt der Beliebigkeiten als Entscheidungsmedium missbraucht werden. Das heißt, sowohl das bestehende Geldsystem als auch die Verwendung von Geld in der Wirtschaft müssen komplett neu gedacht, konstruiert und adaptiert werden. Diese beiden Punkte bilden damit den Kern einer neuen Lösung für eine Wirtschaftsweise, die ohne Wachstumsparadigma auskommen kann. Sie sollen hier als Haupt-Arbeits-thesen zusammengefasst werden:

- A. Die zunehmende Entfremdung der Menschen von der Natur, von der Arbeit als schöpferischem Akt und durch die Trennung in Produzenten und Konsumenten muss bewusst angegangen und reduziert werden.
- B. Die Rolle von Geld als Substitutionsmittel zur Überbrückung der Entfremdung muss erkannt und durch die Entwicklung eines anderen Geldsystems aufgehoben werden.

Ein Vorschlag, wie die Erfüllung dieser Hypothesen in Form einer Vollgenossenschaft aussehen könnte, wird im nächsten Kapitel dargestellt.

3.1.3. Zeitgenössische Kritik am bestehenden Wirtschafts- und Finanzsystem

Nach dieser analytischen Marx'schen Grundkritik, die ein Fundament der Modellbildung darstellt, soll noch ein Blick auf die neuere und neuste Gesellschaftskritik geworfen werden, die sich nach dem zweiten Weltkrieg langsam zu einer Kritik der Technik, später mit dem ersten Bericht des Club of Rome 1972 (Meadows, 1974) zu einer Kritik des Ressourcenverbrauches, des Umweltschutzes und der fehlenden Nachhaltigkeit und spätestens seit 2008 stärker auch zu einer Kritik des Finanzsystems entwickelt hat. Dazu gibt es seit Anfang der 1950er-Jahre eine große Zahl von fundierten und ernstzunehmenden Analysen, Weckrufen, Erklärungsversuchen und Veränderungsappellen. Die meisten dieser Werke bestehen allerdings zu 80–95 Prozent aus Analysen und nur ein kleiner Teil (5–15 Prozent), meist im letzten Kapitel, widmet sich den möglichen Lösungen (z.B. Bauer, 1988; Chomski, 1993; Forrester, 1996; Marazzi, 1998; Hertz, 2001; Biswanger, 2010; Chesney, 2014; Wagenknecht, 2016; Mausfeld, 2018). Darin sind insbesondere auch drei Werke von Thomas Piketty (2008, 2013,

2019)¹⁰⁵ herauszustellen, der in den letzten Jahren mit seiner Forschung eine sehr fundierte und detaillierte Analyse der aktuellen Situation des Kapitalismus und der immer weiter zunehmenden Ungleichheiten geliefert hat und die Dramatik der Situation auch mit Daten nachweisen kann. Darüber hinaus erschienen und erscheinen laufend eine große Zahl weiterer, aus linker oder marxistisch-intellektueller Perspektive geschriebener Werke ähnlichen Inhalts, von kritischen Werken aus Lateinamerika über kirchlich-religiöse Kritiken bis hin zur letzten Enzyklika von Papst Franziskus (2020) oder Texten von NGO's und UNO-Organisationen über die Bedrohung der Natur und den drohenden Klimawandel.

Viele von diesen hier angeführten Autoren gehen von der Annahme eines normativen Gegen-Ideals zum bestehenden System aus, das mit Eric Olin Wright vielleicht als „radikal-demokratischer Egalitarismus“ (Wright, 2017, S. 77) bezeichnet werden könnte. Wright beschreibt dieses Ideal im Stile Marx' als Widerstandsideal wie folgt: *„Der radikal-demokratische Egalitarismus ist eine umfassende moralische Überzeugung, die alle jenen gesellschaftlichen und kulturellen Praktiken in Frage stellt, die Ungleichheiten im Zugang zu den materiellen und gesellschaftlichen Bedingungen menschlicher Entfaltung erzeugen, und die außerdem alles anfechtet, was den gleichen Zugang zu den Bedingungen individueller, realer Freiheit und kollektiv ermächtigter Demokratie behindert.“* (Wright, 2017, S. 77) Ein weiterer Kritikpunkt vieler Autoren auf der Ebene der heutigen „technotronen“ Gesellschaft kann, mit Erich Fromm dargelegt, vor allem auf zwei Leitprinzipien zurückgeführt werden, die *„dieses System programmieren“*: die Maxime, dass etwas getan werden soll, weil es technisch möglich ist, und *„das Prinzip der maximalen Effizienz und maximalen Produktion“* (Fromm 1991, S. 47f.). Das führt zu einer Fokussierung auf Quantität mit der Folge einer Relativierung und Abwertung von Qualität und einer folgerichtigen Forderung nach Minimierung von Individualität. Dies entspricht der weiter oben besprochenen Idee der Entfremdung.

Aus dieser selektiven und unvollständigen Auswahl an aktueller Kritik lassen sich zwei weitere, sehr einfache Arbeitshypothesen ableiten, die hier neben den Kernthesen als ergänzende Thesen aufgeführt werden:

105 Die entsprechenden Werke sind im Literaturverzeichnis aufgeführt, d.h. entsprechende Erscheinungsjahre der deutschen Ausgaben sind 2016, 2014, 2020.

1. Die bestehende (geldbasierte) Wirtschaft¹⁰⁶ und das herrschende Finanzsystem erzeugen und befeuern eine große Zahl gravierender Probleme und sind nicht nachhaltig.
2. Die globalen Probleme wie Klimaerwärmung, Ausbeutung, Naturzerstörung oder Kriege nehmen zu, und die Menschheit steuert auf größere Katastrophen zu. Es wird deshalb dringend eine andere, nachhaltige Wirtschaft mit einem neuen Finanzsystem benötigt.

3.2. Kritik an bestehendem Geldverständnis

Ein wichtiger Teil dieses Versuches, ein neues Genossenschaftsmodell zu entwickeln, besteht also gemäß Arbeitshypothese B in einem neuen Geldverständnis und einer daraus folgenden Kritik an den bestehenden Vorstellungen von Geld, Währungen und Finanzen. Die bereits im letzten Kapitel geäußerte Kritik muss hier deshalb noch deutlicher erweitert werden.

Insbesondere die letzten Finanzkrisen¹⁰⁷ zeugen davon, dass wir, statt das Instrument Geld zu beherrschen und den wirtschaftlichen Zwecken anzupassen, selbst von diesem Instrument beherrscht werden. Die Verantwortlichen in Banken und Politik suchen bis heute Erklärungen für das, was geschehen ist, ausschließlich innerhalb des konventionellen Geldsystems. Die Beschaffenheit des Systems selbst wird faktisch nicht in Frage gestellt, sondern kleinere „Reparaturen“ sollen es schon richten. Reiffner (2010, S. 369) kommt deshalb in seiner ausführlichen Analyse der Finanzkrise zu folgendem Schluss: *„Nur wenn man die Begrenztheit des Geldsystems und seiner Denkmodelle erkennt, kann man es beherrschen und für seine Zwecke nutzen.“*

Bedingt vermutlich durch die historische Entwicklung der kolonialen Expansion, wird heute implizit von der Vorstellung eines offenen Systems ausgegangen. Bei einem offenen System kann die Geldmenge nicht genau definiert werden, da z.B. durch Goldfunde ein zufälliger Input entsteht, oder Banken nach eigenen Kriterien Geld schöpfen oder löschen können.

106 Alle anderen Wirtschaftstypen ohne direkte Geldverbindung wie Hauswirtschaft, Subsistenzwirtschaft etc. sind hier nicht gemeint.

107 Z.B. 2008 die Subprimekrise oder 2011 die Griechenland-Euro-Krise.

Dazu passt auch die Technik und Politik des Quantitative Easing¹⁰⁸: Es wird dabei keine obere Grenze der Geldschöpfung anerkannt und immer mehr Geld erzeugt. Dies im Gegensatz zum Geld als Denksystem in unseren Köpfen, das ein geschlossenes System sein will, da wir glauben, Geld sei knapp und nur dadurch sei es wertvoll (Paul, 2012). Außerdem gehört zu diesem Denken der Glaube, dass alle Geldbewegungen auf eine „Leistung“ bezogen seien und nachvollziehbar sein sollen, und die Buchhaltung am Schluss aufgehen muss. Dass es in Wirklichkeit aber heute eine Quelle (oder auch mehrere) gibt, die ohne Limiten immer neues Geld einspeisen, ist in einem solchen Denken nicht vorgesehen. Es wird überdeckt durch die Meldung, dass mit dem neu geschaffenen Geld „Anleihen“, also Beteiligungen, gekauft würden und somit auch ein Wert vorhanden sei. Es müssen aber so laufend weiterer Wert geschaffen und vorhandener Wert monetarisiert werden, damit immer mehr „Wert“ ausgewiesen werden kann. Das heißt, die Wirtschaft und die Werte müssen massiv wachsen. Die Erfahrung, aber auch die Zahlen des Wirtschaftswachstums deuten aber darauf hin, dass die Realwirtschaft praktisch stagniert, und Naturressourcen wie Urwälder, Fischgründe etc. ebenfalls an Wert abnehmen oder verschwinden und es keine neuen Dinge, die noch monetarisiert werden könnten, mehr gibt. Einzig Boden und Grundstücke können noch teurer werden, und spekulative Vorstellungen von zukünftigen Gewinnen können in Form von steigenden Aktienkursen noch kreditiert werden. Dies alles sind Vorgänge, die früher unter dem Begriff „Inflation“ als zerstörerisch eingeordnet worden wären, heute aber als erstrebenswert gelten.

Diese Doppelnatur, ja Schizophrenie von Geld – einerseits grenzenlose Vermehrbarkeit (offenes System), andererseits Rechnungs- und Zahlungseinheit für eine begrenzte Wirtschaftsleistung (geschlossenes System, Knappheit) – wird heute aber ausgeblendet oder als „naturgegeben“ angesehen. Weder von Politikerinnen und Politikern noch von einer Vielzahl von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ist zu erwarten, dass sie diesen Widerspruch ernsthaft hinterfragen. Im Gegenteil: *„Das Finanzsystem verlangt heute von seinen Kritikern, dass sie für die Probleme des Geldsystems Geldlösungen vorlegen, bevor sie ihre Kritik formulieren dürfen. Sie werden dadurch zu Co-Alkoholikern, die den Teufel mit dem Beelzebub austreiben wollen.“* (Reifner, 2010, S. 368)

108 Quantitative Easing, auch „quantitative Lockerung“: eine Massnahme z.B. der EZB zum Kauf von Anleihen, vgl. https://www.ecb.europa.eu/explainers/show-me/html/app_infographic.de.html, Zugriff 03.08.2020.

3.2.1. Geld ist kein Tauschmittel

Geld und Währungen werden in den neoklassisch orientierten Wirtschaftswissenschaften üblicherweise als „Tauschmittel“ vorausgesetzt oder vereinfacht als Grundlage und Maßeinheit des Wirtschaftens an sich betrachtet (Degens, 2018, S. 31ff.) und in jedem Fall nicht als Objekt eines Veränderungsansatzes angesehen. Der provokative Titel „Geld ist kein Tauschmittel“ soll dazu dienen, die Relevanz der Behauptung, Geld sei ein Tauschmittel (a means of exchange), die in praktisch allen Volkswirtschaftslehrbüchern und in der verbreiteten Definition von „Geld“ verwendet wird, nochmals zu prüfen.

Die Tausch-Prämisse wurde historisch und in heterodoxen ökonomischen sowie soziologischen Ansätzen schon lange relativiert und auch widerlegt (Martignoni 2018b; Antoniadis et.al. 2016). Bendixen schreibt bereits 1910 in seinem Aufsatz „Vom Geldwert I“: *„Anders die heute noch herrschende Geldlehre. Die kann sich nicht loslösen von der überlebten Anschauung, daß das Geld im Verkehr als ‚wertvolles Tauschgut‘ fungiere. [...] Statt zu fragen, wozu dient uns das Geld, welchen Zweck hat es zu erfüllen, wie muss es demnach beschaffen sein und geschaffen werden.“* (Bendixen, 1912, S. 24). Paul (2012) schreibt: *„Sowohl von der ökonomischen als auch von der soziologischen Theorie wird Geld weiterhin als Tauschmittel aufgefaßt. Es gilt als glückliche Entdeckung zur Erleichterung des Tauschs. Diese Auffassung ist unbefriedigend, um nicht zu sagen empirisch falsch und theoretisch inkonsistent. Geld ist nicht neutral, sowenig wie der Tausch selbstverständlich.“* (S. 233). Bis heute hat sich aber trotzdem die Sichtweise des Tausches durchgesetzt.

Interessant ist dann aber, dass bereits in gewöhnlichen Lehrbüchern der Volkswirtschaft (z.B. Samuelson, 2010 oder Brunetti, 2008) nicht auf den Tausch als solchen eingegangen wird, sondern dieser vorausgesetzt wird. Auch die populäre Definition in Wikipedia¹⁰⁹ ist sehr aufschlussreich:

„Tausch ist eine rechtswirksame gegenseitige Übertragung von Waren, Dienstleistungen und/oder Werten zwischen natürlichen und/oder juristischen Personen.“ Und weiter: *„Der Tausch beruht auf den gesellschaftlichen Institutionen des Eigentums- und des Vertragsrechtes.“*

Das BGB verweist im § 480 (Tausch) direkt auf den Kauf und behandelt den Tausch lediglich mit einem Satz: *Auf den Tausch finden die Vorschriften über den Kauf entsprechende Anwendung.*

Es wird dabei also klar auf das Eigentumsrecht und den Kauf verwiesen. Ähnlich auch im Wörterbuch der Wirtschaft (Grüske/Recktenwald, 1995):

109 Zugriff 06.03.17, 13:00.

„Tausch ist wirtschaftlich die wechselseitige Übertragung von Gütern, der auf Arbeitsteilung beruhende Austausch von Leistungen. Rechtlich ist Tausch ein gegenseitiger Vertrag, der auf Umsatz von Ware gegen Ware gerichtet ist, im Gegensatz zum Kauf, bei dem es sich um Umsatz von Ware gegen Geld aufgrund von Preisen handelt.“

Hier wird sogar der Kauf als „Gegensatz“ zum Tausch bezeichnet. Auch in anderen Definitionen wird Geld nicht als Tauschkategorie eingeführt, sondern im Zusammenhang mit Geld wird vom Kauf gesprochen. Während jemand beim Tausch unmittelbar vom Partner eine Ware oder Dienstleistung erhält, die er sich (hoffentlich) gewünscht hat, erhält er beim Kauf eine Zahlung in Geld, d.h. eine Anzahl „Gutscheine“, für die nicht der Tauschpartner verantwortlich ist, sondern unbenannte Dritte. Der Verkäufer erwartet, dass diese „Gutscheine“ (wann er will und bei wem er will) gegen ein gewünschtes Gut eingelöst werden können. Der entscheidende Punkt ist nun nicht, dass der Tausch *„nunmehr in zwei getrennte Akte zerlegt wird, und sich jeder dieser beiden Akte seinerseits wieder als Tausch darstellen lässt, Ware gegen Geld und Geld gegen Ware“* (Röpke, 1979, S. 114), sondern dass mit dem Geld ein Wechsel der Ebene vom Individuum zum Kollektiv stattgefunden hat. Röpke erwähnt dies in der Folge auch (1979, S. 116): *„Man hat Geld daher auch mit einem Eintrittsbillet zum „Sozialprodukt“ (d.h. zu dem jeweils vorhandenen Fonds an Gütern und Leistungen) verglichen oder es geradezu als eine „Anweisung auf das Sozialprodukt“ bezeichnen können.“* Röpke selbst zweifelt im Anschluss jedoch an dieser Sichtweise. Dennoch ist leicht ersichtlich, dass Geld nur bei vielen Teilnehmenden, also im Kollektiv, existieren kann. Es muss von einer genügend großen Anzahl von Menschen und Institutionen anerkannt sein, ob freiwillig oder zwangsweise, sonst verliert es seinen Geldcharakter rasch.

Der erste Fehler in der individualistischen „Tauschtheorie“ des Geldes ist also, dass Geld als Ware gesehen wird, die einen direkten Tauschwert darstellt. Dies ist offensichtlich falsch. So stellen z.B. auch Gold- und Silbermünzen keine Ware dar, es sei denn, man würde sie gleich einschmelzen und z.B. zu Essbesteck verarbeiten, das man eigentlich bräuchte.

Der zweite Fehler ist, dass beim Übergang vom Tausch zum Geld dieses unhinterfragt vorausgesetzt wird. Die Grundlage für Geld ist jedoch ein Kollektiv, das das Geld bereits eingeführt hat, und die einfachste und wirkungsvollste Einführung von Geld muss auch kollektiv geschehen, z.B. durch den Souverän oder in neuerer Zeit durch den Staat. Bereits Polanyi hat dies gesellschaftlich-historisch begründet: *„Der Staat [...] war de facto Garant des Wertes des Zeichengeldes, das er als Zahlungsmittel für Steuern*

und andere Zwecke akzeptierte. Das Geld war kein Tauschmittel, es war ein Zahlungsmittel; es war keine Ware, es war Kaufkraft. Das an sich nutzlose Geld stellte bloss ein Zeichen dar, das einen bestimmten Anspruch auf käufliche Dinge verkörpert. Klarerweise war eine Gesellschaft, in der die Distribution vom Besitz solcher Zeichen der Kaufkraft abhing, eine von der Marktwirtschaft völlig verschiedenartige Konstruktion.“ (Polanyi, 2014, S. 265–266)¹¹⁰

Geld bzw. die Geldordnung ist dabei ein soziales Konstrukt oder genauer: ein Teil einer (staatlichen) Rechtsordnung. Dies wurde in Bezug auf staatliches Geld bereits von Knapp (1905) festgestellt und ausführlich dargelegt. Damit erübrigt sich auch der Tauschbegriff, der eine sehr partikuläre und unvollständige Sichtweise repräsentiert und sich für ein adäquates Geldverständnis als äußerst hinderlich erwiesen hat. Stattdessen werden hier die Begriffe „Kaufen“ und „Verkaufen“ verwendet, und Geld wird zum Zahlungsmittel und gehört damit in den Rechtsbereich. Man kann hier auch den Begriff des Geldes als *diskursive Institution* einführen (Bindewald, 2018), womit vertiefte Erklärungsansätze zugänglich gemacht würden.

Die irreführende Auffassung von Geld als Tauschmittel wurde auch durch Marx verstärkt, der klar sah, dass „[d]er Warenaustausch beginnt, wo die Gemeinwesen enden, an den Punkten ihres Kontakts mit fremden Gemeinwesen oder Gliedern fremder Gemeinwesen. Sobald Dinge aber einmal im auswärtigen, werden sie auch rückschlagend im innern Gemeinleben zu Waren.“ (Marx, 1872, S. 80), d.h. der den Tausch richtigerweise als auf der zwischengemeinschaftlichen Ebene entstanden ansah, von wo er auf die Gemeinschaft zurückwirkt. Marx fixierte sich dann aber nur auf den merkantilen Bereich und versuchte, die Geldentstehung als faustisch-ingeniöse Tat zur Lösung eines bereits vorausgesetzten Austauschproblems zu deuten: „In ihrer Verlegenheit denken unsre Warenbesitzer wie Faust. Im Anfang war die Tat. Sie haben daher schon gehandelt, bevor sie gedacht haben. Die Gesetze der Warennatur betätigten sich im Naturinstinkt der Warenbesitzer. Sie können ihre Waren nur als Werte und darum nur als Waren aufeinander beziehn, indem sie dieselben gegensätzlich auf irgendeine andre Ware als allgemeines Äquivalent beziehn. Das ergab die Analyse der Ware.“ (Marx, 1872, S. 79)

Die Idee, dass es in diesem Handelssystem einen Wertmaßstab geben müsse, ist zwar naheliegend, aber der induktive Kurzschluss, dass ein Wertmaßstab dann auch Geld sein müsse, ist nicht zulässig. Marx sieht zwar auch den entscheidenden Punkt: „Aber nur die gesellschaftliche Tat kann eine

110 Im englischen Original, Polanyi, 2001, S. 205.

bestimmte Ware zum allgemeinen Äquivalent machen.“ (Marx, 1872, S. 79), nämlich dass nur die Gesellschaft, also das Kollektiv, ein allgemeines Äquivalent (= Geld) bestimmen kann, er fährt dann aber weiter mit der Idee der „spontanen Entstehung“ von Geld als einer bestimmten Ware: „Die gesellschaftliche Aktion aller andren Waren schließt daher eine bestimmte Ware aus, worin sie allseitig ihre Werte darstellen. Dadurch wird die Naturalform Ware gesellschaftlich gültige Äquivalentform. Allgemeines Äquivalent zu sein wird durch den gesellschaftlichen Prozeß zur spezifisch gesellschaftlichen Funktion der ausgeschlossenen Ware. So wird sie – Geld.“ (Marx, 1872, S. 79)

Marx wurde hier vielleicht zu stark von Darwins Evolutionstheorie beeinflusst und sieht die Geldentstehung als eine Art linearen, natürlichen Prozesses. Dabei übergeht er menschliche Komponenten und Eingriffe beim Geld, z.B. bei den ersten Münzprägungen durch die Könige in Lydien¹¹¹, oder die Frage der Gabe, die bei allen Völkern mit einer Verpflichtung verknüpft ist (Mauss, 1968). Auch die noch viel weiter zurückreichende sumerische Tempelbuchhaltung ist nicht durch Tauschbedürfnis und zufälliges Händlerverhalten, sondern durch gemeinschaftsbezogene Organisationsentscheide der Priesterschaft entstanden (vgl. Paul, 2017, S. 72ff.)¹¹².

Arbeitshypothese:

3. Die Auffassung, Geld sei ein „Tauschmittel“, ist irreführend und verschleiert den kollektiv verfassten Grundcharakter von Geld. Besser ist es, Geld als diskursive Institution und Teil der Rechtssphäre zu betrachten.

3.2.2. Geld als Voraussetzung von Markt

Hier soll vorerst die Ebene einer vereinfachten „Voraussetzungslogik“ betrachtet werden. Geld wird bei Käufen und Verkäufen eingesetzt. Ohne

111 Die ersten geprägten Münzen wurden nach bisheriger Erkenntnis im Reich der Lyder zwischen 650 und 600 v. Chr. als Zahlungsmittel eingesetzt. (vgl. Sunflower Foundation, 2002)

112 Dabei wurde erstmals ein stabiler Wertmassstab und ein Verrechnungssystem geschaffen. Damit dürfte die Verwendung von Geld im Rahmen von Opfern nicht ursächlich, wie z.B. von Braun (2014, S. 43ff.) in Rückgriff auf Bernhard Laum postuliert, sondern parallel oder sogar erst nachträglich im Zusammenhang mit der entstehenden Kredit- und Schuldenwirtschaft erfolgt sein (Paul, 2017, S. 80f.)

Geld (in welcher Form auch immer, seien es Münzen, Noten, Guthaben, Kredite, oder andere quasi-geldliche Verrechnungseinheiten) können keine Käufe/Verkäufe gemacht werden, und ein Markt könnte nicht stattfinden. Wir können daraus vereinfacht ableiten: „Der Markt“¹¹³ (der Ort, wo gekauft und verkauft wird) hat als Voraussetzungen das Geld, da alle Preise und Käufe in Geld gemacht werden. Das Geld seinerseits setzt den konstitutionellen Rahmen „Staat“ (oder eine andere konstitutionsfähige Gemeinschaft oder Organisation) voraus, der dieses Geld herausgibt / definiert / garantiert. Verkürzt dargestellt und in umgekehrter Reihenfolge lautet diese Voraussetzungs- oder Wirkungskette also:

Der Staat bestimmt -> die Geldordnung bestimmt -> den Markt

Wenn man die inadäquate Verwendung des Begriffs *Markt* oder *Märkte*, die heute zwar geläufig ist, aber eine extreme Verkürzung darstellt, durch den damit eigentlich gemeinten Begriff der Wirtschaft ersetzt, kann die Wirkungskette vereinfacht folgendermaßen dargestellt werden:

Die Gemeinschaft bestimmt -> die Geldordnung bestimmt -> die Wirtschaft

Wenn diese Beziehung richtig ist, heißt das, dass Geld bzw. die Geldordnung durch den Staat bzw. eine konstitutionsfähige Gemeinschaft bestimmt und gestaltet werden kann und dass diese Geldordnung danach direkt gestaltend auf die Wirtschaft einwirkt. Während erstere Behauptung noch leicht nachzuvollziehen ist, insofern sie sich in der Realität widerspiegelt, in der unsere Währungen durch staatliche Gesetze definiert sind, könnte die zweite Behauptung Widerspruch erregen. Es sollen hier zwei exemplarische Positionen angeführt werden:

Geld mag vielleicht die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Tätigkeit (im heutigen Verständnis) sein, aber sobald es einmal geschaffen und in Zirkulation ist,

- a) bildet es selbst einen Markt und hat einen eigenen Preis, d.h. der Markt definiert das Geld, oder
- b) ist es ein neutrales Mittel, das als (Tausch-)Vermittler zirkuliert, d.h. es hat keinen Einfluss auf die Wirtschaft, die durch Angebot und Nachfrage nach Gütern gestaltet wird.

Offensichtlich widersprechen sich die beiden Einwände, sie sind aber auch für sich genommen nicht stichhaltig. Behauptung a) kann sich zwar auf

113 Der Markt im modernen Sinne verstanden, wie er in der Ökonomik, speziell im „Neoliberalismus“ oder der Neoklassik verwendet wird (vgl. Ötsch, S. 9ff.)

die heutige Realität abstützen, in der Geld am Geldmarkt gehandelt wird, was natürlich zu starken Verzerrungen der realen volkswirtschaftlichen Prozesse führt. Doch die Aussage zur Wirkungskette wird dadurch nicht infrage gestellt, denn die herrschende Geldordnung bestimmt (oder lässt zu), dass Geld überhaupt in dieser Art gehandelt werden darf, ergo bestimmt sie die Wirtschaft in diesem Bereich mit den dadurch auftretenden Folgen.

Behauptung b) soll hier mit einer etwas anspruchsvolleren Antwort entkräftet werden. Die Geldordnung hat zwar einen kleinen Anteil an statischen Gesetzen und Festlegungen, sie ist jedoch naturgemäß eine „dynamische Rechtsordnung“. Dieser Begriff wird hier verwendet, um die grundsätzliche Andersartigkeit der Geldordnung zu bezeichnen, und lehnt sich an einen Artikel von Alfred Müller (1927) an, der die Unterschiede von „juristischer Statik“ des römischen Rechtsbegriffes und „juristischer Dynamik“ der abendländischen (Westeuropäischen) Rechtsauffassung darlegt. Geld kann dabei in Anlehnung an Müllers Ausführungen zu Wertpapieren (Müller, 1927, S. 548) als Zeichen für eine Forderung („Schuld“) gegenüber der „Volksgenossenschaft“, das heißt der Gemeinschaft, die dieses Geld herausgibt und bei der man Mitglied ist, angesehen werden. Das Schuldverhältnis stellt dabei ein Spannungsverhältnis dar, das seinen Ausgleich anstrebt (Müller, 1927, S. 546). Das heißt, wirtschaftliche Vorgänge, die Zahlungen erfordern, können nur an Stellen auftreten, an denen Spannung (Geld) vorhanden ist. Der Besitz von Geld berechtigt zur Nutzung von wirtschaftlicher Leistung. Wenn ein Kauf erfolgt ist, hat sich somit auch das Recht mitverschoben. Der Käufer hat sein Recht „verloren“, der Verkäufer, der das Geld erhalten hat, ist nun der neue Berechtigte. Diese Dynamik ist nun alles andere als neutral und bedeutet auch, dass die klassische Idee von Angebot und Nachfrage bezogen auf Güter keine ausreichende Beschreibung der wirtschaftlichen Vorgänge liefert. Die Nachfrage nach Waren kann nur befriedigt werden, wenn der Nachfrager auch ein Angebot in Geld machen kann, und umgekehrt ist ein Warenangebot nur sinnvoll, wenn der Anbieter auch eine Nachfrage nach Geld hat. Auf diese wichtige Doppelfunktion hat bereits der österreichische Philosoph Rudolf Steiner hingewiesen (2002, S. 110ff.), und diese Doppelfunktion findet sich auch in der Idee der Koordinationstheorie des Geldes, denn jeder Wirtschaftsvorgang wird sozusagen im „Gegenstrom“ von einem Geldvorgang begleitet. Im Denken der Koordinationstheorie kann so auch das viel diskutierte Thema der „unsichtbaren Hand“, die Adam Smith in einem Nebensatz seines Werkes *Wealth of Nations* erwähnt, berichtigt werden. Das „Unsichtbare“, das Smith in seiner Überlegung nicht gesehen hat, ist

das Geldsystem, das die geforderte Ausgleichsfunktion und Koordination bewirkt. Smith beschreibt als Erstes noch sehr präzise, dass der Wohlstand einer Gesellschaft (d.h. die Werte und Güter unter der Bedingung totaler Arbeitsteilung) genau dem „austauschbaren Wert“ entsprechen: *“But the annual revenue of every society is always precisely equal to the exchangeable value of the whole annual produce of its industry, or rather is precisely the same thing with that exchangeable value.”*¹¹⁴ (Smith, 2007, S. 349) Dieser Wert wird nun bekanntlich in Geld ausgedrückt und gemessen, was Smith zu übersehen scheint. Weiter bestimmt Smith aber eine zusätzliche Voraussetzung, die kaum je erwähnt wird: *“As every individual, therefore, endeavours as much as he can both to employ his capital in the support of domestic industry, and so to direct that industry that its produce may be of the greatest value; every individual necessarily labours to render the annual revenue of the society as great as he can. He generally, indeed, neither intends to promote the public interest, nor knows how much he is promoting it. By preferring the support of domestic to that of foreign industry, he intends only his own security; and by directing that industry in such a manner as its produce may be of the greatest value, he intends only his own gain, and he is in this, as in many other cases, led by an invisible hand to promote an end which was no part of his intention. Nor is it always the worse for the society that it was no part of it. By pursuing his own interest, he frequently promotes that of the society more effectually than when he really intends to promote it.”*¹¹⁵ (Smith, 2007, S. 349–350)

Es geht also bei der unsichtbaren Hand um die Koordination der Binnenwirtschaft und das Einsehen der Individuen, dass sie diese bevorzugen

114 Übersetzung durch den Autor: Aber das Jahreseinkommen jeder Gesellschaft entspricht immer genau dem Tauschwert der gesamten Jahresproduktion ihrer Industrie, oder besser gesagt, es ist genau dasselbe mit diesem Tauschwert.

115 Übersetzung durch den Autor: Jeder Einzelne bemüht sich daher nach Kräften, sein Kapital zur Unterstützung der einheimischen Industrie einzusetzen und diese Industrie so zu lenken, dass ihre Produkte den größten Wert haben; jeder Einzelne ist notwendigerweise bemüht, das Jahreseinkommen der Gesellschaft so groß wie möglich zu machen. Im Allgemeinen hat er in der Tat weder die Absicht, das öffentliche Interesse zu fördern, noch weiß er, wie sehr er es fördert. Indem er die Unterstützung der einheimischen der ausländischen Industrie vorzieht, beabsichtigt er nur seine eigene Sicherheit; und indem er diese Industrie so lenkt, dass ihre Erzeugnisse von größtem Wert sein können, beabsichtigt er nur seinen eigenen Gewinn, und er wird dabei, wie in vielen anderen Fällen, von einer unsichtbaren Hand geführt, um ein Ziel zu fördern, das nicht Teil seiner Absicht war. Und es ist auch nicht immer das Schlimmste für die Gesellschaft, dass sie kein Teil von ihr war. Indem er sein eigenes Interesse verfolgt, fördert er häufig das Interesse der Gesellschaft wirksamer, als wenn er wirklich beabsichtigt, es zu fördern.

müssen, um ihr Wohl zu fördern. Zusammen mit der Tatsache, dass „Geld verdienen“ als ein Teil des Systems darin besteht, anderen Leuten („der Gesellschaft“) einen Dienst zu erweisen (ein Produkt für sie herzustellen), das sie mittels Zahlung von Geld (d.h. der bestimmten Binnenwährung) honorieren. Hier, beim „Geldverdienen“, muss sich das Individuum in den Dienst der anderen zu stellen versuchen, und so kommt eine von Smith geforderte „gemeinnützige“ Komponente ins Wirtschaftsgeschehen. Wenn Geld dafür von anderen bereitgestellt und bezahlt wird, wechseln die Rollen. Das gleiche Geld wird dann von den neuen Besitzenden wiederum verwendet, um andere Leute dazu zu bringen, ihnen etwas im weitesten Sinne Nützliches für sie zu überlassen. Dieser Mechanismus zum Gemeinnutz allein ist in dieser Form aber nur schwach und nicht der gesamte notwendige Aufwand für das Gemeinwohl. Smith spricht auch nur von „promotion“, also Förderung, und nicht von der Sicherstellung des Gemeinwohls. Die „unsichtbare Hand“ des Geldsystems muss so gestaltet werden, dass das Gemeinwohl vollständig darin abgedeckt ist. Bisher wurde diese Korrektur sehr unvollständig z.B. durch Steuern und Abgaben des Staates vorgenommen.

Die Ausführungen bis hierher werden nun zu zwei weiteren, vorläufig sehr allgemein gehaltenen Arbeitshypothesen zusammengefasst:

4. Die Geldordnung und die damit definierte(n) Währung(en) ist(sind) eine wichtige Basis aller wirtschaftlichen Vorgänge. Währungen können aber besser bestimmt und gestaltet werden, als sie es heute sind.

5. Eine veränderte Geldordnung und damit definierte andere Währungen wirken zurück und haben eine veränderte Wirtschaft zur Folge.

Das heißt nochmals verdeutlicht: Das Geldsystem oder die Geldordnung und die damit definierten Währungen haben einen entscheidenden Einfluss auf die wirtschaftlichen Strukturen und die wirtschaftliche Entwicklung. Daraus folgt, dass durch eine veränderte Gestaltung dieses Systems, zum Beispiel durch neue Währungen, auch andere Wirtschaftsweisen möglich und erfolgreich werden können, die unter dem bestehenden System chancenlos bleiben.

Diese Hypothesen widersprechen – wie bereits erwähnt – den bestehenden neoklassischen, aber auch anderen Dogmenmodellen der Ökonomik, die das Geldsystem immer nur als Voraussetzung ihrer Wirtschaftsauffassung sehen und nie als eigenständige Variable verwenden. Das Geldsystem als systemprägende Größe wird dabei auch unter *ceteris paribus* nicht

beachtet. Allenfalls kommen Geldmenge und Preisniveau in Betracht. Sie weisen dagegen auf eine qualitative und „systemprägende“ Seite des Geldes hin. Unter Arbeitshypothese 4 fällt die Wirkung des Geldes auf die Wertbildung in der Gesellschaft „*Money shapes values*“ (Degens, 2018, S. 42f.; Simmel, 2009, S. 21ff.); Unter Arbeitshypothese 5 kann die zweite Sichtweise, „*Values shape money*“, (Degens, 2018, S. 45f.) verstanden werden. Hier gibt es auch Schnittmengen mit Simmels Konzept eines idealen oder perfekten Geldes, das er in „*Geld in den Zweckreihen*“ (Simmel, 2009, S. 290ff.) entwickelt. Dodd (2014, S. 317) sieht darin Ideen, gedacht als Werkzeuge zur Kontrastierung der bestehenden Zustände oder Bildung konzeptueller Utopien. Genau dies wird hier im Folgenden versucht: Ein durch andere Werte geprägtes Geldmodell zu schaffen und durch dessen Rückwirkung in einer realen Umsetzung diesen Werten zu einer höheren Durchsetzungskraft zu verhelfen.

3.2.3. Zweck einer Währung

Nun ist aber unser heutiges konventionelles Geldsystem so gestaltet, dass genau diese systemprägenden Aspekte in vielerlei Hinsicht übersehen, übersteuert, unterwandert oder außer Kraft gesetzt werden. Es scheint, dass das Geldsystem in der offiziellen, auch wissenschaftlichen Sichtweise eine unabänderliche Tatsache darstellt. Dadurch wird aber die „Zweckgerichtetheit“ des Geldsystems verschleiert, die als Folge der bisherigen Feststellungen (Bendixen, Röpke, Polanyi, Müller) und der bisherigen Arbeitshypothesen auftreten und die in der Vorstellung der Koordinations-theorie auch erforderlich ist. Wenn also eine bessere Währung gestaltet werden soll, muss offengelegt werden, welchen Zweck diese Währung im Sinne der Koordination der Zusammenarbeit (d.h. der Organisation der wirtschaftlichen Vorgänge) für was und für wen erfüllen soll. In der Definition von Bindewald ist dies bereits vorweggenommen, wenn er schreibt: „*These implementations are designed with a specific group and specific objectives in mind. This determines explicitly or implicitly, the forms of collaboration and corresponding transactions that a currency can facilitate.*“¹¹⁶ (Bindewald, 2018, S. 67–68)

116 Übersetzung durch den Autor: ‚Diese Anwendungen werden mit Blick auf eine bestimmte Gruppe und bestimmte Ziele entworfen. Dies bestimmt explizit oder implizit, welche Formen der Zusammenarbeit und entsprechende Transaktionen eine Währung ermöglichen kann.‘

Hier wird es in der Folge darum gehen, eine Währung für eine Genossenschaft zu definieren, die als Zweck eine optimale Verrechnung der Beiträge und Bezüge ihrer Mitglieder darstellt. Das heißt, es soll mit der Vorstellung von Geld als „Anweisung auf das Sozialprodukt“ (Röpke 1979, S. 116) gearbeitet werden. Damit soll auch eine gewisse „Gerechtigkeit“ in Bezug auf die Beiträge und Bezüge (Leistungsgerechtigkeit) der Mitglieder bereits in der Konzeption der Währung aufgegriffen werden. Dies im Kontrast zur heute stark verbreiteten Prämisse, dass Geld auch oder sogar viel besser durch „Anlage“ oder „Investments“ und Spekulation „verdient“ werden könne. Dabei wird durch einen (Geld-)Einsatz mit einer gewissen Eintretenswahrscheinlichkeit ein Gewinn (wieder in Geld) erzielt. In der reinsten Form tritt diese Verwendung von Geld beim Glücksspiel auf. Offensichtlich wird dabei kein substanzieller Beitrag an die Gemeinschaft geleistet und somit geht es auch nicht um die Verrechnung eines solchen gegenüber dem, was man daraus im Gegenzug erhält. Im Gegenteil, das Ziel ist es gerade, mit kleinstem Einsatz einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Allerdings kann durch das inhärente Risiko auch ein großer Einsatz total verloren gehen. Wenn in solchen Fällen die gleiche Währung verwendet wird, wie zum Leistungsausgleich treten im entsprechenden Währungsraum Spannungen und soziale Verwerfungen auf. Dies ist aber heute bei den konventionellen Währungen der Fall, insbesondere weil sich der Anteil der spekulativen Finanzwirtschaft am Geldumsatz massiv vergrößert hat und heute 10–15-mal so groß ist wie die realwirtschaftlichen Transaktionen.¹¹⁷ Die Vorstellungen von Leistungsgerechtigkeit sind so bei den konventionellen Währungen praktisch ungültig geworden. Weitere Stichworte dazu sind auch exorbitante Managergehälter oder der stetige Vermögenszuwachs bei den Multimilliardären. Dies deutet darauf hin, dass das Motiv der Beteiligung und auch der Verwendungszweck einer Währung definiert und eingegrenzt werden müssen, wenn eine Zahlungsgemeinschaft bzw. die Grundlegende Produktions- und Konsumgemeinschaft (Elster, 1923, S. 42) mit einer Währung als Verrechnungseinheit arbeiten will. Eine Währung, die für eine Genossenschaft geeignet sein soll, muss also gegen ihren Missbrauch als Spekulationswährung geschützt werden.

117 Vgl. Zahlen in Deutscher Bundestag, 2020 oder Chesney, 2014.

Arbeitshypothese:

6. Eine Währung muss zweckgerichtet auf die gewünschte Wirtschaftsform gestaltet werden und sollte bereits systembasiert gegen Missbrauch und Zweckentfremdung abgesichert werden.

Die hier gewonnenen Arbeitshypothesen werden im Kapitel 3 noch um praxisbezogene Ansätze aus der geschichtlichen Entwicklung ergänzt und später im Rahmen der Modellentwicklung wieder aufgegriffen. Zur weiteren Vertiefung der Problemlage und zur Gewinnung weiterer Arbeitshypothesen werden als Nächstes Lösungsansätze aus dem Bereich des utopischen Sozialismus und der Genossenschaftsgeschichte betrachtet.

3.3. *Der utopische Sozialismus und die Genossenschaftsidee*

In diesem Kapitel wird der Blick insbesondere auf die gesellschaftlichen Bedingungen gerichtet, die seit der Industrialisierung zur Entwicklung von neuen Vorstellungen wirtschaftlicher Organisationsformen und vieler Experimente und Versuche geführt haben, um diese Bedingungen in einer günstigen Weise zugunsten einer „gelingenden Gesellschaft“ (Ruh/Gröbly, 2006) zu verändern.

3.3.1. Die soziale Frage

Die Frage nach einer solchen gelingenden Gesellschaft stellte sich in besonders dringlichem Masse schon vor 200 Jahren. Infolge der in Europa begonnenen Industriellen Revolution entstanden Anfang des 19. Jahrhunderts sowohl eine immer grösser werdende Arbeiterklasse als auch neue, in diesem Ausmaß noch nie dagewesene soziale Probleme. Die Menschen verloren ihre Existenz als Bauern, wanderten vom Land in die Städte und versuchten dort „Arbeit zu finden“¹¹⁸ in Fabriken und Industrieunternehmen. Sie wurden jedoch bald einmal zu Billigstlöhnen ausgebeutet, konnten kaum einen Wohnraum bezahlen und hatten keinerlei Absicherung bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit. Diese Entwicklung verlief unter massiven Konflikten, verursachte großes Elend, schuf unwürdige Lebens-

118 Korrekter wäre hier vielleicht: „einen Zugang zur Geldversorgung durch Verkauf ihrer Arbeitskraft zu finden“.

umstände für Millionen von Menschen und führte zu großen gesellschaftlichen Umwälzungen.¹¹⁹ Das ganze 19. Jahrhundert bis weit ins 20. hinein war geprägt von dieser als „die soziale Frage“ bezeichneten Verwerfung in der Wirtschaft. Sie führte zu einer gespaltenen Gesellschaft mit „Klassenkampf“, mit Streiks und Gewaltausbrüchen, und verschwand in den meisten Industrieländern des Nordens erst ab Mitte des 20. Jahrhunderts durch die Einführung von Gesetzen und Systemen, die auf die soziale Sicherung der abhängig Beschäftigten ausgerichtet waren, sowie durch eine immer weiter gesteigerte Produktion und einen höheren Bildungsstand. Die Soziale Frage wurde zum Teil auch die „soziale Krankheit“ genannt¹²⁰ und rief eine Vielzahl von kritischen Stimmen hervor, die die Lage analysierten. Diese wurde dann von der einen Seite als unabwendbare Entwicklung dargestellt, wie von den Stimmen der herrschenden Eliten.¹²¹ Auf Seiten derer, die das Elend erkannten oder davon betroffen waren, wurden dagegen mehr oder weniger radikale Forderungen nach Veränderungen gestellt. Es gab in diesen kritischen Rezeptionen des Wirtschaftssystems, die man später, wie bereits gesagt, unter dem Sammelbegriff „Sozialismus“ fasste, im Laufe der Zeit sowohl akute als auch latente Phasen, gewisse Themen drangen in den Vordergrund und andere verschwanden auch wieder. Richtungen bildeten sich heraus, die sich zum Teil auch als politische Bewegungen manifestierten und einen Einfluss auf die weitere Geschichte nahmen.

Ein Höhepunkt der Kritik wurde sicher mit Karl Marx und Friedrich Engels erreicht, die den aktuellen Stand ihrer Zeit umfassend rezipierten. Aufbauend z.B. auf der Grundlage von Engels' „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ (1848) hin zu dem sehr wirkungsmächtigen Kommunistischen Manifest von 1848 und ab 1867 weiter zu Marx' „Kapital“¹²² als generelle Kritik der politischen Ökonomie beeinflussten sie damit den Lauf der Weltgeschichte.

Mit der Gründung und Vereinheitlichung der Kommunistischen Parteien und dem kommunistischen Manifest war allerdings bereits ein Prozess der Abgrenzung und der inneren Kämpfe in der sozialistischen

119 Vgl. z.B. die ausführliche Schilderung des historischen Bezugsrahmens in England bei Elsässer (1984), S. 17–44.

120 Z.B. von Franz Oppenheimer (1896), als Titel des einleitenden Kapitels: „Die soziale Krankheit“, S. 1–10.

121 Eine Unabwendbarkeit, aber im Sinne der sicheren späteren Überwindung des Kapitalismus, wurde auch durch Marx und die Marxisten postuliert.

122 Der 1. Band des Kapitals erschien 1867, der 2. Band durch Engels redigiert, posthum 1885 und der 3. Band 1894.

Strömung im Gange, die zur Verneinung und Abwertung eines Teils der Bewegung führte. Insbesondere war auch der durch Marx und Engels so benannte „kritisch-utopische Sozialismus und Kommunismus“ (Marx/Engels, 1988, S. 78) davon betroffen. In diesem Teil wurden namentlich St. Simon, Fourier und Owen zu Erfindern der „*eigentlich sozialistischen und kommunistischen Systeme*“ (Marx/Engels, 1988, S. 79). Ihnen wurde aber eine mangelhafte Analyse der geschichtlichen Entwicklung des Klassengegensatzes vorgeworfen, indem sie phantastische statt geschichtliche Bedingungen der Befreiung angesetzt und statt einer „*allmählich vor sich gehenden Organisation des Proletariats zur Klasse eine eigens ausgeheckte Organisation der Gesellschaft*.“ (ebd.) angestrebt hätten. Martin Buber beschreibt diesen geschichtlichen Vorgang in seinem Buch „*Pfade in Utopia*“¹²³ folgendermaßen: „*Ursprünglich hießen im Munde von Marx und Engels diejenigen Utopisten, deren Gedanken der entscheidenden Entwicklung von Industrie, Proletariat und Klassenkampf vorangegangen waren und dieser daher nicht Rechnung tragen konnten; hernach wurde der Begriff unterschiedslos auf alle angewandt, die ihr nach Meinung von Marx und Engels nicht Rechnung trugen [...]. Die Bezeichnung ‚Utopist‘ ist seither die stärkste Waffe im Kampf des Marxismus gegen den nichtmarxistischen Sozialismus geworden.*“ (Buber, 1967, S. 16) Diese Abgrenzung und Abwertung der Utopien von sogenannten anarchistischen und insbesondere pazifistischen Ansätzen und die gleichzeitige Befürwortung einer revolutionären (gewaltsamen) Machtergreifung der Arbeiterklasse waren aber rückblickend nicht zielführend und haben in der Folge zu einer Entwertung und Ideologisierung von Marx⁴ und Engels⁴ Ideen mit einer Tendenz zu mehr Gewalt und Diktaturen geführt.¹²⁴ Der unter Ausschluss der utopischen Strömungen entstandene Marxismus kann sogar, wie Schumpeter (2018, S. 13) schreibt, in gewisser Hinsicht als Religion bezeichnet werden.¹²⁵

123 1950 erschienen und später ergänzt durch einen weiteren Aufsatz und mit dem neuen Titel „Der utopische Sozialismus“ versehen.

124 Erich Fromm schreibt dazu: „*Es war der tragische Fehler von Marx, ein Fehler, der zur Entwicklung des Stalinismus mit beigetragen hat, daß er sich nicht von der traditionellen Überbewertung der politischen Macht und Gewalt freigemacht hat.*“ (Fromm, 2020, S. 221)

125 „*Dem Gläubigen bietet er erstens ein System von letzten Zielen, die den Sinn des Lebens enthalten und absolute Maßstäbe sind, nach welchen Ereignisse und Taten beurteilt werden können; und zweitens bietet er sich als Führer zu jenen Zielen, was gleichbedeutend ist mit einem Erlösungsplan und mit der Aufdeckung des Übels, von dem die Menschheit oder ein ausgewählter Teil der Menschheit erlöst werden soll.*“ (Schumpeter, 2018, S. 13)

Hier geht es nicht darum, den entsprechenden politisch motivierten Zuordnungen weiter zu folgen, sondern ganz im Sinne von Blochs konkreter Utopie und Engelhardts Vorstellungen Utopien als „*Ansätze sinnorientierten menschlichen Handelns, in denen es [...] um subjektiv nicht unmöglich erscheinende Antizipationserlebnisse geht, die aus Kritik erwachsen.*“ (Engelhardt, 1975, S. 169) wieder in die Überlegungen zu neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen aufzunehmen.

Dies soll in einer nächsten Arbeitshypothese verdichtet werden:

7. Die Suche nach Lösungsmöglichkeiten der Sozialen Frage führte zum Entwurf von Utopien und zum Versuch, daraus abgeleitete Ideen zu realisieren. Dies wurde später als utopischer Sozialismus bezeichnet.

Dies entspricht einerseits der Einsicht Blochs, dass die Grundlage der Utopie „*in der geschichtlichen Bewegung selbst steckt*“ (Bloch, 2019, S. 727), und andererseits der Charakterisierung Engelhardts von Utopien als „*Ansätze subjektiv sinnorientierten menschlichen Handelns*“ (Engelhardt, 1980, S. 3). Doch was waren denn diese Utopien und welche Lösungen der sozialen Frage schlugen sie vor? Einige Aspekte davon sollen im nächsten Abschnitt beleuchtet werden.

3.3.2. Die Idee des utopischen Sozialismus

Utopien und der allgemeine Utopiebegriff waren also einmal das Fundament, auf dem der Frühsozialismus entstand. Die Begriffe „Frühsozialismus“ oder „utopischer Sozialismus“ werden dabei von einigen Autoren gleichbedeutend mit dem von Marx und Engels verwendeten Terminus „kritisch-utopischer Sozialismus“ verwendet (vgl. Clemens, 2002). Utopischer Sozialismus oder Frühsozialismus können auch als Sammelbegriffe gesehen werden, die Sozialtheorien umfasst, „*die sich zwischen den Jahren 1789 und 1848 vor allem in Frankreich und England, aber auch in Deutschland herausbildeten. Diese sechs Jahrzehnte waren für die Herausbildung sozialistischer Ideen und Begriffe ein entscheidender Zeitabschnitt, auch wenn das Wort ‚Sozialismus‘ von den meisten Frühsozialisten nicht verwendet wurde. [...] Die bürgerliche Revolution 1848 bildet den zeitlichen Abschluss der Ära des Frühsozialismus.*“ (Clemens, 2002, S. 9)

Die Bemühungen von Marx und Engels sowie ihrer Nachfolger um eine „Verwissenschaftlichung“ der Diskussion haben zwar den utopischen

Sozialismus auf der einen Seite diskreditiert, auf der anderen Seite hat die „wirkungsvolle Polemik von Marx und Engels [...] dazu geführt, daß wie innerhalb so auch außerhalb des Marxismus die Bezeichnung ‚utopisch‘ für einen Sozialismus geläufig wurde, der an die Vernunft, an die Gerechtigkeit, an den Willen des Menschen zur Einrenkung seiner aus den Fugen gekommenen Gesellschaft appelliert, statt lediglich in das aktive Bewußtsein zu heben, was sich bereits im Schosse der Produktionsverhältnisse dialektisch bereitet hat.“ (Buber, 1967, S. 23) Dies kann heute, gerade auch im Nachgang zum Scheitern des Marxismus, als positiver Ausgangspunkt gewertet werden und als Grund, diese Strömung und ihre Lösungsvorschläge nochmals genauer anzusehen und daran anzuknüpfen.

Die Entwicklungslinie des utopischen Sozialismus und die Intentionen seiner Denker wird von Buber anhand desjenigen charakteristischen Elementes gezeigt, das Marx und Engels als „eine eigens ausgeheckte Organisation der Gesellschaft“ (Marx/Engels, 1988, S. 79) bezeichneten. Buber nennt es „ein organisch-bauendes, organisch planendes Element [...], das auf eine Restrukturierung der Gesellschaft abzielt, und zwar nicht auf eine, die sich in einer unbestimmten Zukunft nach dem ‚Absterben‘ des proletarischen Diktaturstaates vollzieht, sondern eine, die jetzt und hier, unter den jetzt gegebenen Bedingungen beginnt“ (Buber, 1967, S. 33). Er identifiziert in der Geschichte dieses utopischen Sozialismus drei „Paare tätiger Denker“, an denen sich dieser besonders gut aufzeigen lasse:

- Claude Henri de Saint-Simon und Charles Fourier
- Robert Owen und Pierre-Joseph Proudhon
- Peter Kropotkin und Gustav Landauer

Es wird weiter unten kurz auf diese Vorreiter (Engelhardt) eingegangen, um einige Kernpunkte ihrer vorgeschlagenen Modelle zu beleuchten, die im Anschluss für die eigene Modellbildung von Belang sein werden. Die Ideengeschichte des utopischen Sozialismus wird hier nicht vertieft¹²⁶, sondern einzelne, für das Vorhaben relevante Ideen werden in den folgenden Abschnitten aufgegriffen.

Die Zusammenfassung aus dieser sehr knapp gehaltenen Ausführung kann durch eine nächste Arbeitshypothese zum utopischen Sozialismus repräsentiert werden:

126 Hier kann auf einschlägige Literatur verwiesen werden, z.B. Werner Hofmann, Ideengeschichte der sozialen Bewegung.

8. Der utopische Sozialismus zielte auf eine gegenwartsbezogene, etappenweise Restrukturierung der Gesellschaft ab. Dabei sollten neue Modelle des wirtschaftlichen Zusammenwirkens und der Gemeinschaft aufgebaut werden, um eine gewünschte Veränderung der Gesellschaft zu erreichen.

3.3.3. Die Genossenschaft und die Siedlungsidee

Vor einer Erläuterung der politisch-historischen Perspektive soll der „zentrale Forschungsgegenstand“, die Genossenschaft, als konkrete Organisationsform der Wirtschaft kurz charakterisiert werden.

Eine heute gängige Definition der Genossenschaft (in Deutschland) entstammt § 1 des Genossenschaftsgesetzes und lautet: *„Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl, deren Zweck darauf gerichtet ist, den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren soziale oder kulturelle Belange durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern.“* (GenG, Fassung vom 16. Okt. 2016) Eine erweiterte und für ein allgemeines Verständnis besser geeignete Definition lautet: *„Genossenschaften sind auf freiwilliger Basis errichtete Selbsthilfe-Organisationen von Personen, die mittels eines gemeinsam getragenen Betriebes in ihren wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Interessen gefördert werden wollen und die ihre gemeinsamen Angelegenheiten durch demokratische Selbstverwaltung regeln.“* (Blome-Drees, 2017, S. 50) *„Das heisst [bei den Genossenschaften können] dem Haushalt oder Betrieb des Mitgliedes betriebs- bzw. hauswirtschaftliche Funktionen abgenommen werden, die der einzelne Haushalt bzw. Betrieb nicht oder nur weniger gut wahrnehmen könnte. Bei der großen wie bei der kleinen Genossenschaft brauchen für diese Funktionen fremde Dienste nicht in Anspruch genommen zu werden, indem man ‚auf den Markt geht‘.“* (Weisser, 1968, S. 58-59) *„Es handelt sich also, als erster Unterschied zu erwerbswirtschaftlichen Betrieben, um Dispositionen im inneren Bereich dieser Gruppe. Wir sprechen hier vom Identitätsprinzip, weil Mitglieder gleichzeitig Kapitalgeber, Kunde, Lieferant und / oder Beschäftigte ihrer Genossenschaft sein können. Ein weiteres wichtiges Prinzip ist das Demokratieprinzip mit der damit verbundenen ‚personalen Neutralisierung des Kapitals‘“* (Blome-Drees, 2017, S. 50), d.h. unabhängig von der Höhe des eingelegten Kapitals hat jedes Mitglied genau eine Stimme in der genossenschaftlichen Entscheidungsfindung. Nach Georg Draheim besteht darüber hinaus auch eine „Doppelnatur“ der Genossenschaft, *„die als soziale Gruppen in gesellschaftliche Traditionen eingebettet sind“* (Blome-Drees, 2017, S. 51). Grundsätzlich können genossenschaftliche Wirtschaftsformen auch in anderen

Rechtsformen zur Anwendung gelangen (Zerche et.al., 1998, S. 10). Häufig sind es Vereine (aus denen die Genossenschaft als Rechtsform auch entstanden ist¹²⁷), aber auch andere Kapital- oder Personengesellschaften können den Charakter einer Genossenschaft annehmen, wenn die Beteiligten dies wollen.

Ein zentrales Element im frühen utopischen Sozialismus, in dem auch die Genossenschaftsidee geformt wurde, war die Bildung von wirtschaftlich orientierten Gemeinschaften, anfänglich zentriert um die Fragen von Zusammenarbeit und gemeinsamer Siedlung (Engelhardt, 1994b, S. 423). Die Wegbereiter der modernen Genossenschaftsformen wie Cornelius Plockboy, John Bellers oder Johann Heinrich Pestalozzi legten einen starken humanistischen und von einem positiven Menschenbild geprägten erzieherischen Kern in die geforderte Bildung von zukunftstauglichen Menschengemeinschaften, die als Genossenschaften, Gleiche unter Gleichen, verstanden wurde (vgl. Engelhardt, 1994b, S. 423ff.). Diese moderne Form der Genossenschaft konnte nicht mehr von einer dörflichen Struktur ausgehen, sondern musste vor dem Hintergrund der atomisierten Verhältnissen der Industrialisierung neu gedacht werden.

Das Bedürfnis nach Reformen, das im Zuge der Industrialisierung und der Verschärfung der sozialen Frage weiter zugenommen hatte und die verschiedenen utopischen Entwürfe begünstigte, schuf sich jeweils zeitgemäße Kontrastbilder, die nun immer näher an die tägliche Wirklichkeit heranzurücken begannen. Während Morus' Utopia noch auf einer weit entfernten imaginären Insel angesiedelt war, entstand nun das Bedürfnis, die neuen Vorstellungen auch in die bestehende Welt zu integrieren. Es entstanden sogenannte Siedlungsutopien, die häufig mittels symmetrischer und harmonischer architektonischer Formen auf Bildern dargestellt wurden. Sie zeigten beispielhaft die vorgesehenen Sozialräume der neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsform. Dabei wurde nicht an Dimensionen gespart: So gibt Fourier die Länge der Front des größten seiner Phalanstères mit 1'200m an, davon 600 m für das Zentralgebäude und je 300 m für die Flügel. Dabei verbindet er die Beschreibung der Architektur mit den Angaben über die Unterbringung der verschiedenen Altersgruppen und die Entstehung von Kontakten. (vgl. Bollerey, 1991, S. 120f.). Da es schwer war, inmitten des dichtbesiedelten Europas große Entwürfe wie die Fourier'schen Phalanstères umzusetzen, richtete sich der Blick auch bei anderen utopischen Siedlungsentwürfen immer wieder auf die Länder in Übersee, die Kolonien, die mit unbegrenzten Ländereien und nur schwa-

127 Vgl. Genossenschaftsrecht, 2013, S.XIII

chen staatlichen Regulierungen oder Begrenzungen die Hoffnung auf eine ungestörte und maximale Umsetzung von neuen Gesellschaftsmodellen hervorriefen. Insbesondere Nordamerika schien prädestiniert für solche Versuche zu sein. Ein typisches Beispiel zeigt nachstehende Abbildung: ein architektonischer Idealentwurf der Owen'schen Siedlung New Harmony in Indiana von Thomas Stedman Whitwell (in Abbildung 17 das darauf aufbauende Gemälde von F. Bates). Die kulturellen Codes von Harmonie und Ordnung, die insgesamt die Vorstellung einer „geordneten Freiheit“ des 18t. und 19t. Jahrhunderts prägten, sind noch gut sichtbar. Die Siedlung liegt als Hort des industriellen Fleißes inmitten einer parkartig gestalteten Natur. Whitwell hatte diesen Entwurf für die Owen'sche Sozial- und Gesellschaftslehre unter Einbezug der neusten damaligen technischen Erfindungen¹²⁸ geschaffen (Bollerey, 1991, S. 73).

Die meisten dieser Siedlungsexperimente in der Ferne waren nicht von dauerndem Erfolg, aber mit ihrer Hilfe entwickelte sich das Denken von Alternativen weiter und die anfänglich bescheideneren Versuche mit einfacheren Formen wie z.B. die der Konsumgenossenschaften zeigten immer größere Erfolge. Diese Genossenschaften wurden in der Zwischenzeit immer zahlreicher, hatten vielseitigere Erscheinungsformen angenommen und waren in diesen unterschiedlichen Formen nicht mehr so leicht zu erfassen. Das Genossenschaftswesen musste nun differenzierter beschrieben werden. Die generelle wirtschaftliche Wirkung wurde z.B. von Grünfeld wie folgt beschrieben: *„Eine Folge des Genossenschaftswesens ist, daß es auf allen Gebieten, auf denen es tätig ist, eine wirtschaftliche Kräftigung seiner Angehörigen mit sich bringt.“* (Grünfeld, 1928, S. 20)

128 Z.B. sollte ein weitverzweigtes System von Fließbändern und Schienen das Siedlungsquadrat unterwandern, das für die notwendigen Transporte, aber auch als mechanische Abfallbeseitigung verwendet worden wäre (vgl. Bollerey, 1991, S. 66).

Abbildung 17: Owens Vorstellung von New Harmony, Indiana (Bild von F. Bates¹²⁹)



Die „utopische Periode“ war jedoch noch nicht zu Ende. Theodor Hertzkas 1889 erschienener Roman „Freiland“ beschreibt ein mit detaillierten ökonomischen Überlegungen versehenes „soziales Zukunftsbild“ in Ostafrika, im heutigen Kenia. Das Siedlungsvorhaben mit vielen tausend Menschen gipfelt aber eigentlich in einer Staatsgründung eines hochtechnisierten neuen Typus. Das Buch fand großen Zuspruch, und bald bildeten sich in mehreren Ländern „Freiland-Vereine“, die ein solches Projekt umsetzen wollten. Ein Umsetzungsversuch 1894 am Originalschauplatz in Kenia scheiterte allerdings bereits an der Kapitalbeschaffung und an der fehlenden Bereitschaft der Britischen Kolonialbehörde. (Amann/von Neumann, 1995, S. 16) Hertzka brachte damit aber wieder neuen Schwung in die Siedlungsgenossenschaftsidee. Auch anderenorts wurden exotische Siedlungsprojekte angegangen. Ein Namensvetter von Robert Owen, Albert Kimsey Owen, hatte z.B. hochfliegende Pläne von einer Musterstadt, die er in Topolobambo, Mexiko, umsetzen wollte, die aber nach einigen Jahren ebenfalls scheiterten (Katscher, 1922).¹³⁰

129 Quelle Wikimedia, https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:New_Harmony,_Indiana,_por_F._Bates.jpg.

130 A.K. Owen nahm sogar Kontakt mit Hertzka auf und wollte die beiden Projekte in Mexiko zusammenführen, Hertzka lehnte aber ab. (Katscher, 1922, S. 243)

Diese Flucht in die Fremde und die Abgehobenheit solcher Projekte forderte die Realisten heraus, den Beweis für die Möglichkeit solcher Projekte auch im direkten Umfeld in Deutschland zu erbringen. Zu denjenigen, die solchen Fernträumen widersprachen, gehörte auch Franz Oppenheimer, der mit „Freiland in Deutschland“ 1894 und dann besonders mit seinem umfangreichen Werk „Die Siedlungsgenossenschaft“ 1896 an die vorhandenen historischen Traditionen und Strukturen der alten deutschen Markgenossenschaft anknüpfte (Amann/von Neumann, 1995, S. 17). Die durch Hertzkas Freiland ausgelöste Bewegung schritt aber schon vorher zur Tat, und verschiedene Gründungen von Siedlungen in Deutschland fanden statt. Unter anderem die noch heute existierende *Vegetarische Obstbau-Kolonie Eden e.G.m.b.H.* in Oranienburg bei Berlin (gegründet 1893) und die *Siedlungsgenossenschaft Freie Scholle Berlin* (gegründet 1895) waren zu Beginn vom Gedankengut von Hertzkas Buch, aber auch von der neu entstandenen Bodenreformbewegung¹³¹ stark beeinflusst. Die Bodenrechtsbewegung sah nicht nur den privaten Besitz der Produktionsmittel als Hindernis einer egalitären Gesellschaft, sondern stellte auch die Frage nach dem Besitz und Eigentum des Bodens (Henry George, Michael Flürscheim, Adolf Damaschke). Kurz darauf wurde auch die Geld- und Währungsfrage durch Silvio Gesell stärker in den Fokus gerückt. Die Agitation der Bodenreformbewegung führte dazu, dass auch städtischer Boden als Gemeineigentum gedacht wurde, und dazu, dass ab 1880 immer mehr Wohngenossenschaften (meist noch als Spar- und Bauvereine) in Deutschland entstanden. (vgl. Möller, 2016, S. 163) Dazu war sicher auch die unermüdliche Mission von V.A. Huber¹³² wirksam, der die Errichtung von Baugenossenschaften bereits ab etwa 1854 empfohlen hatte und mit den ihm persönlich bekannten Beispielen aus England in der Folge der Rochdale-Bewegung illustrieren konnte (Huber, 1865). Huber sah ausgehend von der Erkenntnis der Notwendigkeit einer ökonomischen Assoziation der Arbeiter, um die ökonomische Vereinzelung und damit die Schwächung und die Kettung an Armut und Prekariat zu überwinden, nicht nur die Organisation des Konsums, also den Konsumverein, sondern die kombinierte Konsum- und Wohngenossenschaft als Ausgangspunkt für die Lösung der sozialen Frage (vgl. Faucherre, 1925a, S. 124). Die wei-

131 Adolf Damaschke war ab 1911 Mitglied der Eden Gemeinnützige Obstbau-Siedlung eG (heutiger Name).

132 Victor Aimé Huber (1800–1869), eines seiner Werke trägt den Titel „Die innere Mission“ (1864).

tere Entwicklungstendenz sah er dann in der Siedlungsgenossenschaft¹³³ und damit in einer genossenschaftlichen Gemeinde als Vollgenossenschaft (vgl. Faucherre, 1925a, S. 124). Die gleiche „Vision“, die auch Oppenheimer in dieser Siedlungsbewegung sah und in seinem Buch beschrieb, entsprach dabei (immer noch) der klassischen Vollgenossenschaft: *„Das Zukunftstraumbild aller menschenfreundlichen Staatsmänner und Volkswirte war, wenn sie überhaupt die Schwingenkraft des Geistes besaßen, sich zu neuen, vollkommeneren Gestaltungen menschlichen Zusammenseins zu erheben, fast überall und zu allen Zeiten dasselbe: eine Anzahl von zu Produktion und Konsumption verbundener Menschen, die sich in gemeinsamer Arbeit sowohl die Ur- und Rohprodukte durch landwirtschaftliche Thätigkeit (im weitesten Sinne des Wortes) als auch die übrigen Bedürfnisse durch gewerbliche Thätigkeit beschaffen. Dies war von jeher das Ziel der meisten politisch-ökonomischen Utopien.“* (Oppenheimer, 1896, S. 417)

Entscheidend für die Einstellung Hubers und für seine Forderung nach „inländischen“ Siedlungsgenossenschaften oder innere Ansiedlung (Huber 1848) war auch sein Einbezug einer umfassenden Ermöglichung von Bildung und Stärkung der sittlichen, geistigen und geselligen Verhältnisse. Deshalb mussten Genossenschaften auch Schulen und Bibliotheken sowie ein entsprechendes Erziehungssystem beinhalten.¹³⁴ (Faucherre, 1925a, S. 126) Dieser Gedanke – war wie gesagt – von den Wegbereitern wie z.B. King und Owen betont worden und wurde auch in der Genossenschaft in Rochdale als essenziell angesehen. Zudem hatte Huber die klare Vorstellung, dass jeder Konsument mittelbar ein Arbeitgeber sei und jeder Arbeiter ja auch ein Konsument und dass sich damit der Konsumverein als Mittel- und Ausgangspunkt des Lösungsweges der sozialen Frage anbieten würde (Faucherre, 1925a, S. 127). Hubers Arbeit wurde später von Karl Munding rezipiert und auch weitergeführt. Dazu mehr im nächsten Abschnitt zum Freidorf.

133 Der Begriff der Siedlungsgenossenschaft wird bis heute, wenn auch mit leicht anderem Duktus, häufig auch noch als Firmenbezeichnung (z.B. Bau- und Siedlungsgenossenschaft) weiterverwendet. Eine kurze Suche im Gemeinsamen (Handels-)Registerportal der Bundesländer ergab 79 Treffer zu „Siedlungsgenossenschaft“, also gemeinnützigen Bauträgern (e.G.) mit diesem Wort in ihrem aktuellen oder vormaligen Namen. (www.handelsregister.de, Zugriff 28.04.2020)

134 Hier schöpft Huber aus seinen persönlichen Erfahrungen als Zögling Emanuel von Fellenbergs in Hofwyl. Fellenbergs Erziehungssystem beruhte seinerseits auf Pestalozzis Grundlagen der Selbstertüchtigung.

Zusammenfassend lässt sich folgende Arbeitshypothese aufstellen:

9. Die Grundidee des utopischen Sozialismus war die Zusammenführung von Produzierenden und Konsumierenden in einer freiheitlich-demokratisch und föderalistisch organisierten und entsprechend gebildeten Gesellschaft. Die Form, mit der das erreicht werden sollte, war die Genossenschaft.

Oppenheimer, Herzl und weitere deutsche und internationale jüdische Exponenten einer Genossenschaftsbewegung versuchten auch, diese Ideen in der sich anbahnenden jüdischen Siedlungsbewegung in Palästina einzubringen. So waren große Pläne und Konzepte da, ideale und umfassende Siedlungsgenossenschaften zu gründen. Parallel dazu waren aber auch Praktiker an der Arbeit. Preuss betont, dass in den „Anfängen der genossenschaftlichen Verwirklichung im jüdischen Palästina“ die Praxis der Theorie voranging (vgl. Preuss, 1958, S. 70f.). Er zitiert dabei Josef Baraz, einen der Begründer der Kwuzah Daganian Alef¹³⁵ im Jahre 1908, die ein Vorbild für hunderte weitere genossenschaftliche Siedlungen wurde. Baraz beschreibt den Prozess einer praxisgesteuerten Entwicklung: *„Die Kommune an sich war keine Doktrin, keine vorgefaßte Meinung, die keine Abweichung zuließ. Sie kam zu uns, nicht auf Grund der Erfahrung anderer Völker oder Länder; auch hatten wir nichts über sie gelesen oder ihre Prinzipien auf der Grundlage der Lektüre von Büchern durchforscht. Die Kwuzah, wie sie im Leben des Landes zur Verwirklichung kam, ist eine ursprüngliche Schöpfung. Ihr Ursprung und ihre Wurzeln liegen in der sittlichen Idee der nationalen Renaissancebewegung begründet, die die jüdischen Arbeiterpioniere ins Land brachte.“* (Preuss, 1958, S. 70) Diese Ansicht wird auch dadurch unterstützt, dass die Oppenheimer'schen Gründungen „aus der Theorie“¹³⁶, wie die Siedlung Merchavia¹³⁷, langfristig nicht erfolgreich waren und aufgegeben wurden. Wesentlich ist, dass der Hauptantrieb der jüdischen Siedlungen aus einer Mischung bestand, die neben weiteren Punkten Folgende enthielt:

135 Kwuzah oder auch Kvutza, eine erste kleine Form jüdischer landwirtschaftlicher Siedlungen, erst später setzte sich die Sammelbezeichnung „Kibbuz“ für alle solche Erscheinungen durch.

136 Oppenheimer hatte auf dem 6. Zionistenkongress ein Modell einer Siedlungsgenossenschaft vorgeschlagen. (vgl. Fölling, 2000, S. 43).

137 Nach dem Konzept Oppenheimers 1911 gegründete Siedlung im Norden Palästinas, die aber nach dem Ersten Weltkrieg wieder aufgelöst wurde.

3. Der Sozialismus und weitere Arbeitshypothesen

- Die Energien einer „Nationalbildung“ (zionistischer Gedanke);
- die Forderung einer neuen respektvollen Landarbeit und Landwirtschaft;
- den sozialistischen Gedanken, eine Gesellschaft zu bilden, die auf der Idee der Eigenarbeit ohne Ausbeutung basiert;
- der Notwendigkeit, Kapital und landwirtschaftliche Nutzbarkeit erst gemeinsam zu erarbeiten.

(vgl. Preuss, 1958, S. 71f.). Weil dabei sehr viel praxisorientierter an die Sache herangetreten wurde als bei den durch utopische Ideen motivierten Siedlungen des 19. Jahrhunderts entstanden auch viel mehr langfristig erfolgreiche Siedlungen und Gemeinschaften. Der vollgenossenschaftliche Gedanke wurde dabei sehr unterschiedlich gehandhabt, aber er drängte sich in den verschiedenen Gründungsströmungen immer wieder auf. Auch die Ideen Gustav Landauers waren präsent. So entstand z.B. aus Bauarbeiter-Selbsthilfegruppen die Arbeitslegion¹³⁸, die zuerst nur als Zusammenschluss zur Arbeitsbeschaffung und zur gemeinschaftlichen Senkung der Lebenshaltungskosten gedacht war, sich aber nach und nach zu einer größeren Arbeiterkommune mit verschiedenen Wirtschaftszweigen (Landwirtschaft, Handwerk, Industrie) entwickelte und sich so dem Bild der sozialistischen Siedlung (Landauer) annäherte. (vgl. Fölling, 2000, S. 44)

Heute ist der Blick in Bezug auf die Entstehung der Kibbuz-Bewegung eher wieder auf die durchaus vorhandenen utopischen Hintergründe gerichtet. Levi beschreibt die Grundlagen dieser Lebensform wie folgt: *„For many decades the kibbutzim in Israel aspired to embody principles of a Utopian community: members live in such community out of their free will with knowledge of other life options and the possibility to leave whenever they wish; all members of that community satisfy in a sustainable way (for the present, the near future, and for the distant future) all their needs; they maximize the expression of their human potential and live in a community of equality among the members according to their unique human needs and potentials, in solidarity, in collaboration and fraternity, and in cooperation; and the community actively uses its resources in spreading these values and characteristics into the larger society.“*¹³⁹ (Levi, 2012, S. 1)

138 Gedud Awoda (Preuss) oder Gdud Haavoda (Fölling), bestand 1920–1927.

139 Übersetzung durch den Autor: „Viele Jahrzehnte lang strebten die Kibbuzim in Israel danach, die Prinzipien einer utopischen Gemeinschaft zu verkörpern: Die Mitglieder leben in einer solchen Gemeinschaft aus freiem Willen mit dem Wissen um andere Lebensoptionen und der Möglichkeit, sie zu verlassen, wann immer sie wollen. Alle Mitglieder dieser Gemeinschaft befriedigen auf nachhaltige Weise alle ihre Bedürfnisse; sie maximieren den Ausdruck ihres

Dies wird jedoch schon als Rückblick gemacht, denn ab Ende der 1980er-Jahre gerieten die Kibbuzim gemäß Levi in eine große wirtschaftliche und ideologische Krise. Dabei stellt er in einer detaillierten Untersuchung zwei wichtige Ursachen als Beginn des Niedergangs (ebd.) fest:

- (1) Eine große Auswanderungswelle – die Kibbuzim wurden insbesondere von jungen Menschen verlassen, weil sie sich anderen Lebensformen (z.B. in den Städten) und besseren ökonomischen Verhältnissen zuwandten.
- (2) Grundlegende kooperative Verhaltensprinzipien oder die ideellen Grundlagen wurden in den meisten Kibbuzim schrittweise zugunsten von individualisierten und privatisierten Strukturen preisgegeben.

Die „Lessons Learned“ für Real Utopias (Wright), die Levi aus seiner Untersuchung der Entwicklung und dem Niedergang der Kibbuz-Bewegung zieht, können auch auf andere Vollgenossenschaften übertragen werden. Levis fünf Punkte seien hier kurz zusammengefasst und ergänzt (vgl. Levi, 2012, S. 31f.):

- a. Das Beispiel der Kibbuzim zeigt, dass Real Utopias langfristig möglich sind, aber eine konstante „Wartung“ insbesondere der ideellen Verbindlichkeit der Mitglieder benötigen.
- b. Eine solche ideelle Verbindlichkeit und Verankerung der Werte entwickelt sich bei den Mitgliedern nicht von selbst und vererbt sich auch nicht automatisch an die nächste Generation, sondern eine solche Gemeinschaft muss laufend daran arbeiten, die ideelle Basis bewusst pflegen und weitervermitteln.
- c. Obwohl die Kibbuzim bezogen auf die gesamte Gesellschaft nur einen marginalen Teil ausmachen, werden darin doch viele sehr wichtige Impulse und Lösungsansätze, die der gesamten Gesellschaft nützen können, entwickelt und erprobt. Diese Vorbild- und Laborfunktion gilt es noch stärker zu betonen, damit eine Bewegung entsteht, die auch gesamtgesellschaftlich mehr anerkannt und gefördert werden kann.
- d. Auch aus einem möglichen gänzlichen Scheitern der Kibbuz-Idee (nach über 100-jährigem Bestehen) kann viel gelernt werden.

menschlichen Potenzials und leben in einer Gemeinschaft der Gleichheit unter den Mitgliedern entsprechend ihren einzigartigen menschlichen Bedürfnissen und Potenzialen, in Solidarität, in Zusammenarbeit und Brüderlichkeit und in Kooperation. Die Gemeinschaft ihrerseits nutzt ihre Ressourcen aktiv, um diese Werte und Eigenschaften auch in der größeren Gesellschaft zu verbreiten.⁴

3. Der Sozialismus und weitere Arbeitshypothesen

- e. Vielleicht müssen Kibbuz als Real Utopias auch immer wieder neu gefasst und mit jeder neuen Generation neu gegründet werden, um ihre Pionierfunktion beizubehalten.

Daraus lässt sich eine weitere Arbeitshypothese ableiten:

- 10. Siedlungsgenossenschaften wie die Kibuzzim zeigen, dass Real Utopias langfristig möglich sind. Sie benötigen aber eine konstante Pflege der ideellen Grundlagen und der entsprechenden Verbindlichkeit der Mitglieder. Eine solche Gemeinschaft sollte deshalb laufend daran arbeiten, die ideelle Basis bewusst zu pflegen und weiterzuvermitteln und sich als gesellschaftliches Vorbild zu positionieren.

Das Beispiel Israels enthält auf jeden Fall zahlreiche und langjährige positive Erfahrungen mit dem vollgenossenschaftlichen Ansatz, deren genauere Auswertung lohnenswert wäre. Überhaupt wäre eine vertiefte Auswertung der genossenschaftlichen Vergangenheit, wozu auch diejenige in den kommunistischen Staaten gerechnet werden sollte¹⁴⁰, sehr wertvoll und könnte heute dringend benötigte Ideen für eine andere Wirtschaftsweise liefern.

3.3.4. Die Verdrängung des utopischen Sozialismus

Der utopische Sozialismus und damit auch viele eng mit einer „unabhängig-innovativen“ Genossenschaftsbewegung verbundene Ideen und Bestrebungen wie die Vollgenossenschaft konnten sich in ihren idealen Formen bisher nicht durchsetzen. Zu fragil und fantastisch waren die Modelle am Anfang und zu stark die hindernden und zerstörenden Umstände der beiden Weltkriege und der durchschlagende Erfolg des individualisierten Konsumkapitalismus in der späteren Phase. Insbesondere fanden

140 Weil der Fokus nicht darauf liegt, wird hier darauf verzichtet, die mannigfaltigen Formen und Erfahrungen der Genossenschaften in den ehemals kommunistisch regierten Ländern des Ostblocks zu rezipieren. Bei einer weiteren Entwicklung des hier vorgestellten Modells könnten z.B. die Erfahrungen in der DDR mit LPG-Geld interessante Hinweise zu einer soliden Konzeption liefern (vgl. Artikel LPG-Geld <https://docplayer.org/78621574-Lpg-geld-inhaltsverzeichnis-einfuehrung-einsatz-und-erscheinungsformen-der-wertscheinmethode.html>) (Zugriff, 21.09.2020). Die Quellenlage dazu scheint aber noch wenig aufgearbeitet zu sein.

die Grundlagen auch kaum Aufnahme in die Wissenschaften, was hier beispielhaft nachgezeichnet werden soll:

Das Thema des utopischen Sozialismus wurde erstmals auch an der Universität zu Köln aufgegriffen. Eine Dissertation von Paul Klepper bei Leopold von Wiese, „Die Kritik an der Verkehrswirtschaft vom Standpunkte des modernen sozialistischen Utopismus“ (1925), enthält eine (knappe) Analyse des Phänomens. Klepper versucht darzustellen, „unter welchen Voraussetzungen der Sozialismus zu jenen Forderungen kommen konnte, die man als ‚positiven Sozialismus‘ oder als ‚soziale Utopien, bezeichnet“ (Klepper, 1925, S. 4). Er sieht zwei Motive oder Gruppen von Kritikern, die damals den „Sozialismus“, also die Sammelbezeichnung für die Mehrzahl der kritischen Ansätze, neben dem Kommunismus auszeichnete: den ethischen, auf der Gerechtigkeitsfrage, und den rationalen, auf der Logik basierenden Sozialismus. Zur ersten Gruppe zählt er *„mystische und religiöse Sozialisten wie Tolstoi, Ruskin, Carlyle und Laménais“* (Klepper, 1925, S. 10). Außerdem finde man *„nirgends beredtere Schilderungen des Elends der arbeitenden Klassen, leidenschaftlichere Anklagen gegen die Ungerechtigkeiten der herrschenden Besitzverhältnisse, als bei Godwin, Charles Hall, Owen und ihren französischen Zeitgenossen Fourier und Saint Simon“* (ebd.). Dabei wurden Letztere auch als „Utopische Sozialisten“ bezeichnet, weil sie die Methode verfolgten *„ein ideales Gemeinwesen zu entwerfen und durch praktische Experimente zu propagieren und einzuführen“* (Klepper, 1925, S. 11). Nach Kleppers Analyse konstruierten die Sozialisten einen Gegensatz zwischen dem potenziellen Reichtum und der realen Armut der Gesellschaft, d.h. die virtuelle Produktivität der Gesellschaft sei grösser als ihre tatsächliche, und das sei eine Frage des Versagens des Gesellschaftssystems (also der kapitalistischen Organisation) (vgl. Klepper, S. 11f.). Am Ende seiner Rezeption, in der Klepper besonders Spence und George, Oppenheimer, Hertzka, Gesell, Bellamy und Kropotkin berücksichtigt, kommt er auf ein bemerkenswertes Resultat: *„Eine ‚wissenschaftliche‘ Kritik des anarcho-kommunistischen ‚Systems‘ lässt sich naturgemäß schwer vornehmen. Wir sagten schon, daß diese Lehre über den Rahmen des rein Wirtschaftlichen hinausgehe, daß sie uns mitten hineinführe in das Gebiet soziologischer und sozialphilosophischer Fragen. Es ist ohne Zweifel naheliegend und bequem, einzuwenden, daß Kropotkins Theorie die Menschen und die Dinge durch eine rosenrote Brille eines übertriebenen Optimismus betrachte. Aber beweisen kann der Skeptiker seine Ansicht ebenso wenig, wie man die Richtigkeit und Wirklichkeitsnähe einer anarcho-kommunistischen Betrachtungsweise wissenschaftlich beweisen kann.“* (Klepper, 1925, S. 57) Diese Schlussfolgerung enthält bereits die Hinweise darauf, mit welchen Begründungen die utopisch-sozialisti-

sche Richtung der gesellschaftlichen Neugestaltung und Wirtschaftsreform im letzten Jahrhundert keinen Einlass in die Wirtschaftswissenschaften fand:

- Sie „geht über den Rahmen hinaus“, den materialistisch-wissenschaftliches Denken zulässt
- Sie geht von einem nicht theorieverträglichen Menschenbild aus, das keinen Platz hat neben dem vorherrschenden und für die verwendeten Modelle vorausgesetzten homo oeconomicus
- Sie ist nicht „beweisbar“ und beruht auf „übertriebenem Optimismus“ (Schwärmerei) und Utopismus, der per se nicht in der seriösen Wissenschaft behandelt werden kann

Diese und ähnliche Kritikpunkte oder „*Legitimationstopoi einer endlosen Selbstverweigerung*“ (Novy, 1979, S. 473) der Wirtschaftswissenschaften werden bis heute verwendet und haben dazu geführt, dass utopisch-sozialistische Modelle und Reformvorstellungen kaum weiterverfolgt, häufig ausgegrenzt und meist als nichtwissenschaftlich verunglimpft werden: „*Die Reformdiskussion wird als wirtschaftswissenschaftliche vorschnell abgebrochen und damit als theorieunfähig verworfen*,“¹⁴¹ (Novy, 1979, S. 474), bemerkt Novy, obwohl „*der Erfolg des historischen Sozialismus wesentlich dieser reformpraktischen Seite, der solidarischen Formen der Selbstorganisation, Selbsthilfe, Soforthilfe, usw. geschuldet [war]*.“ (Novy, 1979, S. 475) Dies wird dann auch von anderen aufgeklärteren Beobachtern des 20. Jahrhunderts als Fazit gesehen: „*Es ist unbestreitbar, daß in der Geschichte der Genossenschaftsbewegung im 19. Jahrhundert stets eine Theorie, ein weitumfassender Plan der praktischen Verwirklichung zugrundelag, und daß gerade dadurch vieles, was einerseits heute utopisch in der Bewegung erscheint, zu erklären ist, andererseits aber auch die idealistische Grundlage, ein nicht zu vernachlässigender Faktor in der Entwicklung der Bewegung, sich manifestiert.*“ (Preuss, 1958, S. 70)

Die Vollgenossenschaft als Idealbild des utopischen Sozialismus scheiterte aber nicht nur am fehlenden Verständnis in der Gesellschaft und an einer mangelhaften Theorie. Ein wichtiger Punkt des Scheiterns ist auch in der Konzeption selbst zu finden. Indem radikale Konzepte verwirklicht werden sollten und durch die „Siedlungs-idee“ auch eine relativ abgeschlos-

141 Novy zitiert dazu auch einen entsprechend bewertenden Kommentar von K. Kautsky zum Erfurter Programm: „Heute, angesichts dieser Erkenntnis (in Wissenschaft und Utopismus; K.N.), noch „positive Vorschläge“ zum Aufbau des Zukunftsstaates zu entwerfen, ist ungefähr ebenso nützlich wie tiefsinnig als etwa im Vornhinein eine Geschichte des nächsten Krieges zu schreiben“ (Novy, 1979, S. 479)

sene Gemeinschaft gefordert wurde, wurden ein starker Gemeinschaftsgeist und darin eine starke Kraft der zentralen Ideen vorausgesetzt, um besonders in der Gründungsphase die notwendige Energie und Motivation (d.h. ein Wille) bei den Mitgliedern freizusetzen. Hier bestand nun die Gefahr, dass dieser Wille in eine Dogmatik einer als einzig richtig, gerecht und wahr empfundenen und geglaubten Organisation mündete, und so eine überhebliche Ideologie entstand (vgl. Buber, 1967, S. 125). Dies führte zu drei großen Gefahren¹⁴²:

- 1) Wenn eine solche Siedlung zu Dogmatismus führte und diesen förderete, drohte sie zu erstarren, in der Folge zu überaltern und dann am Aussterben der Bewohnerinnen und Bewohner zugrunde zu gehen.
- 2) Wenn sie sich dagegen auflehnte, sei es im offenen Protest gegen die Führung oder im Zwist zwischen verschiedenen Flügeln der Dogmenlehre, oder sich überhaupt nie zu einer einheitlichen Haltung durchringen konnte, drohte die Spaltung und anschließende Auflösung.
- 3) Wenn sie nach anfänglichem Erfolg schrittweise und schleichend ihre ursprünglichen Ziele aufgab und begann, ihre Gründungsimpulse zu ignorieren oder zu verleugnen, drohte ein Rückfall in die gewöhnlichen Strukturen der Gesellschaft mit einer gleichzeitig drohenden Schädigung des Ideengutes, das als „bereits umgesetzt“ oder „nicht machbar“ beurteilt und damit auch für zukünftige Projekte blockiert wurde.

Beispiele für ein Scheitern im ersten Fall finden sich in Sekten und dogmatischen Glaubensgemeinschaften, aber auch in den Versuchen von Cabot (Ikarien). New Harmony von Owen wäre typisch für den zweiten Fall, indem sich die heterogene Bewohnerschaft laufend neue Verfassungen gab, bis sie dann nach sieben Versuchen auseinanderbrach (Uhl, 2013, S. 51ff.). Teile der Kibbuz-Bewegung oder das Freidorf könnten vermutlich dem dritten Fall zugeordnet werden. Bei den ersten beiden Punkten „fehlt die korrigierende, modifizierende Kraft der Einsicht in die Bedingungen“ (Buber, 1967, S. 125), bei der dritten fehlt der Wille, den eigenen Erfolg zur Erreichung einer nächsten Stufe aufs Spiel zu setzen. In allen Fällen wird die notwendige Abgrenzung der Siedlung oder der Idee aufgrund ihrer weitreichenden Ziele missverstanden und führt zur Isolierung mit einer daraus resultierenden Verbindungs- und Wirkungslosigkeit (ebd.). Die Mittel, diesen Gefahren auszuweichen, sieht Buber in einer erzieherischen Kraft, die Gemeinschaftsgefühl und Gemeinschaftswillen „zu einer

142 Die Ausführungen von Buber (1967, S. 125) wurden hier um eine dritte Möglichkeit ergänzt.

höheren Form erheben“, d.h. die gewöhnliche Selbstsucht nicht nur auf die Höhe des eigenen Kollektivs, sondern auf eine übergeordnete Basis der Verbindung der Gemeinschaften in einer ganzen Menschheit ausdehnen kann. (Buber, 1967, S. 126) Dazu dient die föderative Form und die Förderung unabhängiger Gründungen, die dieser zugrunde liegt. Buber stimmt dabei mit Kropotkin überein, der die Isolierung von der Gesellschaft und die Isolation untereinander als zentrale Probleme sieht. Dabei wäre die Kleinheit der Gruppe kein Hindernis an sich, solange sie sich in einem größeren Zusammenhang föderieren (vernetzen) kann.

Noch etwas pragmatischer können die Gründe für das Scheitern von Siedlungs- oder Vollgenossenschaften gemäß Elsässer (1984, S. 169f.) in fünf Punkten dargestellt werden:

- 1) Kapitalmangel
- 2) Organisationsmängel
- 3) Fehlender Genossenschaftsgeist
- 4) Ungenügende genossenschaftliche Erziehung
- 5) Isolierung in der Wirtschaftsordnung

Summarisch fasst Buber die Problemlage zusammen: *„Echtes Gemeinschaftsleben bedeutet Fülle der Funktionen und Wechselwirkungen zwischen ihnen, nicht Reduktion und Abschnürung.“* (1967, S. 128), das heißt, der umfassende Anspruch der Vollgenossenschaft ist nicht im Gefühl der Zusammengehörigkeit und Gemeinschaft im Ausschluss zu anderen, sondern in einer neuen, höheren, zusammenhängenden Organisation zu suchen. Buber bezeichnet dies als eine organische Restrukturierung der Gesellschaft und ergänzt mit einem Verweis auf den irischen Sozialreformer und Dichter William Russell, der sagt: *„Die Evolution der Menschheit über ihr gegenwärtiges Niveau hinaus hängt unbedingt von ihrem Vermögen ab, echte soziale Organismen zu schaffen und zu vereinigen.“* (Russell zitiert in Buber, 1967, S. 133) Dieses Prinzip der organischen Restrukturierung sei trotz der vielen gescheiterten Versuche die Grundlage der Vollgenossenschaften, *„in der sich Produktion und Konsum verbinden und in der Produktion Industrie durch Landwirtschaft ergänzen wird“* und die *„als ein weitgespannter Komplex von untereinander verbündeten magnetischen Wirkungszentren aufbaue.“* (Buber, 1967, S. 135) Bubers Plädoyer gipfelt in einem Schlusssatz, den man in gewisser Weise auch als Aufgabenstellung für diese Forschungsarbeit ansehen kann: *„Dazu aber [zur Realisierung der Vollgenossenschaften, Anm. des Verfassers] tut not, dass an die Stelle der isolierten und durch ihr ganzes Wesen zur Isolierung verurteilten Versuche, die bisher in mehr als hundertjährigem Ringen in die Erscheinung getreten sind, umfassende Siedlungszusammenhänge treten, territorial entworfen und föderativ aufgebaut, ohne dogmatische Festle-*

gung, mannigfache soziale Gestaltungen nebeneinander zulassend, aber immer auf das Ganze, auf die neue organische Ganzheit ausgerichtet.“ (Buber, 1967, S. 135f.) Die Frage, die also zu behandeln ist, lautet, wie diese ursprüngliche Aufgabenstellung wieder aufgenommen werden kann.

Arbeitshypothese

11. Der utopische Sozialismus ist zwar bisher gescheitert, aber die dahinterliegende Bestrebung, eine harmonischere, menschlichere Gesellschaft durch eine gemeinschaftsbezogene, kooperative Wirtschaftsweise zu erreichen, ist nach wie vor anzustreben.

3.3.5. Weitere Aspekte in der Entwicklung der Genossenschaftsidee

Anders als mit den Schwierigkeiten der Siedlungsgenossenschaften mit ihren utopisch-sozialistischen Ideen war die restliche Genossenschaftsbewegung lange Zeit sehr erfolgreich und entwickelte sich zu einer nicht mehr zu vernachlässigenden Wirtschaftskraft. In Deutschland hatte Hermann Schulze-Delitzsch bereits 1849 die ersten Rohstoffassoziationen der Tischler und Schuhmacher und Raiffeisen ab 1862 die ersten Kreditgenossenschaften und landwirtschaftlichen Genossenschaften gegründet (Glenk, 2013, S.IX). Die Konsumgenossenschaften traten Ende des 19. Jahrhunderts in vielen Ländern gar einen wahren Siegeszug an. Die Konsumgenossenschaftsidee hatte ab 1844 in Rochdale ihre erfolgreiche Form gefunden und sich von dort schon auf viele Länder verbreitet. Wichtige Impulse in Deutschland kamen dazu aus Stuttgart mit Eduard Pfeiffers Wirken und seinem Buch *Die Consumvereine – ihr Wesen und Wirken* (1865), einem eigentlichen „Toolkit“ (Werkzeugkasten) zur Gründung von Konsumvereinen, das auch die Anwendung von Markengeld empfahl. Bereits 1867 wurde auch der Verband deutscher Konsumvereine in Stuttgart gegründet, der allerdings 1872 dann dem von Schulze-Delitzsch gegründeten Allgemeinen Verband beitrug (Bösche / Korf, 2003, S. 9). Außerdem trat bereits 1867 in Preußen das erste von Schulze-Delitzsch entworfene Genossenschaftsgesetz in Kraft, das dann 1871 in die Gesetzgebung des Deutschen Reiches übernommen und 1889 als Reichsgesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in die bis heute im Wesentlichen gültige Form gebracht wurde. Die Entwicklung in der Schweiz verlief in vielen Punkten parallel zu derjenigen in Deutschland. Die Aufnahme der Genossenschaft als Rechtsform in die Gesetzgebung erfolgte 1881. Sie sah eine strenge Trennung zu den Aktiengesellschaften und Vereinen vor, unter

denen verschiedene Genossenschaften bisher firmiert hatten, war aber ansonsten mit großen Spielräumen ausgestattet¹⁴³ (vgl. Kuhn-Carpentier, 1916, S. 53). Der Zusammenschluss der Konsumvereine zu einem Verband (Verband Schweizerischer Konsumvereine, V.S.K.) war nach mehreren erfolglosen Anläufen 1890 gelungen. Bereits 1893 begann der Verband auch mit der Organisation und dem Betrieb des gemeinsamen Wareneinkaufs für die Verbandsmitglieder und siedelte sich dazu permanent in Basel an (vgl. Müller, 1896, S. 334ff.). Praktisch zeitgleich wurde 1894 in Hamburg die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Consumvereine mgH, kurz GEG, und dann 1899 am gleichen Ort der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ eGmbH (PRO) gegründet. Maßgeblichen Anteil daran hatte Adolph von Elm, der während des vergeblichen Hamburger Hafenarbeiter-Streikes darüber nachdachte, *„wie man die Kraft der Arbeiter durch eine besser organisierte Versorgung stärken könne.“* (Bösche, 2015, S. 111). Der Name „Produktion“ zeigte, dass es um mehr ging als Konsum, nämlich um alle wesentlichen Wirtschaftsbereiche: Güterversorgung (Konsum), Wohnen (Bau), Geldversorgung (Spar) und Arbeitseinsatz (Produktion). Auch hier scheint also die Vollgenossenschaft durch, allerdings in einer Praxisform, als direkter Ansatz zur Verbesserung der Zustände der Arbeiterschaft durch *„Genossenschaftliche Eigenproduktion auf Grundlage des organisierten Konsums!“* (von Elm, 1910, S. 6). Dabei sah von Elm in der erfolgreichen Organisation des Konsums den Beginn der Umbildung des kapitalistischen Wirtschaftssystems (gemäß der Resolution des Internationalen Hamburger Genossenschaftskongresses), die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion und des Austausches (gemäß der Resolution des Internationalen Genossenschaftskongresses in Kopenhagen) und eine neue Art der Arbeit, nämlich die „Wertvolle soziale Arbeit“ als Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse (Resolution des Sozialdemokratischen Parteitages von Magdeburg) (vgl. von Elm, 1910, S. 11f.). Weitere erfolgreiche Gründungen wie z.B. die Großeinkaufszentrale deutscher Konsumvereine GmbH (GEZ) des separierten Verbandes westdeutscher Konsumvereine („Kölner Richtung“) folgen. Auch wurde ein eigener „Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften“ (ZdK) gegründet, der bis heute in Hamburg seinen Sitz hat. Der erste Weltkrieg brachte dann eine erste Zäsur, dennoch wurde 1922 mit 1'350 Konsumvereinen die höchste Zahl der Mitgliedgenossenschaften des ZdK erreicht (Bösche / Korf, 2003, S. 12).

143 Schweizerisches Obligationenrecht, Titel 27 hatte gerade einmal 38 Artikel im Gegensatz zu dem deutschen Gesetz von 1889 mit damals 172 Artikeln.

Trotz oder vielleicht gerade wegen des Erfolges war auch eine Erosion der grundlegenden Prinzipien und ein Erlahmen des Kampfeswillens festzustellen. Gustav Landauer analysierte bereits 1910 das von Konsumgenossenschaften Erreichte sehr kritisch, weil er sah, dass der Kapitalismus noch lange nicht grundlegend erschüttert war, und führte zehn Punkte an, die verbessert werden sollten:

- 1) *„daß die Konsumgenossenschaften mit ihren ungeheuren Zahlen nicht prunken dürfen, daß sie Riesen auf tönernen Füßen sind;*
- 2) *daß das Beinwerk dieser schwächlichen Riesen nur darum so unsicher steht und auftritt, weil es ihren Besitzern am Kopf und am Herzen fehlt;*
- 3) *daß also nichts so not tut wie die Erweckung des Geistes sozialistischer Verwirklichung, und daß Leisetreterei und Kompromißlerei große Übel sind;*
- 4) *daß die Schaffung der Produktion auf dem Grunde der Konsumsolidarität in Lebensgemeinschaften und Bodengemeinschaften beginnen muß; die vorbildliche und erzieherische sozialistische Siedlung;*
- 5) *daß die Konsumgenossenschaften, wenn sie zur nicht kapitalistischen, sondern sozialistischen Eigenproduktion übergeben wollen, nicht Arbeitgeber werden dürfen, sondern vor allen andern Dingen die Berufsstatistik ihrer eigenen Mitgliedschaft ins Leben rufen müssen;*
- 6) *daß der Aberglaube, der Kleinbetrieb sei nicht mehr lebensfähig, bekämpft werden muß;*
- 7) *daß die Bürokratie und das zentralistische Unwesen eingedämmt werden muß;*
- 8) *daß die Vermittlungsstelle zwischen den in ihrem Beruf für den Konsumentenbund arbeitenden Mitgliedern der Konsumgenossenschaften, die Organisation ihres Kredits, die Tauschbank geschaffen werden muß, die den für sich selbst in mannigfaltigen Formen arbeitenden Mitgliedern die Werkzeuge, die Werkstatt und die Betriebsmittel liefert;*
- 9) *daß in den Konsumentenbünden nicht so sehr der Sinn für wirtschaftliche Vorteile als der Geist der Kultur bis zur Opferwilligkeit geweckt und gepflegt werden muß;*
- 10) *daß bei der Frage der Konkurrenzfähigkeit der für sich selbst produzierenden verbündeten Konsumenten im Vergleich mit der kapitalistischen Wirtschaft nicht nur die Technik und die Kapitalkraft in Betracht gezogen werden darf, sondern vor allen Dingen auch die erhöhte Arbeitsfreude und Lebenslust; daß das Wissen geschaffen werden muß, daß arbeitende Menschen, die für sich selbst zu arbeiten sich bewußt sind, an sich selbst ganz andere Ansprüche stellen werden, als die mechanischen Forderungen*

gen, wie sie Gesetzgebung und Gewerkschaften als Sklavenschutz heute aufstellen müssen.

Diese Punkte sind von entscheidender Bedeutung und sollen demnächst im Einzelnen ausführlicher erörtert werden. Wir dürfen nicht ruhen, den Konsumgenossenschaften zu zeigen, daß diese unförmlich in die Breite gegangenen Kinder an der Elephantiasis leiden und daß ihnen eine Blutreinigung not tut.“

(Landauer, 1910b)

Auch in der Schweiz verlief das Wachstum nicht nur in die gewünschte Richtung. Der V.S.K. verabschiedete 1922 sogenannte Richtlinien (weiter unten wird noch detailliert darauf eingegangen), die als eine (Selbst-)Kritik des Erreichten aus der Warte der Verbandsführung zu lesen waren. Darin wird als ein Hauptpunkt die mangelnde wirtschaftliche Integration der Mitglieder genannt:

„Die bisherigen Entwicklungstatsachen des Konsumvereinswesens veranschaulichen, dass es der Genossenschaftsbewegung bis heute nicht gelungen ist, die Konsumkraft der gesamten Bevölkerung zu organisieren, ja nicht einmal die Konsumkraft der im V.S.K. organisierten Mitglieder, da der Totalumsatz der Konsumvereine nur einen Teil desjenigen darstellt, was die rund 360'000 Mitglieder benötigen. An Stelle eines Gesamtumsatzes von rund 330 Millionen Franken müssten die Konsumvereine einen solchen von zirka einer Milliarde Franken aufweisen, wenn alle Konsumenten, die sich als Mitglieder der Konsumvereine erklärt haben, ihren Bedarf auch wirklich im Konsumvereinsladen deckten. Da nun den Vereinen die Zusammenfassung der gesamten Bedarfsdeckung ihrer Mitglieder bis jetzt nicht gelungen ist, erscheint eine Überprüfung der Verhältnisse und eine eventuelle Einlenkung in neue Bahnen notwendig.“ (V.S.K., 1922, S. 2) Außerdem wurde auch auf Mängel des Bewusstseins der genossenschaftlichen Mitgliedschaft hingewiesen. Einzelne Mitglieder würden sich nur noch als Käufer und nicht mehr mitverantwortlich fühlen (vgl. V.S.K., 1922, S. 11).

Darauf wurde mit einem eigentlichen Reformvorschlag geantwortet, der mit dem *Freidorf*, einer Siedlungsgenossenschaft in Muttenz bei Basel, als Pilotprojekt erstmals umgesetzt werden sollte. Der Erfolg auf der einen und Reformbedarf oder Bedarf an einem weiteren Vorstoßen in die genossenschaftliche Umgestaltung der Wirtschaft auf der anderen Seite hielten sich in den 1920er-Jahren wohl die Waage. Ob sich hätte dann die Reformrichtung durchgesetzt hätte, weiß man nicht, denn die Machtergreifung der Nationalsozialisten und die anschließende Kriegszeit störten und zerstörten sehr vieles und schufen eine völlig neue Ausgangslage, die dem ursprünglichen Genossenschaftsgeist kaum mehr entsprach. Es fand ein

eigentlicher Paradigmenwandel statt, wie Preuss (1958, S. 53) feststellt, der konstatiert, dass bis zum Zweiten Weltkrieg viele Genossenschaftsforscher weiterhin an einen durchschlagenden Erfolg bei einer Veränderung des Wirtschaftssystems insbesondere durch die Konsumgenossenschaftsbewegung glaubten. Nach dem Krieg wandelte sich diese Vorstellung aber zusehends, und Preuss sieht einen „*Hauch von utopischer Vision und Übertreibung*“ in den Aussagen von Autoren wie Bowen, Webb oder Casselmann, die nach wie vor unterstreichen, dass die Konsumgenossenschaftsbewegung in einigen Ländern die zügellose Ausbeutung der Konsumenten durch den Privathandel eindämmen konnte und damit kurz davor stehe, die Grundlagen des kapitalistischen Systems zu erschüttern (Preuss 1958, S. 47), und er folgert: „*Es lohnt sich nicht, sich in dieser Hinsicht irgendwelchen Illusionen hinzugeben.*“ (ebd.) Er wird später noch deutlicher in der Beurteilung eines solchen „*Genossenschaftsreiches als Erbe des Kapitalismus*“ (Preuss 1958, S. 49): „*Es ist absolut klar geworden, [...] daß die Genossenschaftsbewegung als Wirtschaftssystem sowie als weltumfassende Bewegung nirgendwo der einzig existierende Sektor in Wirtschaft und Gesellschaft sein wird, sondern nur einer unter anderen, und daß ihr ein durch ihr Wesen und ihre Geschichte vorbestimmte und genau abgegrenzte Rolle zugewiesen ist.*“ (Preuss 1958, S. 53)

Preuss konstatierte also bereits in der Mitte des 20. Jahrhunderts das definitive Kippen des utopischen Leitbildes von Genossenschaften als Teil der „Weltveränderung“ in einen pragmatischen Ansatz einer „Einordnung in das Bestehende“. Dies als Genossenschaftspraktiker, der die hoffnungsvollen Anfänge und ersten Blüten der Genossenschaftsbewegung in Israel kannte und vor Augen hatte und trotzdem zu dieser ernüchternden Erkenntnis gelangte.

Dies ging zusammen mit einer generellen Neubeurteilung der Genossenschaften von wissenschaftlicher Seite. Genossenschaften wurden nun primär als geschäftliche Unternehmen innerhalb „des Marktes“ angesehen, die gegenüber den konventionellen, privatwirtschaftlichen Unternehmen einige Besonderheiten aufwiesen. Ein Paradigmenwechsel hatte sich schon länger vorher angekündigt. Bereits Grünfeld (1928) hatte in Anbetracht der tatsächlichen Entwicklungen die privaten Vorteile der genossenschaftlichen Wirtschaft stärker in den Fokus gerückt¹⁴⁴, jedoch noch stark an der

144 „... Genossenschaften (sind) als in Massen auftretende freiwillige Vereinigungen kleiner und mittlerer Leute anzusehen [...], die sozialpolitische Ziele auf dem Wege über gemeinsame Verfolgung privatwirtschaftlicher Vorteile nach dem Grundsatz der Bedarfsdeckungswirtschaft erstreben.“ (Grünfeld 1928, S. 8f)

gesellschaftsverändernden Komponente festgehalten.¹⁴⁵ Er wurde jedoch damals schon von Anhängern „*einer individualistischen, von den Einzelpersonen und ihren Zwecken ausgehenden Betrachtungsweise*“ (Engelhardt, 1978b, S. 13) wie z.B. Robert Liefmann dafür kritisiert. Für Liefmann schien es unzulässig, eine Theorie auf den Intentionen der Genossenschaftsbewegung aufbauen zu wollen, statt in der Analyse dessen, was sie tatsächlich wäre. Eine Würdigung und Begriffsfassung der Genossenschaften könne nur auf Grund der Beobachtung der Verhältnisse und nicht aus den Ideen einer zukünftigen Wirtschaftsordnung heraus erfolgen (Engelhardt, 1978b, S. 13). Der „kollektivistische Gesamtstandpunkt“ sei also ungeeignet, stattdessen müsse das eigennützige Motiv der Förderung und Ergänzung der privaten Wirtschaft der Mitglieder als zentrale Grundlage gesehen werden (Engelhardt, 1978b, S. 14, vgl. Liefmann 1927). Hier treffen wir vermutlich auf einen Kern dieses Paradigmenwechsels: Der Individualismus und die damit verbundene partikuläre und eigennützige Sichtweise verdrängte den Kollektivismus und die damit verbundene systemische und „gruppennützige“ Sichtweise. Dazu verhalf auch der sich gerade verstärkende Gegensatz von West-Kapitalismus und Ost-Kommunismus und die dadurch geförderte Idee einer Dualität, ja sogar Polarität oder Dichotomie von Markt und Staat. Doch noch wehrten sich die Genossenschaftswissenschaften. Exemplarisch dafür stand das Buch von Georg Draheim: „Die Genossenschaft als Unternehmenstyp“ (1952). Darin wird die Genossenschaft zwar als Unternehmen beschrieben, das sich auf dem Markt behaupten muss, das aber durch eine „Doppelnatur“¹⁴⁶ von Personenvereinigung und Gemeinschaftsbetrieb besonders gekennzeichnet ist. Damit wurden die Genossenschaften nun als privat und gemeinwirtschaftliche Mischwirtschaften gekennzeichnet, die „*meist zugleich den persönlichen Interessen der Träger, den Interessen des Standes (der Berufsgruppe usw.) und den Interessen der Gesamtheit dienen*“ (Engelhardt, 1978b, S. 14). Durch diese Doppelnatur waren sie also ein Stückweit der geforderten fixen Zuordnung zu einem Pol enthoben. Damit schien die Kluft, die sich zwischen den real existierenden Genossenschaften und dem ursprünglichen utopischen

145 „Es wird sich schwerlich eine andere Deutung finden, als daß alle Genossenschaften, in denen wirklich genossenschaftliches Leben pulst, kritisch zu unserer Gesellschaftsordnung eingestellt sind und an ihrer Veränderung arbeiten.“ (Grünfeld, 1928, S. 15)

146 „Jede Genossenschaft hat eine Doppelnatur, d.h. sie ist immer zugleich Gruppe, bzw. Personenvereinigung im Sinne der Soziologie und Sozialpsychologie und gemeinsamer Betrieb im Sinne der Betriebswirtschaftslehre (Draheim zitiert in Blome-Drees, 2011, S. 2)

Modell aufgetan hatte, wieder überbrückbar zu sein. Allerdings war der Erfolg dieses Vorschlages nicht nachhaltig, denn nun trat einfach eine andere Fragestellung aus der Staat-Markt-Polarität in den Vordergrund, und zwar ob die Genossenschaften nun gemeinnützig seien oder nicht. Weisser liefert zu dieser beinahe über Jahrzehnte geführten Debatte, wie Genossenschaften nun eingeordnet werden könnten, eine schlüssige Antwort im Kontext von Dülfer, indem er die Doppelnatur wieder auf die Werterhaltung zurückführt: *„Die Genossenschaften vermehren die Vielgestaltigkeit der Wirtschaftsgesellschaft. Hierdurch und durch ihre Begünstigung des Entstehens von ‚Gemeinschaft‘ mindestens zwischen sozial und wirtschaftlich schwachen Gesellschaftsmitgliedern erfüllen Genossenschaften als öffentlich geltende Aufgaben. Dies ergibt sich aber nicht aus dem Begriff Genossenschaft, sondern ist ein soziologisches Theorem. Es wird zu einem Postulat, wenn Freiheitlichkeit der Gesellschaft, ‚soziale‘ Gerechtigkeit und kultureller Reichtum einschließlich ‚Gemeinschaft‘ hochgeschätzt werden. Genossenschaften sind insoweit de facto ‚gemeinnützig‘ (auch wenn ihre Mitglieder gewinnerstrebende Selbständige sind).“* (Weisser, 1977, S. 413)

Das nach wie vor „Nicht-Fassbare“ der Genossenschaften im Rahmen der neoklassischen Wirtschaftswissenschaften gipfelte, wie bereits weiter oben erwähnt, in der Annahme des Homo oeconomicus, der für übergeordnete Gesichtspunkte und Solidarität keinen Raum lässt. Seit 1945 fand dazu ein „Verschwinden“ der sozialen Frage (im europazentrierten Blick) statt und der Zeitgeist in Bezug auf Genossenschaften veränderte sich außerdem in folgenden Punkten zum Schlechteren:

- Der ungebremsste Vormarsch von Konsumismus und Hyper-Individualismus erodiert den Gemeinschaftsgedanken;
- Das Bild und der Begriff der Genossenschaft fixierten sich auf die partikuläre Teilgenossenschaft, und die umfassende Idee der Vollgenossenschaft verschwand;
- Die Mitgliedschaftsidee wurde eingeschränkt und verflacht; Mitglieder wurden zu Kunden;
- Viele kleinere, überschaubare Genossenschaften wurden zu großen Konzernen fusioniert;
- Die Angestellten bestimmten und leiteten die Genossenschaften immer offensichtlicher, de facto herrschte „Managerism“

Folgerichtig wurden die idealistischen Grundlagen von Genossenschaften weiter in Frage gestellt und zurückgedrängt. Die in der ICA (International Co-operative Alliance) gewählte, auf die Prinzipien der Rochdaler Pioniere zurückgehende „Definition“ der Genossenschaft wurde zwar 1995 präzi-

siert und besteht nun aus einem „Statement on the Co-operative Identity“¹⁴⁷ mit

- einer Definition (Definition of a Co-operative),
- den genossenschaftlichen Werten (*Co-operative Values*),
- den genossenschaftlichen Prinzipien (*Co-operative Principles*).

Aber das löste das „Problem“ der immer weiter aus dem Rahmen der enger denkenden Ökonomik fallenden Genossenschaften nicht. Auch die inzwischen stattgefundene Erweiterung der Dichotomie Markt–Staat zu einem Drei-Sektorenmodell mit Familie/Clan als Ergänzung (Etzioni, 1972, Pestoff, 1992) blieb noch unbefriedigend. Der spätere Versuch der Erweiterung zu einem Vier-Sektorenmodell mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen (NPO, NGO, freiwillige Vereinigungen etc.) als intermediären vierten Sektor (Evers/Laville, 2004) brachte zwar eine weitere Differenzierung, aber noch keine überzeugende Lösung für spezifisch genossenschaftliche Formen.¹⁴⁸ Z.B. werfen mögliche Widersprüche zwischen Mitglieder- und Gemeinwohlorientierung systematische Fragen auf (Schulz-Nieswandt, 2008, S. 334). Schulz-Nieswandt behebt diese Schwächen der Morphologie seinerseits mit einer Clusterung der dominanten Steuerungsprinzipien anhand der jeweils vorherrschenden Reziprozität¹⁴⁹ und der Einführung einer Anzahl von dynamischen Interdependenzen. Dieses differenzierte, verschachtelte Bild von Subsystemen unterschiedlicher normativer Handlungslogiken (Schulz-Nieswandt / Köstler, 2012, S. 471f.) wird heute in der Sozialpolitik als Wohlfahrtspluralismus verhandelt, setzte sich aber in der Genossenschaftsforschung und Betriebswirtschaftslehre nicht durch.

Es kam so, wie es kommen musste, als das ursprüngliche Verständnis und die reale Umsetzung von „Genossenschaft“ sich soweit abgeschliffen hatte: Auch die letzten Reste des ideellen Kerns begannen nun zu stören.

147 „The Statement was adopted by the International Co-operative Alliance at its 1995 Centennial Congress and General Assembly in Manchester, England.” (ICA, 2015, p.1)

148 Hier besteht z.B. ein Zusammenhang mit dem „Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project“, (<http://ccss.jhu.edu/research-projects/comparative-nonprofit-sector-project/>, Zugriff 10.10.2020), das die Bedeutung von Nonprofit-Organisationen weltweit erfasst und aufgrund der amerikanischen NPO-Sicht (non distribution constraint) z.B. Genossenschaften nur als Randerscheinung berücksichtigt (Salamon/ Anheier, 1996).

149 Er unterscheidet hier soldarfähige generalisierte Reziprozität (Seite Familie/Verwandtschaft), tauschorientierte balancierte Reziprozität (Seite Markt) und herrschaftlich organisierte Reziprozität (Seite Staat) (Schulz-Nieswandt, 2008, S. 326)

Eine eigentliche „Umdefinition“ der Genossenschaft fand nun in den letzten zwei Jahrzehnten statt. Der „Member owned business-Approach“ (MOB) wurde eingeführt. Johnston Birchall, einer der Hauptvertreter dieses Ansatzes, versuchte eine aktuelle Definition von Genossenschaft, indem er einen „business-approach“ wählte, d.h. eine Weltsicht, die von einer prinzipiell aus privatwirtschaftlich-kapitalistischen, gewinnorientierten Unternehmen bestehenden Wirtschaft ausgeht. Dabei stößt er auf Schwierigkeiten, denn die „Principles and Values“, angewendet auf die bestehenden (insbesondere die großen) Genossenschaften, zeigen keinen signifikanten Zusammenhang mit der Realität, der eine entsprechende Typologisierung möglich machen würde (Birchall, 2011, p.4f.). Deshalb bezweifelt er, dass diese Prinzipien an sich eine Berechtigung haben: *“Seen from this perspective, co-operatives are businesses that have a particular identity derived from a sense of history and commitment to a particular set of principles, but they are not all that different from other member-owned businesses.”*¹⁵⁰ (Birchall, 2011, p.12) Er beruft sich dabei auf die empirische Perspektive, die ihm recht zu geben scheint. Im eigentlichen Sinne reflektiert diese Perspektive aber nur einen maximierten individualistischen Ansatz, was besonders deutlich wird, wenn Birchall fragt, warum der MOB-Ansatz bevorzugt werden solle, und antwortet, dass der Hauptzweck der als MOB definierten Genossenschaft darin bestehe, die Bedürfnisse der Mitglieder zu erfüllen, wie auch immer diese von den Mitgliedern definiert würden. Die Bedürfnisse könnten auch eine beliebige Mischung aus wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen sein, die die Mitglieder zu einem beliebigen Zeitpunkt benötigten (vgl. Birchall 2011, p.14). Die damit angenommene Beliebigkeit der Mitgliederbedürfnisse entspricht der herrschenden Lehrmeinung von der als positiv gesehenen Willkür der Käuferinteressen und zielt natürlich auf eine Maximierung des Eigennutzens der Mitglieder ab. Damit wird der ideelle Kern der Selbsthilfe, die natürlicherweise eine Selbstverpflichtung enthält, komplett negiert (ja in sein Gegenteil verkehrt) und das Mitglied dem Kunden gleichgesetzt. Hier vernachlässigt Birchall sowohl die Historie als auch aktuelle Beispiele, bei denen die Selbsthilfe nach wie vor zentral ist, z.B. deutlich bei kleineren, über 100-jährigen Genossenschaften oder bei Neugründungen wie z.B. Dorfladenge-

150 Übersetzung durch den Autor: ‘Aus dieser Perspektive betrachtet sind Genossenschaften Unternehmen, die eine besondere Identität haben, die sich aus einem Sinn für Geschichte und dem Bekenntnis zu einer bestimmten Reihe von Prinzipien ableitet, aber sie unterscheiden sich nicht allzu sehr von anderen Unternehmen im Besitz von Mitgliedern.’

nossenschaften. Die positive Sichtweise von Birchalls radikaler Reduktion ist, dass damit das Feld wieder frei wurde für eine Neubestimmung des Genossenschaftlichen an sich. Dies fügt sich auch in die Vorstellungen eines grundlegenden Spannungsfeldes von Herrschaft und Genossenschaft (Schulz-Nieswandt 2003) und lässt sich darin gut erfassen. Die bestehende Vorstellung von Genossenschaft, die immer stärker „herrschaftskonform“ gemacht wird, und die eigentliche Genossenschaftsidee als Gegenpool der Herrschaft. Herrschaft und Genossenschaft könnten auch als historisch gleichursprünglich und gleichwertig-funktionale Lösungen eines sachziel-dominierten Wirtschaftens betrachtet werden. *„Aus der Sicht einer Anthropologie der Personalität dürfte jedoch die Genossenschaft gegenüber der legitimen Herrschaft des sozialen Rechtsstaates formaler Demokratie [...] die passungsoptimalere Form sein.“* (Schulz-Nieswandt, 2020, S. 4) Entsprechend öffnet sich erneut ein Fenster zur Utopie und lässt Hoffnung oder – soziotechnisch ausgedrückt – Gestaltungsfreiheit wieder zu, denn: *„Die globale (also planetarische) Welt als Rechts- und Hilfenossenschaft bleibt sicherlich das letzte Entwicklungsziel der Zivilisationsgeschichte.“* (Schulz-Nieswandt, 2020, S. 4)

Eine mögliche, daraus abgeleitet Arbeitshypothese ist folgende:

12. Die Genossenschaftsidee mit ihrer inhärenten Ethik hat auch auf der Ebene der gemeinschaftlichen, zur Selbsthilfe begründeten Unternehmung viel von ihrer ursprünglichen Kraft eingebüßt und muss sich wieder als Gegenmodell und Hoffnungsträger zum herrschenden Wirtschaftsverständnis positionieren und dazu neu definieren.

3.4. Ergänzendes zum Begriff der Vollgenossenschaft

In diesem Abschnitt werden noch weitere Aspekte beigezogen, die im Zusammenhang mit der Titelsetzung dieser Arbeit von Belang sind. Der Begriff der Vollgenossenschaft (engl. *full co-operative*) wird in verschiedenen Epochen und verschiedenen Zusammenhängen gebraucht. Er wird aber weder einheitlich verwendet noch hat er es bis zur Stufe einer allgemeinen Verwendung oder zum Namen in einer noch aktuellen Systematik geschafft. Im International Handbook of Cooperative Organizations wird der Begriff „full co-operative“ zum Beispiel nur zweimal kurz erwähnt,

davon einmal mit „full“ in Anführungsstrichen¹⁵¹ und das zweite Mal als Anschlussbegriff bei religiösen Gemeinschaften und Klöstern¹⁵².

Als erste Annäherung kann gesagt werden: *Vollgenossenschaft* wird vor allem als generelle Kategorie oder als Teilkategorie von einfachen Typologien verwendet und bezeichnet in Abgrenzung zu gewöhnlichen (Hilfs- oder Förder-)Genossenschaften, die sich üblicherweise auf einzelne Bereiche beschränken (z.B. Wohnen oder Konsum oder Bankleistungen etc.), eine Genossenschaft, die das gesamte Spektrum von wirtschaftlichen Bedürfnissen seiner Mitglieder in einem integralen Sinn abdecken will.

Die ursprünglichen Vordenker wie Saint Simon, Fourier, Owen oder auch Proudhon und noch Kropotkin gingen von einer grundlegenden und notwendigen Veränderung der wirtschaftlichen Strukturen aus, die eine Gemeinschaft, die Gesellschaft oder den Staat insgesamt betreffen. Für sie war klar, dass ein integraler Ansatz nötig war, um eine Veränderung der Zustände und damit einen Fortschritt in der Sozialen Frage erreichen zu können. Die partikuläre *Teilgenossenschaft*¹⁵³, die einzelne Aspekte umsetzen konnte, wurde dabei grundsätzlich eingeschlossen, aber üblicherweise als Vorstufe zur *Gesamtgenossenschaft* oder zu einer Grundeinheit oder zu einem Urbild (Faucherre, 1925a, S. 30) der neuen Lebensform (Phalanstère, Kolonie, Siedlung) gesehen, d.h. zur angestrebten neuen Gesellschaftsform. Diese Annahme wurde als selbstverständlich betrachtet und deshalb anfänglich auch nicht reflektiert. Das änderte sich, als sich im Zuge der Umsetzung von den nun auch erst als Genossenschaften bezeichneten Gebilden immer mehr einzelne Bereiche herauskristallisierten, die Erfolg hatten. Gleichzeitig waren viele Experimente von Gesamtgenossenschaften oder Kommunen wie derjenigen des Fourierismus, von Ikariern¹⁵⁴ oder von Owen in New Harmony gescheitert und ließen so erkennen, dass ein umfassender Ansatz sehr schwierig zu verwirklichen war. Trotzdem

151 “According to the extent to which co-operatives have a role in safeguarding the economic existence of their members there are also various types, such as “augmentary” and “full” co-operatives.” (Engelhardt, 1994a, p.104)

152 „These examples indicate that religious communities having more or less co-operative-like traits are closely related to the class of “full co-operatives”. (Fürstenberg, 1994, p.775)

153 „Teilgenossenschaft“ wurde z.B. von Hettlage (1983) verwendet. Gerhard Weisser verwendet auch den Begriff „hilfswirtschaftliche Genossenschaften“ (Weisser, 1955).

154 Experimente des Frühsozialisten Étienne Cabet (1788-1856) und seiner Anhänger in Nordamerika nach den Ideen von Cabets utopischem Roman *Voyage en Icarie* (‘Reise nach Ikarien’).

wurde dieser auch in der Fortsetzung noch angestrebt. Die Pioniere von Rochdale starteten zwar als Konsumgenossenschaft, indem sie als Erstes einen gemeinsamen Laden eröffneten, jedoch folgten, sobald der Erfolg es zuließ, weitere Schritte zur Errichtung „einer sich selbst genügenden Kolonie“ (Faucherre, 1925a, S. 36), die sie bereits in ihrem Grundsatzprogramm niedergelegt hatten.¹⁵⁵ Darin heißt es nämlich sinngemäß: „*Sobald als durchführbar soll die Genossenschaft dazu übergehen, Produktion, Verteilung, Erziehung und Regierung zu regeln.*“ (Faucherre, 1925a, S. 36.) Dies geschah dann auch anfänglich, und die Genossenschaft hatte bald eigene Produktionsbetriebe, Wohnhäuser, eine Bibliothek etc. Aber: „*Im Laufe der Jahrzehnte aufbauender Praxis verblasste das Idealbild der Vollgenossenschaft. Die Rochdale-Genossenschaft zog sich mehr und mehr auf das Gebiet der Konsumgenossenschaft zurück.*“ (Faucherre, 1925a, S. 49)

Während die Konsumgenossenschaften dann einen eigentlichen Siegeszug antraten, sich zu immer größeren Gebilden zusammenschlossen und an vielen Orten Großeinkaufsgesellschaften errichteten, wurden noch weitere Genossenschaftstypen wie Wohngenossenschaften, Kreditgenossenschaften oder Produktionsgenossenschaften populär. Die Aufmerksamkeit richtete sich also immer stärker auf die einzelnen Gebiete, und die ursprüngliche Idee verlor sich immer mehr. Zwar proklamierte auch V.A. Huber, der das Modell Rochdale sehr gut studiert hatte, in seinen Schriften noch die ökonomische Gesamtorganisation, die sich aus einer kombinierten Konsum- und Wohngenossenschaft weiter zu einer Siedlungsgenossenschaft und damit zur Vollgenossenschaft entwickeln sollte (Faucherre, 1925a, S. 124), aber seine Ideen dazu setzten sich nicht durch. Zunehmend waren Genossenschaften nun auch in bürgerlichen Kreisen akzeptiert, und ihr Zielbild begann sich von dort ausgehend zu wandeln. So sah Hermann Schulze-Delitzsch, der Gründer und Förderer deutscher Genossenschaften, den Vorteil der Genossenschaften primär im Zusammenschluss kleiner Handwerker in der genossenschaftlichen Großproduktion. Dadurch sollten marktbeherrschende Einheiten entstehen, die damit die Wirtschaft zugunsten des Klein- und Mittelstandes regulieren könnten. Er sah dabei keinen großen Nutzen in den Konsumgenossenschaften und lehnte die damit verbundenen Idee einer Umgestaltung der Wirtschaftsordnung ab (vgl. Faucherre, 1925a, S. 105ff.). Schulze-Delitzsch sah vielmehr, dass die Solidarität als Grundlage und Garantie einer „*lohnenden*

155 Das Programm der Rochdaler Pioniere ist eigentlich ein *Leitbild* und nicht zu verwechseln mit den pragmatischeren Rochdaler Grundsätzen ebendort (vgl. Faucherre, 1925a, S. 36 oder Huber, 1865, S. 16).

Tätigkeit für Alle“ dienen sollte und dass das (liberale) Assoziationswesen sich an die Einzelnen wendet, sich zusammenzuschließen in bestimmte, nach Tätigkeit und Interesse eingeteilte Gruppen. Die Gruppenmitglieder arbeiten nun daran, sich die Sicherung ihrer Existenz innerhalb ihres geschlossenen Kreises gegenseitig zu gewähren. (Kaltenborn, 2009, S. 9f.) Damit wurden Genossenschaften in Richtung förderwirtschaftlicher Clubs bestimmter Ausrichtung und bestimmter Milieus gesehen. In Grünfelds Einteilung der Genossenschaften nach sozialpolitischem Charakter¹⁵⁶ erscheint dieser Aspekt dann bereits als dominant (vgl. Grünfeld, 1928, S. 18f.).

Bock hat später die oben beschriebene Evolution des Genossenschaftsgedankens ebenfalls so beschrieben und als erste fünf seiner dreizehn „typischen Grundzüge“ charakterisiert:

- „aa) Am Anfang der Geschichte steht die allgemeine Genossenschaftsidee. Sie ist eine Sache der Menschheit (Totomianz, Vierkandt).*
- bb) Die Genossenschaften des 19. Jahrhunderts tendieren zur Vollgenossenschaft im Sinne eines Systems aller Genossenschaftsarten.*
- cc) Die Idee der Vollgenossenschaft wird auf die übrigen Genossenschaftsbereiche übertragen. Daraus entwickelt sich die Vorstellung von der Vergenossenschaftlichung der Wirtschaft und Gesellschaft (Pioniere).*
- dd) Christliche, sozialistische, liberale und konservative Motive haben die Entwicklung der Genossenschaften beeinflusst.*
- ee) Aus den verschiedenen wirtschaftlichen Aufgaben und den verschiedenen Ursprungsmotiven heraus setzt eine Differenzierung der Genossenschaftsarten nach wirtschaftlichen Funktionen, sozialen Gruppenhilfen und geistigen Motivationen ein.“ (Bock, 1969, S. 48)*

Der Begriff Vollgenossenschaft ist damit vermutlich im letzten Abschnitt des 19. Jahrhunderts entstanden, als das Genossenschaftswesen bereits stark differenziert und aufgeteilt war, denn nun musste man beginnen, umgekehrt zu argumentieren: Die Genossenschaftsidee war nun in vielen verwirklichten, spezialisierten Teilgenossenschaften in der Gesellschaft angekommen und fest verankert. Auf das ursprüngliche, umfassendere Bild von Genossenschaft musste nun mit der Vorsilbe *Voll-* hingewiesen werden. Der Begriff ist damit ein indirekter, kategorisierender Ausdruck und wurde vermutlich deshalb auch mehrheitlich in Fachkreisen gebraucht.

156 Grünfeld unterscheidet Genossenschaften des städtischen Mittelstandes, des ländlichen Mittelstandes und der Konsumenten und Proletarier (1928, S. 18).

Diese Bezeichnung wurde ab dem Beginn des 20. Jahrhunderts in der genossenschaftlichen Literatur häufiger verwendet und blieb bis in die 60er-Jahre als Begriff lebendig. Besonders Martin Buber verwendete ihn in *Pfade in Utopia*, indem er drei Hauptarten der Kooperation: Konsumgenossenschaft, Produktivgenossenschaft und Vollgenossenschaft mit der Vereinigung von Produktion und Konsum unterscheidet (Buber, 1967, S. 102).

Gerhard Weisser schlägt als „Oberbegriff“ (Definition) vor: *„Als Genossenschaften im wirtschaftlichen Sinne sollen freigebildete Gruppenwirtschaften gelten, für die zutrifft, daß sie entweder für die Haushalte bzw. für die Unternehmen („Betriebe“) ihrer Mitglieder unter Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Mitgliederhaushalte bzw. Unternehmen hauswirtschaftliche bzw. betriebswirtschaftliche Funktionen übernehmen, welche die Mitglieder nicht je für sich allein wahrnehmen wollen oder können (hilfswirtschaftliche Genossenschaften) oder den Mitgliedern als Grundlage ihrer wirtschaftlichen Existenz durch gemeinsame Beschaffung der Mittel ihres Lebensunterhaltes dienen (Vollgenossenschaften).“* (Weisser, 1955, S. 204) Diese Unterscheidung in Hilfs- und Vollgenossenschaften hielt sich in der wissenschaftlichen Literatur mehrere Jahrzehnte. Es wird dabei meist nicht klar definiert, ob die Vollgenossenschaft auch eine Lebensgemeinschaft ist. Häufig wird das implizit vorausgesetzt, da ein Zusammenfallen von Produktion und Konsum nur in gemeinsamer Haushaltung vorstellbar schien und vermutlich auch, weil die älteren Bilder von Kolonien und Siedlungen nachwirken. Ein weiterer verwendeter Terminus war die Produktivgenossenschaft, die dann zumeist der Vollgenossenschaft gleichgesetzt wurde (Henzler, 1950, S. 189f.)¹⁵⁷ oder als Unterkategorie verwendet wurde (Hettlage, 1983).

Georg Weippert setzt sich 1960 in einer Buchbesprechung zu Walter Preuss¹⁵⁸ mit dem Titel *Vollproduktivgenossenschaften als Lebensgemeinschaften* mit dem begrifflichen Gegensatz Vollgenossenschaft vs. Vollproduktivgenossenschaft auseinander. Darin moniert er die leichtfertige Gleich-

157 Henzler untersucht das Genossenschaftsgesetz: „Trotzdem ist neuerdings am Genossenschaftsgesetz, namentlich an seiner Begriffsbestimmung, kritisiert worden, daß darin nur oder doch bevorzugt die Genossenschaft als Förderungswirtschaft, die Hilfs- und Produktivgenossenschaft, nicht aber auch die Vollgenossenschaft oder die Vollgenossenschaft die gebührende Berücksichtigung gefunden habe. Diese Kritik ist zweifellos berechtigt und auch schon im Jahre 1898 vom Kammergericht geübt worden.“ (Henzler, 1950, S. 188)

158 Zum Buch *Das Genossenschaftswesen in der Welt und in Israel* von Walter Preuss.

setzung von „Vollproduktivgenossenschaft“ und „Vollgenossenschaft“¹⁵⁹ durch Preuss, die von diesem im Zusammenhang mit israelischen Siedlungsgenossenschaften und kommunistischen Kolchosen auch als integrale Genossenschaften bezeichnet werden.

Der Begriff Vollgenossenschaft wurde noch bis in die 1970er-Jahre sporadisch verwendet, verschwand aber danach aus der aktiven Terminologie sowohl der Genossenschaften als auch der Öffentlichkeit. Ein Artikel zu „Vollgenossenschaft“ existiert z.B. weder in der deutschsprachigen Wikipedia noch als Übersetzung „Full Cooperative“ in der englischsprachigen Version. Unter einigen wenigen neuen Verwendungen des Begriffes findet man bei Google hingegen das Freidorf in MuttENZ, das weiterhin als „Vollgenossenschaft“ bezeichnet wird.¹⁶⁰ Scheinbar war der Begriff in der Schweiz länger im Gebrauch (vgl. Aizsilnieks, 1957, S. 35) bzw. wurde durch die Arbeit von Karl Munding geprägt, der diese Vorstellung der Genossenschaft als Gemeinschaft und damit als Vollgenossenschaft als zugleich individuelle und gesellschaftliche Lebensbewegung sah (vgl. Faucherre, 1925b, S. 173).

Eine der wenigen „neueren“ Publikationen, die das Wort „Vollgenossenschaft“ auch im Titel tragen, ist *Die städtische Vollgenossenschaft* von Henrik Infield (1954). Darin werden die *communautés de travail*, eine Sonderbildung des französischen Produktivgenossenschaftswesens, als Vollgenossenschaften dargestellt.

Auch in der DDR wurde das Thema noch diskutiert, so z.B. im Artikel *Der Weg zum vollgenossenschaftlichen Dorf in der Deutschen Demokratischen Republik* (Droste / Jung, 1960). Im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands kam dann nochmals die Frage auf, wie die anders gedachten und gebauten Genossenschaften der DDR, die als Produktivgenossenschaften

159 „(Daß Preuss für Vollproduktivgenossenschaft ‘Vollgenossenschaft’ setzt, nur nebenbei; die Berechtigung hierzu leitet er daraus ab, daß die Ergänzungsgenossenschaften, die Förderungsgenossenschaften nicht den ‘ganzen Menschen’ umfassen, als solche also nicht ‘integrale’ Genossenschaften sind.) Zunächst ist zu wissen wichtig, daß Preuss ‘die israelitische Kwuzah’ als ‘die einzige vollkommene, integrale, allumfassende Genossenschaft’ ansieht, ‘die in der Welt existiert’. Sie gibt also das Leitbild ab.“ (Weippert, 1960, S. 247)

160 Zum Beispiel heißt es: „Das Freidorf ist der bedeutendste Siedlungsbau der Zwischenkriegszeit und Vorzeigeprojekt einer Vollgenossenschaft basierend auf den drei Säulen ‘Bodenreformbewegung’, ‘Konsumgenossenschaft’ und ‘Gartenstadtbewegung’.“ <https://openhouse-basel.org/orte/freidorf-siedlungsgenossenschaft/>, Zugriff 03.09.19, oder auf der Jubiläumswebsite: „Das Freidorf ist die erste Vollgenossenschaft und der bedeutendste Siedlungsbau der Zwischenkriegszeit der Schweiz.“ <https://www.freidorf-100-jahre.ch>, Zugriff 03.09.19.

(z.B. LPG) konzipiert waren und die im Sinne der sozialistischen Idee zur Vollgenossenschaft tendierten (vgl. Peyer, 1992, S. 301), in das Genossenschaftsrecht der BRD eingegliedert werden sollten. In der Kohl-Thatcher-Reagan-Ära war kein Verständnis zu erwarten, diese „Tendenz zur Vollgenossenschaft“ in irgendeiner Weise zu unterstützen. Peyer äußert sich zum Resultat der Umwandlung vom östlichen in das westliche Modell deutlich: *„Mit der Beseitigung der Produktionsgenossenschaften und ihrer vorherrschenden Stellung in Landwirtschaft und Handwerk schließt sich der Kreis. Die Genossenschaften werden wieder das werden, was sie für uns immer waren: Instrumente, die dem einzelnen in einer Marktwirtschaft helfen wollen, indem sie durch Zusammenschluss seine Marktposition stärken.“* (Peyer, 1992, S. 311) Dann scheint auch der Begriff vorerst für über zwanzig Jahre verschwunden zu sein. Erst im Bereich neuerer Untersuchungen zu Produktivgenossenschaften taucht der Begriff „Vollgenossenschaft“ in leicht veränderter Form wieder auf.

So definiert Schimmele in Anlehnung an Draheim, Dülfer und Henzler (2019, S. 13): *„Hier zeigt sich die erste wesentliche Besonderheit der Produktivgenossenschaft, die nicht ergänzend für die Mitgliederwirtschaften tätig ist, sondern die einzige Wirtschaft ihrer Mitglieder, d.h. ihre Existenzgrundlage, ist und kein eingeschränktes Leistungsspektrum aufweist; die Produktivgenossenschaften werden deshalb auch als Vollgenossenschaften bezeichnet, während andere Genossenschaftstypen als Ergänzungs-, Hilfs- oder Förderungsgenossenschaften gelten.“*

Noch deutlicher differenziert Guerra (2017, S. 38): *„Es gibt Produktivgenossenschaften, die durch einen intensiven Zusammenschluss in unterschiedlichen Lebensbereichen ihrer Mitglieder charakterisiert sind. Sie sind nicht nur eine Arbeitsgemeinschaft, sondern auch eine Art der Lebensgemeinschaft, indem die Genossenschaftsmitglieder sowohl Wohnen als auch andere Lebensbereiche gemeinsam gestalten. Diese Genossenschaften werden deshalb als Vollproduktiv-, Vollgenossenschaften oder Siedlungsgenossenschaften bezeichnet.“*

In diesem kurzen, unvollständigen Abriss der Begriffsgeschichte zeigt sich nochmals, dass die ursprünglichen Utopien und Idealbilder einer genossenschaftlichen Gesellschaft abgelöst wurden durch separierte Bilder von einzelnen Unternehmen und durch eine pragmatischere Denkweise. Etwas überspitzt könnte man aus heutigem Verständnis die Vollgenossenschaft also so herleiten: Es gibt viele verschiedene funktionierende Genossenschaften und wenn man deren Modelle etwas erweitert, zusammenführt und mit der Idee der Lebensgemeinschaft anreichert, erhält man eine Vollgenossenschaft.

Ich möchte dieser utilitaristisch geprägten Vorstellung mit dieser Arbeit etwas entgegensetzen und schlage deshalb bei meinem Modell eine andere, umfassendere Definition vor (vgl. Abschnitt 4.4.3).

Die Arbeitshypothese, die sich daraus ergibt, könnte wie folgt formuliert werden:

13. Das ursprüngliche Modell der Vollgenossenschaft enthält ein großes Potenzial als Modell für eine neue Wirtschaftsform. Es lohnt sich deshalb, dieses nochmals aufzugreifen und weiterzuentwickeln. Diese Idee kann heute durch neue, verbesserte Organisationsformen und technische Möglichkeiten mit viel größerem Erfolgspotenzial umgesetzt werden.

3.5. *Andere Vorstellungen von Geld und Währungen im Zusammenhang mit der genossenschaftlichen Entwicklung*

Wie oben angekündigt sollen in diesem Abschnitt noch einige konkrete „andere Vorstellungen“ von Geld und Währungen betrachtet werden, die im Rahmen der Ideen des utopischen Sozialismus und der Genossenschaftsbildung entwickelt wurden. Damit sollen Belege gesichtet werden, wie und wo die Geldfrage bei genossenschaftlichen Konzeptionen bereits behandelt wurde und welche Erfahrungen damit gemacht wurden. Es werden im Folgenden vier historische Beispiele angesprochen, bei denen die Idee eines veränderten Geld- oder Finanzsystems oder einer eigenen Währung bereits vertreten oder einige Aspekte davon umgesetzt wurden.

3.5.1. Zukünftige Banken bei den Saint-Simonisten

Bereits das Werk von Saint-Simon enthält implizit die Frage nach einem besseren Geld- oder Finanzsystem. Nach dem Tode von Saint-Simon wurde seine Arbeit fortgeführt¹⁶¹ und teilweise noch um wichtige Teile ergänzt. Besonders interessant in dieser Beziehung sind zwei Vorschläge,

161 Direkte Nachfolger waren z.B. seine Schüler Olinde Rodrigues, Barthélémy-Prospér Enfantin und Saint-Amand Bazard. Sie haben Saint-Simons Ideen umgestaltet, systematisiert und zu einer Doktrin geordnet (Doctrin de Saint-Simon).

die sich im Werk Bazaris und weiterer Schüler finden, wie Muckle berichtet.¹⁶² Der erste betraf die Eigentumsfrage:

Gemäß Saint-Amand Bazard wird der Staat in Zukunft durch eine Assoziation der Arbeiter gebildet, die den angesammelten Reichtum verwaltet und dadurch jedes Geburtsprivileg und insbesondere daraus abgeleitete Erbschaften verschwinden lässt. Diese „Kollektivierung“ des Eigentums soll jedoch nicht dazu führen, dass es dem Menschen verwehrt bleibt, durch eigene Leistung mit der gleichen Ausgangslage zum Beginn seines Lebens zu einem großen Reichtum am Ende des Lebens kommen zu können. Das Privateigentum würde dadurch wirklich der Ausdruck persönlicher Leistungsfähigkeit und deren Wertschätzung durch die Gesellschaft (vgl. Muckle, 1908, S. 294).

Der zweite Vorschlag betraf die Geld- und Finanzfrage. So sollte zur zukünftigen Organisation der Wirtschaft eine neue Institution geschaffen werden: *„Die heutige Anarchie in der Produktion, die der Tatsache entspringt, daß sich die ökonomischen Beziehungen ohne einheitliche Regelung abwickeln, muß einer Organisation der Produktion weichen. [...] es werden nicht mehr isolierte Unternehmer sein, die unabhängig voneinander, ohne Kenntnis meist der ökonomischen Bedürfnisse, die Produktionsgestaltung bewirken, sondern dies wird einer ‚sozialen Institution‘ zufallen. Eine zentrale Verwaltungsbehörde, die von erhöhtem Standpunkt aus das weite Gebiet der sozialen Ökonomie zu überblicken vermag, wird diese in einer der Gesamtheit dienlichen Weise regulieren und die Produktionsmittel den geeigneten Händen überweisen, sorgen namentlich für eine ständige Harmonie zwischen Produktion und Konsumtion.“* (Muckle, 1908, S. 295)

In den Jahren 1820–1830 wurden Bazar und seine Mitautoren noch konkreter und identifizierten – aus heutiger Sicht vielleicht überraschend – die Banken als diese Institution: *„Nun muß man gewahr werden, wie im Schoße dieses ungebundenen Wirtschaftslebens Institutionen entstanden sind, die eine gewisse Organisation der wirtschaftlichen Arbeit in ihren Aufgabenkreis einbezogen haben: es sind die Banken. Ihre ökonomische Funktion stellt in einer allerdings erst keimartigen Andeutung das Bild der noch zu schaffenden Produktionsorganisation der Zukunft dar. Denn die Banken sind die vermittelnden Glieder zwischen den Industriellen, die Produktionsmittel benötigen einerseits und den Besitzern von Produktionsmitteln andererseits.“* Und später dann: *„Es gilt, die ‚germes organiques‘, die das heutige Bankwesen in sich*

162 Die lückenhafte Zitierweise von 1908 ließ es leider nicht zu, herauszufinden, wo genau Muckle die entsprechenden Stellen gefunden hatte und wie er mit der Übersetzung aus dem Französischen umgegangen war.

birgt, zu einer allseitigen Entfaltung zu bringen, die bisherige Funktion der Bankiers zu einer ‚fonction sociale‘ zu gestalten.“ (Muckle, 1908, S. 296) Mit diesem Gedanken erfassten die Saint-Simonisten schon sehr genau, was heute selbstverständlich ist: Die Banken steuern durch die Kreditvergabe die Investitionen und beeinflussen damit die Richtung, in welche sich die Wirtschaft weiterentwickelt. Das kann als eine Art strategische oder indirekte Steuerung angesehen werden. Aber die Saint-Simonisten sahen noch einen zweiten entscheidenden Teil der zukünftigen sozialen Funktion in der direkt regulierenden oder steuernden Tätigkeit der Banken: *„Dies geschieht durch eine Zentralisation, dann durch eine Spezialisierung der Banken, also durch eine Verzweigung dieser über das ganze Land und durch die hierarchische Zusammenfassung in einem Zentralinstitut. Dieses letztere stellt die soziale Verwaltungsbehörde dar, die über die Produktionsmittel verfügt, welche sie durch Vermittlung der Zweigbanken dem Produzenten zuweist, und die durch eine regulierende Tätigkeit das ökonomische Gleichgewicht aufrechterhält. Weiter fällt ihr die Aufgabe zu, beim Todesfall oder Rücktritt eines Produzenten den geeigneten Nachfolger zu finden, da ja in der neuen Gesellschaftsordnung eine individuelle Besitzübertragung nicht zulässig ist.“* (Muckle, 1908, S. 296–297) Es wurde also die Wichtigkeit einer zentralen Geld-Verwaltung betont, die mittels der Koordination der Produktionsmittel eine optimierte ökonomische Steuerung erreicht. Diese Idee, dass Geldverwaltung und Wirtschaftssteuerung zusammengehören und dass mittels Geldsystem die Wirtschaft gesteuert werden kann, war hier erkannt worden. Dass dafür die bestehenden Währungen aber nicht verwendbar sein würden, erscheint noch nicht als ebenso zentraler Punkt. Dieser zweite Aspekt wurde praktisch gleichzeitig von Robert Owen verfolgt und in einigen Punkten auch umgesetzt.

Arbeitshypothese

14. Banken sind (mittels der von ihnen verwalteten Währung) Vermittlungs- und Steuerungsorganisationen einer Wirtschaft. Sie haben damit primär eine soziale Funktion und bestimmen über die Richtung der zukünftigen Produktion die gesellschaftliche Entwicklung.

3.5.2. Geldexperimente Robert Owens

Bereits in der kurzen ersten „Betriebsphase“ des Experiments in der Siedlung New Harmony in Indiana/USA brachte Owen die Idee ein, eine eigene Währung für die Gemeinschaft einzuführen: die sogenannten „La-

bor Notes“¹⁶³, die darauf basierten, die in den Produkten „gespeicherte“ Arbeitsleistung in Stunden zu beziffern und diese dann „Arbeit gegen Arbeit – Stunde gegen Stunde“ auszugleichen oder „einzutauschen“. Diese Idee wurde jedoch nicht aufgegriffen¹⁶⁴, wie der Anarchist Josiah Warren, der in New Harmony dabei war, berichtet (Sartwell, 2011, S. 186). Nach dem Ende des Versuchs, als er New Harmony verlassen hatte, kam Warren aber auf diese Idee zurück, die er als essenziell für Lösung der Gerechtigkeitsfrage in der Wirtschaft sah. Er begann mit der Herausgabe von „Labor Notes“ in Experimenten¹⁶⁵ mit eigenen Verkaufsgeschäften (Martignoni, 2018b, S. 47).

In England setzte Robert Owen nach seiner Rückkehr aus den USA seine Arbeit fort, um die Not und Armut der Bevölkerung zu lindern. Dabei ging es auch um die aktuelle Wirtschaftskrise, die England damals gerade erschütterte. Owen entwickelte dafür bereits 1820 in seinem *Report to the County of Lanark* eine eigene Arbeitswert-Theorie: *“That The Natural Standard of Value Is, In Principle, Human Labour, or the Combined Manual and Mental Powers of Men Called Into Action”* (Owen, 1832). Für die Lösung des Problems kam er auf die Idee mit der Zeitverrechnung zurück und sah – nicht als Einziger – den nächsten Schritt in einem Handelssystem, das auf dem Produktionsfaktor Arbeit basierte und für eine adäquate Entlohnung der Arbeiter sorgen sollte. Mit der zunehmenden Verbreitung von Produktivgenossenschaften entwickelte sich ein Bedarf an einem größeren Absatzmarkt für deren Produkte. In der Folge kam die Idee von Austauschbasaren auf. Dort sollte die Überproduktion der Genossenschaften hingeschickt werden, um sie weiterzuverkaufen. Den ersten *Exchange Bazaar* gründete die *Association for promoting Co-operative Knowledge* Ende 1829 in der Greville Street in London. 1832 wurden auf Anregung von Dr. William King zwei weitere größere Basare in London gegründet, die aber

163 In England dann *Labour Notes* = Arbeits(wert)-Scheine.

164 Es gab später (vermutlich ab 1843) in der weiterhin existierenden Kolonie New Harmony dann aber tatsächlich solche Labor Notes, die durch die Erfolge von Warren angeregt wurden und von ihm auch über drei Jahre begleitet wurden (Warren, 1846). Hier ist also eine Ungenauigkeit zu korrigieren, die bei diversen Quellen vorkommt, u.a. bei Martignoni 2018, S. 47.

165 Dies im Zusammenhang mit einem Handelsladen in Cincinnati (Cincinnati Time Store). Dieses erste erfolgreiche Experiment mit Labor Notes wurde zwischen 1827–1830 durchgeführt. Warren beendete es, weil er anderenorts neue Ideen umsetzen wollte (Martignoni, 2018, S. 47). Später ging Warren dazu über, doch einen Waren-Referenzwert (oder Wertmaßstab) der Arbeitsleistung, und zwar in „Pounds of Corn“, anzugeben.

bei Weitem nicht an die Größe der bald von Owen gegründeten *Equitable Exchange Bank* herankamen.“ (vgl. Uhl, 2013, S. 79)

Durch die Schaffung von Equitable Banks of Exchanges sollte die Einführung von Arbeitsscheinen inmitten und parallel zu der bestehenden Währung und Wirtschaftsordnung ermöglicht werden. (Uhl, 2013, S. 79) Dafür verfeinerte Owen seine Überlegungen und schrieb in seiner neuen Zeitung *The Crisis*: „*All wealth proceeds from labour and knowledge. And labour and knowledge are generally remunerated according to the time employed. Hence it is proposed, to make time the standard, or measure of wealth.*“¹⁶⁶ (The Crisis, Bd. 1, 30. Juni 1832, S. 60)

Owen richtete in der Folge 1832 eine Warenbörse (National Equitable Labour Exchange) in London und später auch an anderen Orten ein, an der Waren mittels Stundengutschriften (Labour Notes) gekauft und verkauft werden konnten. Dabei erhielt der Arbeiter für seine Ware neben dem Wert des verarbeiteten Materials eine Vergütung für die zur Herstellung des Erzeugnisses durchschnittlich notwendige Zeit. Diese musste von einem speziellen Ausschuss der Börse festgesetzt werden (vgl. Elsässer, 1984, S. 191). Die kompliziertere Handhabung und das mangelnde Verständnis für die Vorteile des neuen Systems bei den Arbeitern führten aber nur zu einer kurzen Lebensdauer. Die Börsen mussten schon 1833 bzw. 1834 wieder geschlossen werden (vgl. Martignoni, 2018b, S46ff.).

166 Übersetzung durch den Autor: ‘Alle Reichtümer entstehen durch Arbeit und Wissen. Und Arbeit und Wissen werden im Allgemeinen nach der aufgewendeten Zeit vergütet. Daher wird vorgeschlagen, Zeit zum Standard oder zum Maßstab des Wohlstands zu machen.’

Dies kann als genereller Grundsatz und Begründung aller späteren Zeitwährungen (TimeBanks® etc.) betrachtet werden, wurde jedoch bereits bei der ersten Umsetzung der Owen’schen Banken relativiert: „Als erste Anpassung wurde ein Umrechnungsschlüssel von Arbeitsnoten zur nationalen Währung festgesetzt. Da die Gehälter in England zwischen einem und zehn Shilling pro Arbeitstag lagen, wurde als Berechnungsgrundlage fünf Shilling für einen Arbeitstag von zehn Stunden herangezogen. Daraus ergab sich eine Umrechnung von sechs Pence für einen Arbeitsschein von einer Stunde. Es wurde extra angeführt, dass dieser Standard wegen der geringeren Leistungsfähigkeit nicht für Frauen und Kinder gelten sollte, was angesichts der zweiten Anpassungsmaßnahme jedoch keinerlei Auswirkung haben konnte. Da die Produkte weder nach den im Einzelfall tatsächlich bezahlten Rohmaterialkosten und der aufgewandten Arbeitszeit, noch nach der durchschnittlich notwendigen Arbeitszeit bezahlt werden konnten, wurde ein Produkt schlichtweg nach dem üblichen Marktpreis beurteilt. Es war jedoch notwendig, um im Vergleich zum Markt konkurrenzfähig zu bleiben, sich an den niedrigsten üblichen Marktpreisen zu orientieren.“ (Uhl, 2013, S. 81)

Der detaillierte Bericht von Uhl zeigt auch auf, dass eine erzwungene Dislokation, Diebstahl, Streitigkeiten und eine Anpassung an die niedrigsten Marktpreise entscheidende Gründe für das Scheitern waren. Dennoch war die Grundidee einer zeitbezogenen Währung weiter präsent und wurde bis heute in Form von Zeittauschsystemen, Zeittauschringen oder Zeitbanken immer wieder aufgegriffen.

Owen vergaß zwar bei seinem Vorschlag einen neben Arbeit und Wissen ebenso wichtigen dritten Teil von „wealth“, nämlich den Zugang zu den natürlichen Ressourcen und zu den Produktionsmitteln, der durch Eigentums- oder Besitzrechte geregelt wird. Dennoch ist sein Ansatz, obwohl *„als Übergangspraxis zur Übergangspraxis gedacht, insofern die ideale Arbeitsbörse [...] zu einer Gesellschaft auf Grundlage von ‚Communities of Equality‘ führen sollte“* (Uhl, 2013, S. 82), bahnbrechend. Erstens verknüpfte er das Geld direkt mit einer dahinter liegenden Arbeits- oder Wissensleistung (zwar noch in Form von Produkten vorliegend) und drang somit zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit als der eigentlichen Geldbasis vor. Als Zweites erkannte er klar, dass ohne eine radikale Umbewertung der Leistungsbeiträge keine andere Wirtschaft möglich war und dass das bestehende Geld und der daraus entstandene Markt dies nicht leisten konnten. Stattdessen schlug er vor, demokratisch organisierte Gremien zu bilden, die mit Fachkompetenz im jeweiligen Gebiet die Werteverhältnisse der Produkte festlegen sollten. *„When there are several members of one trade, it will always be desirable that a sub-committee should be chosen by themselves from among them, by ballot, in order that persons in whose integrity and skill the depositors may have confidence, may be appointed to value the articles sent in for exchange“*¹⁶⁷. (The Crisis, Bd. 1, 30. Juni 1832, S. 61) Diese Idealvorstellung wurde zwar nicht verwirklicht, denn die Preise richteten sich noch nach dem bestehenden Markt aus. Der Ansatz einer bewussten und gemeinsam bestimmten Preisbildung bleibt aber zukunftsweisend.

167 Übersetzung durch den Autor: 'Wenn mehrere Mitglieder aus einem Geschäftszweig da sind, wird es immer wünschenswert sein, dass ein Unterausschuss von ihnen selbst durch Abstimmung aus ihrer Mitte ausgewählt wird, damit Personen, in deren Integrität und Kompetenz die Einleger Vertrauen haben, ernannt werden, um die zum Austausch eingesandten Artikel zu bewerten.'

Daraus folgt die nächste Arbeitshypothese:

15. Eine andere Währung und eine Internalisierung der Warenströme in Verbund mit einer bewussten und gemeinsam bestimmten Preisbildung durch demokratische Gremien sind notwendige Voraussetzungen für eine Verschiebung von Werten hin zu „communities of equality“ (Owen) und Vollgenossenschaften.

3.5.3. Die Volksbank von Proudhon

In gewisser Weise komplementär zu Owen arbeitete der Franzose Pierre Joseph Proudhon, der stärker bei einem grundlegenden Verständnis der Gesellschaft und der Sozialen Frage, also bei der Theorie ansetzte und von daher kommend dann als praktischen Impuls eine Volksbank (Proudhon, 1849), eigentlich auch einen Entwurf eines neuen Geldsystems, zu initiieren versuchte (Martignoni, 2018b, S. 48). Im Gegensatz zu Owen, der insbesondere bei seinen Ideen für genossenschaftliche Siedlungen stark mit „utopischen Bildern“ und entsprechenden detaillierten Konzeptionen arbeitet (Elsässer, 1984), wollte Proudhon die Utopien Saint-Simons und Enfantins, Fouriers, Owens, aber auch Auguste Comtes insofern überwinden, als dass er das Ziel des Sozialismus, wie Marx, in der Entwicklung zu einer Wissenschaft sah und dazu selbst einen Beitrag leisten wollte. Er sah den Weg in der „Defatalisation“, also der Befreiung des Menschen vom falschen Absolutheitsglauben (vgl. Buber, 1950, S. 46 und S. 49). Proudhon war ein Verfechter einer (radikalen) Wandlung oder Neugestaltung der Gesellschaft, weg von zentralisierenden Staaten, hin zu einer auf Gegenseitigkeit (Mutualismus) basierenden Gruppenbildung und zu einem neuen Verhältnis zwischen politischer und wirtschaftlicher Ordnung. In diesem Sinne hat er wesentliche Grundgedanken zu einer sozialistischen, auf genossenschaftlichen Strukturen beruhenden Gesellschaft vorweggenommen. Diese Gegenseitigkeit wollte er nun auch in der Praxis verwirklichen, wozu er das angesprochene Konzept einer Volksbank (*banque du peuple*) entwickelte, die nach folgendem Grundkonzept arbeiten sollte: *„Die an der Volksbank teilnehmenden Produzenten liefern [...] ihre Erzeugnisse bei der Bank ab. Im Gegenzug erhalten sie Bons¹⁶⁸, die in Kupons von 5, 10, 20 und 100 Francs ausgegeben werden. Die Volksbank nimmt eine Schätzung und*

168 Im Original: „bons de circulations“ (Proudhon, 1849).

Qualitätskontrolle der angelieferten Produkte vor und gewährt den Mitgliedern zinslose Kredite. Alle Mitglieder sind verpflichtet, die Bons auch ihrerseits an Zahlung zu nehmen.“ (Schneider, 1995, S. 30) Proudhon sieht dabei sehr klar die organisierende Funktion des Geldes bzw. der Bank und setzt sie analog zur organisierenden Funktion der Demokratie: *„La Banque du Peuple n'est que la formule financière, la traduction en langage économique, du principe de la démocratie moderne, la souveraineté du Peuple, et de la devise républicaine, Liberté, Egalité, Fraternité“*¹⁶⁹ (Proudhon, 1849, S. 1) Damit verstärkte Proudhon einerseits nochmals die Ansicht der Saint-Simonisten, dass die Bank eine zentrale Stellung in einer Gesellschaft einnehmen muss, lieferte aber andererseits dazu bereits eine konkrete institutionelle Vorstellung. Die Ähnlichkeiten mit Owens Konzept liegen in der Warenannahme und Bewertung, bei der sich Proudhon allerdings nicht auf die Arbeitszeit abstützte. Seine Begründung war eine wesentlich andere: Er wollte das Problem über eine neue Kredit- und die Geldzirkulation lösen, die auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit oder wechselseitigen Verpflichtung beruht (*réciprocité, mutualité*, Proudhon, 1848, p.4f.) und damit auf einer demokratischen Grundlage. Damit ging er über Owen hinaus, indem er das Geld- und Finanzwesen in der Form des gegenseitigen Kredits als maßgebendes Organisationsprinzip der Wirtschaft beschrieb.

Die Gründung der Volksbank hatte also einen dreifachen Zweck (vgl. von Beyme, 2013, S. 93):

1. Die vorher entwickelten Prinzipien der sozialen Verfassung anzuwenden und ein Vorspiel der politischen Reform durch ein Beispiel von freiwilliger, unabhängiger und besonderer Zentralisation zu liefern.
2. Die *„Sucht, regiert zu werden“* (von Beyme, 2013, S. 93), anzugreifen, indem der Initiative des Volkes ein neuer Aufschwung gegeben und die individuelle Freiheit durch die Gegenseitigkeit mehr und mehr befördert werden sollte.
3. Allen Produzenten Arbeit und Wohlstand zu sichern, indem man sie zueinander als Prinzip und Zweck der Produktion in ein Verhältnis setzte, mit anderen Worten: sie als Kapitalisten und Konsumenten gemeinsam organisierte.

Der Start der banque schien vielversprechend. Proudhon deponierte bei einem Notar in Paris im Januar 1849 die Statuten und begann das benötig-

169 Übersetzung durch den Autor: ‚Die Volksbank ist nur die finanzielle Formulierung, die Übersetzung des Prinzips der modernen Demokratie, der Volkssouveränität, und des republikanischen Mottos Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit in die Wirtschaftssprache.‘

te Kapital von fünf Millionen Francs in Form von Aktien über fünf Francs zu sammeln. Proudhon wollte diese Bestimmung aber umgehen und bot Mitgliedschaften an, die das Kapital über 10 Monate verteilt zu beschaffen erlaubten. In sechs Wochen erhielt er bereits Zusicherungen von etwa 20'000 Personen. Aber es wurden ihm große Steine in den Weg gelegt, und er wurde am 5. Juni wegen eines von ihm geschriebenen Artikels gegen Louis-Napoléon Bonaparte verhaftet, sodass die Gründung der Bank misslang (vgl. Dutrieux, 2008). Aus den Überlegungen Proudhons könnte folgende Arbeitshypothese gewonnen werden:

16. Die Wirtschaft und auch das Geldwesen müssen durch spezifische Verfassungen gewährleistet sein, in denen Produzenten und Konsumenten zueinander als Prinzip und Zweck der Produktion in ein Verhältnis gesetzt werden.

In der Folge scheinen in der Geschichte die Ideen zur Umgestaltung des Geldwesens wieder mehr in den Hintergrund zu treten. Marx und seine Nachfolger waren sich wohl des Einflusses des Geldes und der monetären Frage bewusst, sahen aber keinen Grund, neue Währungen zu proklamieren. So war es die Praxis der Konsumgenossenschaften, in der anderes Geld in Form von genossenschaftlichen Zahlungsmitteln als Nächstes auftreten konnte.

3.5.4. Andere Geldformen in der Konsumgenossenschaftsbewegung

Ein wichtiges Standbein der Konsumgenossenschaften war die sogenannte Rückvergütung. Diese Idee wurde im Wesentlichen bereits von den Pionieren in Rochdale (ab 1844) angewendet. Der dritte Grundsatz der Rochdaler Pioniere lautete: „Rückvergütung im Verhältnis zu den Einkäufen.“ Dabei wurden die Waren zwar zu marktüblichen Preisen verkauft, der Gewinn, den private Kaufleute mit dem (zu teuren) Verkauf der Waren machen konnten, sowie der Gewinn, der durch gemeinsame Beschaffung (Engros) und Effizienz der Konsumgenossenschaft erreicht wurde, wurden den Mitgliedern jeweils am Ende einer Periode bar zurückbezahlt. Die Rückvergütung bewegte sich in der Regel in einem Bereich von 5–10 Prozent des Umsatzes. Eine typische Rückvergütung umfasste 7 Prozent der Einkäufe, die das Mitglied anhand seiner Einkaufsbeträge an festgelegten Abrechnungsterminen in regulärem Geld zurückbezahlt erhielt. Um die genauen Ansprüche an den Betrag der Rückvergütung für die Mitglieder

einer Konsumgenossenschaft feststellen zu können, musste der Umsatz jedes Mitglieds (Haushaltes) pro Abrechnungsperiode genau erfasst werden. Dazu wurden in der Praxis verschiedene Systeme entwickelt und eingesetzt. Grundsätzlich konnten folgende Möglichkeiten verwendet werden (vgl. Martignoni, 2016a):

- A. Einschreibebücher: Erfassen der Käufe des Mitgliedes durch Eintrag des Kaufbetrages in ein Konsumbüchlein, allenfalls auch Sammeln der Quittungen und nachträglichen Eintrag
- B. Kontrollmarkensystem¹⁷⁰ (Metall- oder Pappmarken): Dabei erhielten die Mitglieder bei jedem Einkauf Marken in der Höhe des getätigten Einkaufs. Diese konnten dann in regelmäßigen Abständen zur Rückvergütung beim Verein abgeliefert werden.
- C. Rollmarkensystem (Papier-Klebmarken): Diese Marken wurden von einer Rolle abgezogen und wertmäßig in der Höhe der Einkäufe abgegeben. Sie mussten dann in Hefte aufgeklebt werden. Die vollen Hefte wurden dann in die Rückvergütung umgetauscht. Dieses System ist das klassische Rabattmarkensystem, das sich bis heute an vielen Orten auch außerhalb von Genossenschaften gehalten hat.
- D. Kreditmarkensystem (Metallmarken): Dabei mussten die Mitglieder die Marken in der Regel zuerst gegen Landeswährung kaufen¹⁷¹ und bezahlten dann später damit ihre Einkäufe. Es war das weitreichendste System und wird anschließend noch genauer ausgeführt.
- E. Kreditmarken mit integriertem Rabatt: Beim Eintausch durch das Mitglied von Landeswährung in Konsumgeld (Metall oder Papier) wurde ein direkter Rabatt gewährt. Damit konnte anschließend bei Vertragsunternehmen eingekauft werden, die dadurch einen Absatz hatten, den sie sich mit dem gewährten Rabatt gesichert hatten. Dieses System wurde z.B. im Consumverein „Humanität“ in Lille (F) ab 1848 eingesetzt (Pfeiffer, 1863, S. 120).

170 Hirschberg spricht hier auch von „Verrechnungsmarken“ (Hirschberg, 1975, S. 2).

171 Hirschberg erwähnt hier auch, dass es in gewissen Konsumvereinen möglich war, die Marken auch auf Kredit zu erhalten, zitiert aber dazu nur ein Beispiel aus der Direktion für Staatseisenbahnbetrieb (Hirschberg, 1975, S. 103). Da Konsumvereine nach dem Muster von Rochdale explizit die Barzahlung als zentral erachteten, ist zu vermuten, dass ein solcher Umgang mit Kreditmarken vor allem bei nicht-genossenschaftlichen Unternehmen stattfand, die den Kredit natürlich dann direkt mit dem Lohn verrechnen konnten.

Es gab also bei den üblichen Marken¹⁷² aus Metall zwei vollständig verschiedene Systeme: Bei System B flossen die Marken entgegen der Landeswährung. Wenn im Laden bezahlt wurde, erhielt die Käuferin oder der Käufer den entsprechenden Betrag in Marken. Diese wurden aufbewahrt bis zur periodischen Auszahlung der Rückvergütung und dann gegen die Rückvergütung (in „courantem Geld“¹⁷³) eingetauscht, flossen damit wieder zum Konsumverein und konnten erneut bei Käufen abgegeben werden. Typische Vertreter dieses Systems waren die Marken (Tokens, Coins) aus Rochdale aus Kupfer/Messing, die bald nach der Gründung des dortigen Konsumvereins 1844 eingeführt wurden und zur Vereinfachung der Rückvergütung dienten (Waddell, 1993). Marken dieses Typs besaßen also einen schwankenden Wert, analog zur jeweiligen Rückvergütung, also etwa 6–10 Prozent ihres aufgeprägten Wertes.

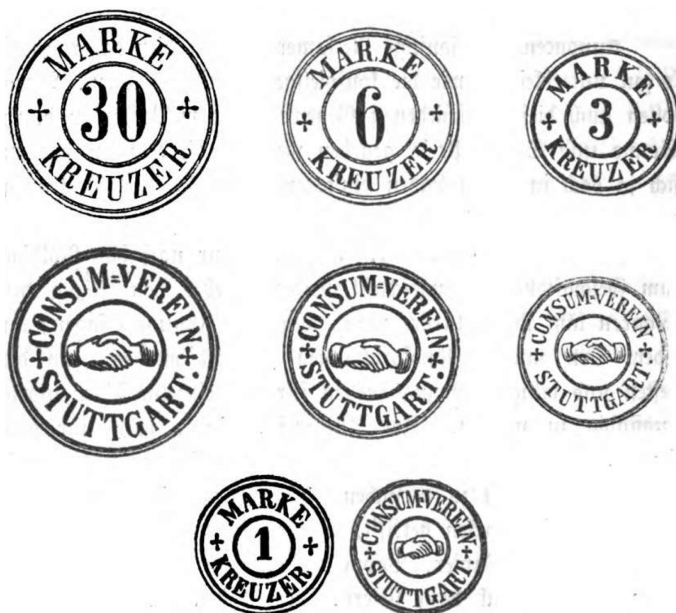
Ganz anders verhielt es sich mit den Marken der Systeme D und E. Diese wurden vor dem Kauf direkt gegen Landeswährung eingetauscht und galten als vollwertige Zahlungsmittel sowohl in den Läden der Konsumgenossenschaft als auch bei allen mit Vertrag eingebundenen Händlern und Geschäften. Marken dieses Typs flossen anstelle der Landeswährung und waren also für die Konsumenten praktisch gleich wertvoll wie diese (System D) bzw. sogar um den Rabatt wertvoller (System E). Hier kann deshalb auch explizit von einer Währung gesprochen werden.

Typische Vertreter des weit verbreiteten Systems D waren die Marken des Consum Vereins Stuttgart, wie sie von Eduard Pfeiffer dargestellt wurden (Abbildung 18). Sein Buch „Die Consumvereine“ (1865) enthielt eine detaillierte Beschreibung der Organisation und der Abläufe für das Rechnungswesen eines Markensystems. Die darin abgebildeten Marken wurden in sehr vielen Fällen auch in ihrem Design von anderen Konsumvereinen genau so übernommen.

172 Die von Konsumvereinen und Konsumgenossenschaften herausgegeben Marken wurden z.B. auch „Markengeld“, „Konsumgeld“ oder „Konsummarken“ genannt. Es existiert keine einheitlich definierte Bezeichnung (vgl. Martignoni, 2016a, S. 7–13). „Markengeld“ und „Konsumgeld“ werden hier synonym verwendet.

173 Synonym für Bargeld, vollwertiges Geld (im Sinne von Gold- und Silbermünzen).

Abbildung 18: Stuttgarter Marken als Vorlage für Konsummarken (Pfeiffer, 1865, S. 116)



Das Kreditmarkensystem hatte noch zusätzliche Vorteile: Durch den Vorabkauf des Konsumgeldes erhielt die Genossenschaft ein beträchtliches Kapital in konventioneller Währung von ihren Mitgliedern zinslos zur Verfügung gestellt. Heute würde man das als „Prepaid“ bezeichnen. Außerdem konnten die Umsätze der Mitglieder auch mit dem assoziierten Gewerbe sehr einfach festgestellt werden. Die Konsumgenossenschaft konnte damit auch Waren günstiger abgeben, die sie nicht selbst einkaufen und verkaufen musste. Dazu wurden sogenannte Markenverträge mit den Lieferanten der benötigten Waren abgeschlossen. Diese verpflichteten sich, die Marken von Mitgliedern der Genossenschaft 1:1 anstelle der Landeswährung anzunehmen. Sie konnten dieses anschließend bei der Zahlstelle der Genossenschaft gegen einen vereinbarten Abschlag wieder in courantes Geld einlösen. Der Vorteil für diese Geschäftspartner lag in der damit verbunde-

nen Kundentreue und dem entsprechend höheren Umsatz, den ihnen die Konsumgenossenschaft brachte.¹⁷⁴

Das System nach Pfeiffer setzte sich ab ca. 1863 besonders in Süddeutschland, Teilen von Österreich und in der Schweiz rasch durch. In der Region Basel entstand so das Markengeld des Allgemeinen Consumvereins Basel (A.C.V.), das zwischen 1880 und 1942 im Umlauf war. Dieses relativ gut dokumentierte System war das größte Markengeldsystem in der Schweiz und soll hier als Beispiel kurz erläutert werden.

Der Allgemeine Consumverein Basel wurde 1864 gegründet und eröffnete bereits 1865 seine erste Verkaufsstelle. Zu Beginn wurden Bezüge bei Vertragspartnern mittels Papiermarken abgewickelt. Der Entscheid von 1880, ein Markengeld einzuführen, scheint verschiedene praktische Ursachen gehabt zu haben, jedenfalls erwies sich das Markengeld, das bald „Consigeld“¹⁷⁵ genannt wurde, von Beginn weg als sehr erfolgreich. Der Bestand des Markengeldes betrug im September 1907 bereits Fr. 292'426 in Form von 522'523 Kupfer- und Messingmünzen (Martignoni, 2016a). Der Bestand und die Umsätze wuchsen noch weiter an. Infolge des Zweiten Weltkrieges wurden die Münzen jedoch als kriegswichtiges Buntmetall beurteilt. Nach einigem Hin- und Her wurden die Marken zurückgerufen und eingezogen. Bis sie dann eingeschmolzen wurden, dauerte es aber noch fast drei Jahre. Der Ersatz der Marken erfolgte durch Klebmarken nach dem System C. Der Systemwechsel ging innerhalb der Kriegszeit ohne großen Aufruhr vonstatten. Der Verlust des nicht unbeträchtlichen Betriebskredits und der zusätzlichen Möglichkeiten des Consigeldes als Zahlungsmittel in Vertragsgeschäften konnte offensichtlich anderweitig kompensiert werden. Leider existieren dazu keine genaueren Quellen.

Auch bei anderen Konsumgenossenschaften wurden die Markengelder sukzessive wieder abgeschafft. Dabei gab es teilweise Verbote wie in Deutschland, wo bereits kurze Zeit nach der Einführung des Genossenschaftsgesetzes eine Abänderung betreffend die Konsumvereine und Konsumanstalten erlassen wurde, welches die Ausgabe von Marken oder sonstigen Wertzeichen untersagte (Verhandlungen des Reichstags, 1895, Antrag 23, S. 96)¹⁷⁶. Damit verschwanden die vor allem in Süddeutschland

174 Wie weiter oben im Falle von Lille (F) erwähnt, gab es auch vereinzelt Konsumvereine, die ausschließlich auf dieses System setzten und keine eigenen Läden führten (vgl. Pfeiffer, 1963, S. 120f.).

175 Abgekürzte Dialektversion von Konsum-(Vereins-)Geld. Nicht gemeint ist etwa „Konsumgeld“ als Geld zum Konsumieren.

176 Ergänzung von § 8 als Abschnitt 5: „Den Konsumentenvereinen ist die Ausgabe von Marken oder sonstigen Werthzeichen oder von nicht auf den Namen lau-

üblichen und erfolgreichen Markengelder des Typs D und E der Konsumvereine in Deutschland. Im Gegensatz dazu wurde dieser Bereich in der Schweiz und in Österreich nie gesetzlich geregelt.¹⁷⁷

Aber auch praktische Gründe wie zu teure Markenherstellung, einfacher zu handhabende Papierversionen wie Rollmarken oder Paragontechnik¹⁷⁸ und besonders die Einführung der Registrierkassen führten zu einer Ablösung der Markensysteme (vgl. Hirschberg, 1975, S. 56). Einzelne Systeme überlebten aber länger. Die letzte bekannte Prägung von Konsumgeld in der Schweiz ist diejenige für die Konsumgenossenschaft Morbio Inferiore im Tessin vom 11.11.1968 (Kunzmann, 2004, S. 20). Das Markengeld der Konsumvereine bzw. Konsumgenossenschaften wurde vorwiegend als pragmatische Lösung für die Organisation der Rückvergütung, als kurz- bis mittelfristige Liquiditätssicherung (Betriebskredit in konventioneller Währung), für die Stärkung des Netzwerks mit assoziierten Unternehmen sowie als identitätsstiftendes Element und Kundenbindungsinstrument gesehen. Weitreichendere Überlegungen zur Nutzung zusätzlicher Möglichkeiten einer Währung wie beispielsweise Lohnzahlungen, Kreditschöpfung, interne Verrechnung, Kulturförderung etc. sind in den vorhandenen Quellen nicht ersichtlich.

Daraus lassen sich zwei weitere Arbeitshypothesen ableiten:

- | | |
|-----|---|
| 17. | Der Vorschlag, dass die Genossenschaftsbewegung auch ein anderes Geldsystem benötigt und eine andere Währung nutzen müsste, um erfolgreich zu sein, besteht seit ihren Anfängen und muss als wichtiger Bestandteil der Genossenschaftsidee betrachtet werden. |
| 18. | Die bisherigen Versuche, im Rahmen der Konsumgenossenschaften eine eigene Währung einzuführen, waren entweder noch zu wenig theoretisch fundiert oder hatten das große Potenzial von Währungen für die genossenschaftliche Wirtschaft nicht genügend einbezogen, um längerfristig erfolgreich sein zu können. |

tenden Zahlungsverprechen oder Zahlungsanweisungen, gegen welche Waren bezogen werden können, untersagt.“ (Antrag Nr. 23. vom 5. Dezember 1894)

177 Die entsprechenden Konsumgelder überlebten teilweise bis anfangs der 1970er-Jahre. Die letzte bekannte Prägung neuer Konsumgeldmünzen wurde 1968 von der Società Cooperativo di Consumo Morbio (Tessin) in Auftrag gegeben (Kunzmann, 2004, S. 20).

178 Im Durchschreibeverfahren handschriftlich erstellte Rechnungsbelege (Hirschberg, 1975, S. 57).

3.6. *Das Freidorf als Versuch einer Vollgenossenschaft*

In diesem Abschnitt wird ein historisches Beispiel einer Vollgenossenschaft mit eigener Währung als Kombination der beiden für das Modell zentralen Elemente vorgestellt. Es handelt sich um die bereits erwähnte Siedlungsgenossenschaft Freidorf in Muttenz in der Nähe von Basel. Diese spezielle und bis heute existierende Siedlungsgenossenschaft mit einer zugrunde liegenden Konzeption als Vollgenossenschaft wurde im Rahmen dieser Forschung vertieft untersucht und soll hier ausführlicher dargestellt werden. Der Fokus der Untersuchung lag besonders auf dem sogenannten Freidorfgeld, einer genossenschaftlichen Komplementärwährung, die vom ersten Bezug der Siedlung 1920 bis zum Jahr 1948 im Umlauf war. Das Freidorfgeld ist als Beispiel für ein genossenschaftliches Zahlungsmittel besonders interessant, da es zwar nach dem Muster eines Kreditmarkengeldes aufgebaut war, aber von einer Siedlungsgenossenschaft mit weitreichenden vollgenossenschaftlichen Zielsetzungen und Ansprüchen herausgegeben wurde. Die über 28 Jahre gesammelten Erfahrungen mit dieser vollgenossenschaftlichen Währung konnten in einigen Aspekten ausgewertet werden (Martignoni, 2016a und 2016b) und können weitere Anhaltspunkte liefern zur Hypothesenbildung und Konzeption für das neue Modell.

Die Untersuchung des Freidorfgeldes wurde mithilfe der Originalquellen zuerst im Archiv der Siedlungsgenossenschaft und nach dem Umzug desselben im Staatsarchiv des Kantons Basel-Landschaft in Liestal durchgeführt. Dabei wurden sowohl die veröffentlichten Dokumente wie Jahresberichte, Mitteilungsblätter und Jubiläumsschriften als auch interne Protokolle, Vertragsdokumente und Kassabücher auf Spuren des Freidorfgeldes untersucht. Daraus wurden die wichtigsten Merkmale zu Struktur, Gebrauch und Bedeutung sowie die geschichtliche Eingliederung im genossenschaftlichen Kontext erschlossen. Spezifisch wirtschaftliche Elemente und soweit möglich detaillierte Geldströme konnten partiell rekonstruiert werden. Als Hintergrund wurde auch die übergreifende Geschichte von Konsumgeld in der Region Basel-Schweiz-Süddeutschland hinzugezogen. Die vor wenigen Jahren erstellte Untersuchung von Matthias Möller (2015) und die Vorarbeiten des aktuellen Archivars des Freidorfes, Philipp Potocki, dienten dabei als Grundlage.

3.6.1. Geschichte der Siedlungsgenossenschaft Freidorf

Die schweizerische Konsumgenossenschaftsbewegung hatte bereits eine längere erfolgreiche Aufbaugeschichte hinter sich¹⁷⁹, in der 1890 auch eine zentrale Instanz, der Verband Schweizerischer Konsumvereine (V.S.K.)¹⁸⁰, gegründet wurde. Dieser Verband entwickelte sich rasant, war sowohl wirtschaftlich als auch politisch erfolgreich und hatte auch den Ersten Weltkrieg gut überstanden. Die Verbandsleitung machte sich aber gerade deswegen viele Gedanken zur weiteren Entwicklung der Genossenschaftsbewegung und suchte neue Möglichkeiten, um diese voranzutreiben. Durch eine vom schweizerischen Bundesrat genehmigte Schenkung von Kriegsgewinngeldern des V.S.K. wurde 1919 der Bau der modellhaften Siedlungsgenossenschaft Freidorf bei Muttenz möglich. Es sollte in diesem Dorf mit 150 Häusern, in denen zeitweise gegen 600 Personen lebten, eine umfassende, in Ansätzen auch autarke Gemeinschaft mit eigenem Laden, Restaurant, Handwerkern und Schulen entstehen. Aus den Mieteinnahmen des schuldenfrei¹⁸¹ erstellten Dorfes sollten später weitere Freidörfer auch an anderen Orten der Schweiz gebaut werden können. Die ganze Konzeption wurden von den Gründern als Vollgenossenschaft¹⁸² bezeichnet und als solche in vielen Belangen auch umgesetzt. Vieles verlor sich aber danach im Laufe der Zeit wieder (vgl. Möller, 2015).

Die Idee des Freidorfes entstand in einem längeren Prozess unter den führenden Köpfen des V.S.K. und war stark vom Genossenschaftsverständnis Karl Mundings, der wiederum auf V.A. Huber aufbaute, beeinflusst. Bernhard Jaeggi, der Präsident der Verwaltungskommission und Politiker im Schweizerischen Nationalrat, hatte sich ebenfalls Gedanken zu weiteren Entwicklung der Genossenschaftsbewegung gemacht und war der Ansicht, *„dass man sich in der Genossenschaftsbewegung wieder etwas mehr*

179 „Die erste [Konsum-]Genossenschaft in der Schweiz, die 1864 ausdrücklich unter Berufung auf diese Grundsätze [der Pioniere von Rochdale] geschaffen wurde, war der Konsumverein Schwanden im Kanton Glarus.“ (Schelker, S. 13)

180 Heute COOP Schweiz, Basel.

181 Der Name „Freidorf“ bezog sich auch darauf, dass keine Schuldbelastung auf Boden und Häusern lag. Siehe auch die folgenden Abschnitte.

182 Die Vollgenossenschaft wird durch H. Faucherre als Siedlungsgedanke des Freidorfs folgendermaßen umschrieben: „Die Erziehungsidee vermählt sich mit der konstruktiven gesellschaftlichen Organisationsidee und beide suchen alle Lebensgebiete und damit den ganzen Menschen im geschlossenen und engen Raum zu umfassen und methodisch für die Gesellschaftszwecke zu bilden.“ (SFG, 1943, S. 32)

auf deren Ursprung besinne, dass man die Gründe und Verhältnisse, die zur Bildung von Konsumvereinen geführt haben, wieder etwas mehr vergegenwärtige“ (V.S.K. 1922, S. 1). Aus der Reflexion über die als kritisch angesehene Entwicklung von immer größeren Konsumvereinen und zur dringenden Bildung und Erziehung der Menschen zur Gemeinschaft entstand der Gedanke eines „Reformwerkes“, das durch eine Dezentralisierung und Rückkehr zur überschaubaren Größe gekennzeichnet war. Jaeggi ging entschlossen ans Werk und konnte zusammen mit dem Vorstand alle Voraussetzungen zum Bau einer neuen Siedlung schaffen, die *Freidorf* genannt wurde¹⁸³. Zusammen mit Karl Munding 1921 erstellte Jaeggi später noch detailliertere programmatische Richtlinien und legte darin die Kernideen für das Projekt Freidorf und weitere geplante Unternehmungen fest. „Auf diesem Hintergrund gepaart mit der erzieherischen Philosophie von Heinrich Pestalozzi wurde die „Siedlungsgenossenschaft Freidorf“ 1919 gegründet.“¹⁸⁴

Die Gestaltung und der Bau des Freidorfs wurde zügig angegangen: Innert nur zwei Monaten wurde das Grundsätzliche geplant, das Projekt der Öffentlichkeit vorgestellt, die Siedlungsgenossenschaft gegründet und der Beschluss gefasst, einen Baugrund in der Gemeinde MuttENZ, an der Stadtgrenze von Basel, zu erwerben (vgl. Möller, 2015, S. 69). Der junge Architekt Hannes Meyer, später Direktor des Bauhauses in Dessau, wurde mit der baulichen Umsetzung beauftragt. Meyer hatte bereits viele sozialreformerische Wohnmodelle und genossenschaftliche Strukturen studiert. In

183 Die Geschichte der Namensgebung wird später so erzählt: „Auf das Osterfest 1919 reisten zwei Männer von Basel nach Weggis am See: Dr. Rudolf Kündig, ein alter, überzeugter Bodenreformer, seit meiner im Jahre 1903 erfolgten Demission bis zum heutigen Tage Präsident des Aufsichtsrates und der Delegiertenversammlung des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine und alt Nationalrat Bernhard Jaeggi, seit 1899 Leiter und Organisator des Verbandes, unter dessen Führung dieser seinen ungeahnten Aufschwung genommen hat. Jaeggi kam mit einem großen Plan nach Weggis: eine Stiftung großen Stils aus den Mitteln des Verbandes, die er im Laufe der Jahre als stille Reserve angesammelt hatte und nun nach den neuen Schweizer Gesetzen entweder an den Bund als Kriegssteuer abführen sollte oder vom Steuerpflichtigen selbst verwendet werden konnte für einen der Allgemeinheit zugute kommenden Zweck, der als solcher von der zuständigen Behörde anerkannt ward. Der Plan war: Stiftung einer Siedlungsgenossenschaft. Der Landankauf war vorsorglich gesichert, der Zweck der steuerbefreienden Stiftung von den Bundesbehörden genehmigt in Anbetracht der großen Wohnungsnot in der Stadt Basel. Es handelte sich also nur noch um eine Verfassung. Die beiden Männer haben während der Ostertage diese entworfen. Dr. Kündig schlug den Namen ‘Freidorf’ vor.“ (Schär, 1922)

184 Zitiert nach <http://www.regionatur.ch/Themen/Siedlung/Gartenstaedte>, Zugriff 03.03.2016.

einem umfassenden partizipativen und integralen Ansatz entwarf er die neue Siedlung als Hülle für ein neues Gesellschaftsmodell: *„Hier ist alles Co-op. Co-op heisst Cooperation. Cooperation heisst Genossenschaft. [...] und so ist diese Siedlung ein Stein und Raum gewordenes Prinzip, allseitig und allorts unendlich angewendet, mathematische Formel, etwa (CO-OP)³ ∞.“* (Meyer, 1925, S. 42) Meyer schuf auch das Symbol des „Hauses im Kreis“ im Zusammenhang mit seiner Gestaltung des Freidorfgeldes im Jahre 1920 (vgl. SGF SdV 1920/27 und 29 sowie Abbildung 19). Die Baugeschichte und der erfolgreiche Erstbezug der Siedlung sind gut dokumentiert und werden hier nicht weiter ausgeführt.¹⁸⁵ Ein wichtiger Punkt, der bis heute gilt, war, dass im Freidorf nur wohnen konnte, wer beim V.S.K. (heute Coop Genossenschaft) oder seinen Betrieben angestellt war (SGF JB 1919, S. 12–13). Diese Einschränkung war einerseits der Idee der Vollgenossenschaft geschuldet, andererseits schränkte sie natürlich die Bandbreite möglicher Mitglieder sehr stark ein.

Erste Berichte über das erfolgreich gestartete Projekt waren teilweise sehr enthusiastisch und erfassten insbesondere auch den ideellen Gedanken. So schreibt J.F. Schär 1922 im Organ der Bodenreformer: *„Aber der Freidorfgedanke geht viel tiefer. Freidorf soll eine Vollgenossenschaft werden, ein leuchtendes Vorbild für die Um- und Neugestaltung der gesellschaftlichen Zusammengehörigkeit, des Mit- und Füreinanderlebens. Wir wollen erhalten und mit dem neuzeitlichen Geist vermählen, was uns die früheren Kulturperioden Gutes gebracht haben; wir wollen aber auch zu verwirklichen suchen, was uns die führenden Geister alter und neuer Zeit prophetisch gelehrt und vorgelebt haben. In Bezug auf das erste Postulat gilt es vor allem, die persönliche Freiheit gegenüber dem Staatszwang aufrechtzuerhalten. Keine soziale Gemeinschaft, auch selbst nicht eine ideale Vollgenossenschaft, ist Selbstzweck, sondern nur ein Mittel, damit innerhalb der Gemeinschaft jedes Glied seine Persönlichkeit frei entfalten kann.“* Das Freidorf wurde tatsächlich rasch auch zu einem Hort progressiver Kräfte, die an einem liberalen Sozialismus (Oppenheimer) oder am dritten Weg (Rüstow) arbeiteten. Der Erfolg beschleunigte die Entwicklung. Ein einfacher Bildungs-Vortrag für Konsumverwalter¹⁸⁶ im Genossenschaftshaus zu „Rationeller Warenvermittlung“ begann z.B. mit den folgenden Worten: *„Die Genossenschaftsbewegung hat sich das Ziel gesteckt, die Umwandlung der herrschenden Wirtschaftsordnung herbeizuführen; und zwar in der Weise, dass die Privatwirtschaft durch die Gemeinwirtschaft ersetzt werden soll.“* (Maire, 1926, S. 5) Zwischen dem 22. Und dem 25. Au-

185 Siehe z.B. Buch zum 25. Jubiläum, SGF (1943).

186 Geschäftsführer von Konsumgenossenschaften.

gust 1921 fand sogar der Kongress der International Cooperative Alliance im Freidorf statt. Es schien so, als ob sich die Vollgenossenschaft, ausgehend von den Konsumgenossenschaften, im Freidorf nun endlich doch verwirklicht hätte und diesmal erfolgreich wäre.

3.6.2. Das Freidorfgeld

Auch ein Markengeld wurde im Freidorf eingeführt. In den ausgedehnten Vorarbeiten und den fundierten philosophisch-theoretischen Grundlagen des Freidorfes wurde das Thema Geld noch nicht angesprochen. In den Gründungsstatuten der Genossenschaft wurden dann jedoch klare Richtlinien zur Versorgung bereits im Zweckartikel vorgegeben:

„Die Genossenschaft sucht ihre Zwecke zu erreichen: b) durch gemeinsame Beschaffung der im Haushalt ihrer Mitglieder benötigten Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände in guter Beschaffenheit und Abgabe derselben unter mässigem Zuschlage und genauer Befolgung des Grundsatzes der Barzahlung.“ (SGF, 1943, S. 197)

Ein Markengeld wurde damals gerade für die Sicherstellung der Barzahlung als sehr effizientes System angesehen. Außerdem kann davon ausgegangen werden, dass die meisten Mitglieder der Siedlungsgenossenschaft und insbesondere die leitenden Gremien durch ihre Verwurzelung im V.S.K. und ihren Wohnsitz in der Region Basel auch das weitverbreitete Konsumgeld des Konsumvereins beider Basel gut kannten oder sogar als Mitglieder des Vereins selbst verwendeten. Eine gewisse ideologische Prägung der Freidorfidee mit einem eigenen Konsumgeld kann ebenfalls als Motiv angenommen werden.

Das Freidorfgeld als Diskussionsgegenstand erschien ein erstes Mal als „Markengeld“ am 10. Februar 1920 in der 17. Sitzung des Verwaltungsrates: *„Geldverkehr im Freidorf. Es wird noch darüber diskutiert, welches Zahlungssystem sich für die Warenvermittlung am besten empfehle. Die Mehrheit des Verwaltungsrates scheint der Meinung zu sein, es solle das Büchleinsystem in Verbindung mit Markengeld gewählt werden. Ein Entscheid wird später erfolgen.“* (SGF SdV 1920/17)

An der 26. Sitzung des Verwaltungsrats vom 20.06.1920 wurde nochmals protokolliert: *„Für die Zahlungen im Konsumladen sind Marken als Konsumgeld in Aussicht zu nehmen. Der Verwaltungsrat ersucht B. Jaeggi, im Sinne*

der gemachten Ausführungen an der Generalversammlung zu referieren.“¹⁸⁷ (SGF SdV 1920/26) Die am Nachmittag des gleichen Tages stattfindende Generalversammlung hatte dann diese Mitteilung scheinbar ohne Diskussion entgegengenommen, sodass an der darauffolgenden 27. Sitzung des Verwaltungsrats vom 29.06.1920 der endgültige Beschluss gefasst werden konnte: „Ausgabe von Konsumgeld. Der Verwaltungsrat beschließt, Konsumgeld aus Aluminium anfertigen zu lassen und zwar je 3000 Stück von folgenden Sorten: 5 cts., 20 cts., 50 cts., 1 Fr., 5 Fr. Architekt Meyer wird ersucht, eine Zeichnung der Marken zu machen.“ Im Wochenblatt wurde dann dieser Entscheid mit folgenden Zeilen „beworben; „Die Münzen werden die Taschen unserer Hausfrauen nicht schwer belasten, denn sie sind aus Aluminium. Es können also ohne grosse Gefahr, sich zu überlücken, grosse Summen auf einmal eingetauscht werden, gegen schnöde gewöhnliche Silberlinge und Nationalbankpapier.“ (SGF Wochenblatt 27/1920)

Abbildung 19: Die Münzen des Freidorfgeldes aus Aluminium und Messing
(Photo J. Martignoni)



187 Die 26. Sitzung des Verwaltungsrates im Sitzungssaal des V.S.K. Thiersteinerallee 14 in Basel vom 20. Juni 1920, Beginn 9 1/2 Uhr vormittags.

Die effektive Inverkehrsetzung des geprägten Geldes an die Mitglieder wurde vom Verwaltungsrat am 14.09.1920 beschlossen (SGF SdV, 1920/34), kurz darauf auch im Wochenblatt ausgeschrieben (SGF Wochenblatt 35/1920) und scheinbar auch problemlos umgesetzt.

Ein ideeller Hintergrund des Freidorfgeldes ist nur an wenigen Stellen erkennbar. So wurde im ersten vollständigen Jahresbericht Folgendes über die Einführung des Geldes gesagt: *„Als genossenschaftliches Zahlungsmittel dient den Mitgliedern das Freidorfgeld für die Warenbezüge im Laden im Freidorf, für die Migrosbezüge¹⁸⁸, sowie für die Zahlungen im Manufakturwarenladen des V.S.K. und beim Bezuge von Schuhwaren. Dieses Freidorfgeld sollte zum eigentlichen Freigeld werden, was möglich wäre, wenn die Mitglieder sich entschließen würden, es immer für einige Zeit zum Voraus zu beziehen, dann hätte der Betrieb eben zinsloses Geld zur Verfügung und könnte wiederum zum Nutzen der Gesamtheit der Mitglieder damit arbeiten. Das Freidorfgeld trägt auf der einen Seite die Wertzahl [...], auf der anderen Seite steht ein Freidorfhäuschen, das Symbol sein kann, indem es zeigt, dass durch solidarisches Handeln der soziale Aufbau möglich ist. Die Bestrebungen im Freidorf berechtigen zu der Erwartung, sie werde ein aufmunterndes Vorbild für das geben, was erforderlich ist, um aus den Nöten unserer Zeit in eine bessere Zukunft zu gelangen.“* (SGF JB, 1922, S.38) Dabei war der verwendete Begriff „Freigeld“ eindeutig nicht im Sinne des damals ebenfalls propagierten Freigeldes nach Silvio Gesell zu verstehen, sondern bezog sich explizit auf genossenschaftliche Ziele. Zusammenfassend zeigt dieser Abschnitt auf, dass das Freidorfgeld als ein – allerdings eher untergeordnetes – Hilfsmittel gesehen wurde, um die hohen Ziele der Vollgenossenschaft zu unterstützen.

3.6.3. Verwendung

Das Freidorfgeld war einerseits ein Zahlungsmittel ausschließlich für die Genossenschaftsmitglieder und wurde im praktischen Verkehr mit courantem Geld in Mischung eingesetzt und im Normalfall meist nicht separat verbucht. Somit ist in den Unterlagen selten klar zu ermitteln, ob nun Zahlungen rein mit Freidorfgeld, anteilig in Freidorfgeld oder rein in courantem Geld erfolgten. In seinem eng begrenzten Rahmen wurde Frei-

188 Migrosbezüge, Migrosverkehr: Abnahme größerer Mengen (z.B. die zum Heizen benötigte Kohle oder die Kartoffeln) mittels Direkt- oder Sammelbestellungen waren auch von Mitgliedern möglich (Mi-Gros im Gegensatz zu En-Gros: Grosshandel).

dorfgeld somit als vollwertiges Geld angesehen, das ausschließlich von Mitgliedern eingesetzt werden konnte. Dies war aber nicht einfach zu kontrollieren, sodass es auch ab und zu Fälle gab, bei denen Nichtmitglieder dabei ertappt wurden, wie sie mit Freidorfgeld bezahlten. So heißt es in einem Protokoll: *„In einem dieser Fälle wurde ein Fünffrankenstück zurückbehalten, da sich der Besitzer über dessen rechtmäßigen Erwerb nicht ausweisen konnte. Die Polizei intervenierte auf Mitteilung von H. Möcklin, konnte aber auch keine glaubwürdige Auskunft erhalten und lädt die Organe der Genossenschaft ein, Strafantrag zu stellen.“* (SGF SdV 1924/134)

Die Strafanzeige wurde nicht erstattet, aber Freidorfgeld von Nicht-Siedlern entgegenzunehmen oder an diese weiterzugeben, wurde daraufhin explizit verboten. Der Einsatzbereich für die Mitglieder hingegen war sehr breit. Es konnten im Freidorf selbst fast alle Waren und viele Dienstleistungen damit bezahlt werden. Auch im Restaurant und bei Festen und Feiern konnte das Geld verwendet werden. Zusätzlich zahlte man damit die meisten Bestellungen größerer Mengen (Migrosverkehr¹⁸⁹) und man konnte z.B. auch in den Warenhäusern des A.C.V. und anderen mittels Markenverträgen verbundenen Betrieben in der Stadt Basel und Umgebung einkaufen wie mit gewöhnlichem Geld. (vgl. Martignoni, 2016b, S. 323f.)

3.6.4. Wirtschaftliche Bedeutung

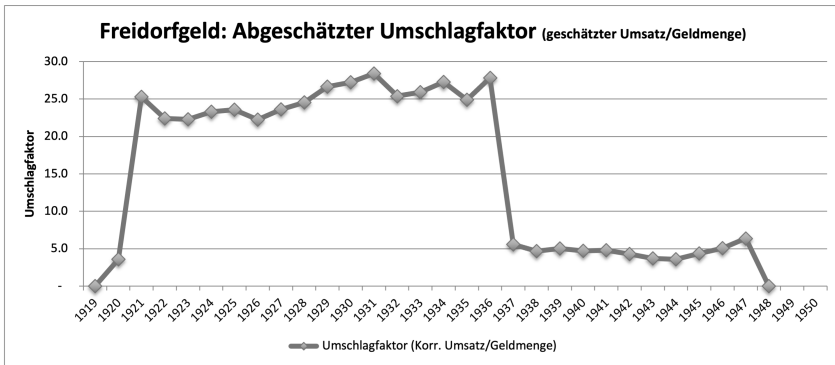
Die Jahresrechnungen der Genossenschaft in den ersten Dekaden erfasste jeweils den Kassabestand in Freidorfgeld und die Umsätze im Markenverkehr, die zu 100 Prozent mit Freidorfgeld erfolgt sein mussten, zeigt aber nicht, welcher Prozentsatz der weiteren Umsatzkonten (Ladenlokal, Manufactur u. Mercerie, Migrosverkehr) in Freidorfgeld erfolgten. Der Gesamtumsatz des Konsum-Teils der Genossenschaft bewegte sich von 1921 bis 1936, also in der Zeit, in der das Freidorfgeld voll integriert war, stets zwischen 520'000 und 670'000 CHF. Der abgeschätzte Freidorfgeld-Anteil daran müsste mindestens 85 Prozent ausgemacht haben (Martignoni, 2016b, S. 324f.). Man kann also von einem Durchschnitt von rund 510'000 CHF Umsatz ausgehen, was heißt, dass tatsächlich ein großer Teil des gesamten Konsums der Mitglieder über das eigene Genossenschaftsgeld abgewickelt wurde.

189 Hergeleitet aus „Mi-gros“ (franz.) ‚mittelgroß‘, in Abgrenzung zum Großhandel „En-gros“.

Im Jahr 1936 wurde das Markengeld aus den beiden Läden zurückgezogen, was den Freidorfgeld-Umsatz schlagartig um 80 Prozent reduzierte. Das kann bereits als Anfang vom Ende gewertet werden.

Ein wichtiger geldtechnischer Faktor insbesondere bei physisch vorhandenem Geld (Münzen, Noten) ist auch der Umschlagfaktor (in der Volkswirtschaft etwas ungenau „Umlaufgeschwindigkeit“¹⁹⁰ genannt). Geld, das vor allem dem Zahlungsverkehr dient, hat einen größeren Umschlagfaktor als Geld, das vor allem zu Sparzwecken gehortet wird. Für den Dollar wurde 2015 eine Umlaufgeschwindigkeit von 5.9 angegeben, d.h. die gesamte Dollarmenge (M1) wurde im Jahr 5.9-mal bewegt (umgesetzt).¹⁹¹ Euro und Schweizerfranken bewegen sich in ähnlichen Bereichen. Das Freidorfgeld hatte nun einen besonders hohen Umschlagfaktor, da es ja nicht gehortet, sondern möglichst rasch ausgegeben wurde.

Abbildung 20: Abschätzung des Freidorfgeld-Umschlagfaktors (Martignoni, 2016a)



Der Umschlagfaktor lag in den Jahren der Hauptnutzung jeweils im Bereich 22–28, d.h. es kann davon ausgegangen werden, dass ein durchschnittlicher Haushalt mindestens zweimal im Monat, eher aber wöchentlich Freidorfgeld eingewechselt hat. Nach der Abschaffung des Markengeld-

190 Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes gibt an, wie oft eine Geldeinheit pro Periode durchschnittlich zur Bezahlung von Gütern eingesetzt wird. (Quelle: Deutsche Bundesbank, https://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Service/Glossar/_functions/glossar.html?lv2=32056&lv3=61806, Zugriff 2.4.2016) Vgl. auch Quantitätstheorie des Geldes.

191 Vgl. FRED, St.Louis Federal Reserve (<https://research.stlouisfed.org/fred2/series/M1V>, Zugriff 2.4.2016).

des in den Läden reduzierte sich der Umschlag auf ein Maß von etwa 4–6, was zu einem größeren Stock an unbenutztem Freidorfgeld in der Kasse der Genossenschaft geführt haben muss.

3.6.5. Ende des Systems

Einen ersten Rückzieher beim Freidorfgeld wurde wie gesagt bereits 1936 gemacht. Durch die Einführung von modernen Registrierkassen sollte das Problem des häufigen (und nicht unbeträchtlichen) Kassenmankos gelöst werden. Die Registrierkassen dieser Zeit waren nur für eine Währung einsetzbar, dadurch wurde aber die Verwendung von Freidorfgeld im Laden nicht mehr möglich. Die Kunden erhielten stattdessen einen Coupon (Quittung), der aufbewahrt werden musste. Dieser Schritt, der vom Präsidenten Bernhard Jaeggi persönlich initiiert wurde, wurde von diesem als pragmatische Modernisierung und Verbesserung angepriesen und folgendermaßen begründet: *„Auch sonst sind keine tieferliegenden Gründe zu verzeichnen, die in der Bedienung oder allgemein eine Beeinträchtigung erwarten lassen. In Wirklichkeit handelt es sich nur um eine Anpassung an durch die Zeit veränderte Verhältnisse, die naturgemäß die Preisgabe bisheriger, keineswegs aber lebenswichtiger Gewohnheiten mit sich bringt. Anpassung und Eingewöhnung dürfte in kurzer Zeit erfolgen.“* (SGF SdV 1936/304) Obwohl drei Vorstandsmitglieder skeptisch waren, wurde der Antrag angenommen. Das Freidorfgeld konnte ab diesem Zeitpunkt nur noch im Migrosverkehr (Direktbestellungen), im Restaurant und im Markenverkehr (Käufe bei externen Geschäften, die mittels Markenvertrag ans Freidorf gebunden waren) verwendet werden.

Fast zehn Jahre lang war das Freidorfgeld dann noch weiter im Gebrauch, bis es schließlich in raschen Schritten in seiner Verwendung weiter eingeschränkt wurde: Ende 1947 hatte der A.C.V. beider Basel den Antrag gestellt, die bestehenden Markenverträge für seine Kaufhäuser (Cardinal, Falken, Börse) in Basel ohne Freidorfgeld weiterzuführen, was vom Verwaltungsrat auch so beschlossen wurde (SGF SdV 1947/436).

Eine weitere administrative Vereinfachung wurde im August 1948 vorgenommen, als der Migrosverkehr so geregelt wurde, dass kein Freidorfgeld mehr verwendet werden konnte (SGF SdV 1948/443). Kurz darauf wurden auch noch die verbleibenden Restfunktionen des Freidorfgeldes aufgehoben: An der Sitzung vom 26.11.1948 beschloss der Verwaltungsrat mit einer Gegenstimme die vollständige Außerkraftsetzung des Freidorfgeldes (SGF SdV 1948/447). In der darauffolgenden Sitzung stellte der

Opponent nochmals einen Rückkommensantrag. Im Protokoll ist die kritische Stimme nur mit *„Er findet, dass hier alte Grundsätze verlassen worden sind“* (SGF SdV 1948/448) vermerkt, eine genauere Begründung ist nicht festgehalten. Der Antragsteller wird nochmals mit allen anderen Stimmen überstimmt. Damit ist das Freidorfgeld Geschichte. Etwas lakonischer lautet dann der Eintrag des Freidorf-Chronisten in seiner Chronik unter dem Titel *Schluss mit dem Freidorfgeld: „In der Sitzung der Verwaltung vom 26. November wurde die sofortige Aufhebung des Verkehrs mit Freidorfgeld beschlossen. Seit der Einführung der Registrierkassen im Laden und der Rückvergütungsmarken beim ACV beider Basel war das Freidorfgeld nur noch von wenigen Personen im Verkehr mit dem Café Restaurant verwendet worden. Nun gehört auch es der Vergangenheit an.“* (SGF Chronik, Band I, S. 450) Im Jahresbericht wird das Ende ebenfalls erwähnt und als *„angenehme Vereinfachung“* angepriesen (vgl. SGF JB, 1948, S. 7 und S. 18).

3.6.6. Fazit und Relevanz

Das Freidorfgeld war in seinem Hauptaspekt ein typisches Konsumgeld oder Markengeld, das der Vereinfachung der Rückvergütung und der Liquiditätssicherung der Genossenschaft diente. Darüber erwies es sich aber in folgenden Punkten als besonders:

- Im Gebiet der Genossenschaft waren 100 Prozent der Bewohner Mitglied und Nutzende der Marken
- Das Freidorfgeld konnte für praktisch 100 Prozent aller Warenbedürfnisse verwendet werden und zusätzlich auch für gewisse Dienstleistungen (z.B. Umzug, Gartenarbeiten, Reparaturen) und Freizeitaktivitäten (z.B. Restaurant, Festbetrieb)
- Die möglichst umfassende Nutzung der Marken wurde in der Hauptnutzungsphase stark gefördert, kontrolliert und auch immer wieder durch Appelle im Wochenblatt angepriesen
- Das Freidorfgeld war ein Teil der Identitätsbildung und gab der Siedlungsgenossenschaft durch die „Münzhoheit“ eine weitere Funktion an die Hand, um eine souveräne Gemeinschaft (Vollgenossenschaft) darzustellen

Dennoch muss rückblickend gesagt werden, dass das Freidorfgeld hauptsächlich als pragmatische Maßnahme zur Förderung des Eigenkonsums und Vereinfachung der Rechnungen eingeführt und aus ebenso pragmatischen Gründen der Vereinfachung von Abläufen wieder aus dem Verkehr gezogen wurde. Das volle Potenzial eines solchen Systems wurde nicht

erkannt. Beispielsweise scheint nie die Idee untersucht worden zu sein, das Freidorfgeld direkt als Lohnbestandteil einzuführen, was durchaus möglich gewesen wäre, waren die Mitglieder ja gleichzeitig Angestellte des V.S.K. Diese Thematik in Bezug auf die Idee der Vollgenossenschaft, die ja die Produktion durch Mitglieder explizit einschließt, wurde scheinbar nicht erkannt, wäre aber entscheidend gewesen, um das Potenzial des Freidorfgeldes und damit auch des Freidorfs besser auszuschöpfen.

Die Betrachtung des Freidorfgeldes als genossenschaftliche Komplementärwährung ist sicherlich eine heutige Betrachtungsweise. Es gibt – wie gesagt – keine Hinweise darauf, dass es während seines Bestehens als Währung im eigentlichen Sinne betrachtet wurde. Das hätte dann auch zu Fragen und Problemen mit der Währungshoheit der Schweizerischen Eidgenossenschaft geführt. So wurde einfach gehandelt und nicht theoretisiert, und das Freidorfgeld ging als übliches Markengeld einer (Konsum-)Genossenschaft durch.

Daraus lassen sich zwei letzte Arbeitshypothesen ableiten:

19. Die lokale Verankerung einer Währung in einer großen Siedlung bietet die notwendige Voraussetzung für eine hohe Dichte der beteiligten Personen und eine häufige Verwendung der Währung, um Aussichten auf eine langfristige, erfolgreiche Verankerung eines Systems zu bieten.
20. Eine Währung im Rahmen einer Vollgenossenschaft sollte Produktion und Konsum sowie weitere wichtige Lebensbereiche wie Wohnen, Bildung, Kultur und Altersvorsorge gleichermaßen einbeziehen, um zu voller Wirkung zu gelangen.

3.7. Übersicht zu den Arbeitshypothesen und zur Aufgabenstellung

In diesem Kapitel wurden aus der Problemlage, Kritik und der historischen Entwicklung sowie aus der Rekapitulation von bereits vorhandenen Erkenntnissen und Ideen zwei Kernhypothesen und zwanzig ergänzende Arbeitshypothesen entwickelt, die hier nochmals vollständig dargestellt sind. Die Übersicht wird ergänzt um eine einfache Typisierung dieser Hypothesen, die damit als Bausteine für die weitere Modellentwicklung dienen können.

Tabelle 2: Übersicht zu den Arbeitshypothesen

Nr.	Kernhypothese	Typ
H-A	Die zunehmende Entfremdung von Menschen zur Natur, von der Arbeit als schöpferischer Akt und durch die Trennung in Produzenten und Konsumenten muss bewusst angegangen und reduziert werden.	A, W
H-B	Die Rolle von Geld als Substitutionsmittel zur Überbrückung der Entfremdung muss erkannt und durch die Entwicklung eines anderen Geldsystems aufgehoben werden.	K, V
Nr.	Arbeitshypothese	Typ
H-1	Die bestehende (geldbasierte) Wirtschaft und das herrschende Finanzsystem erzeugen und befeuern eine große Zahl gravierender Probleme und sind nicht nachhaltig.	A, K
H-2	Die globalen Probleme, wie Klimaerwärmung, Ausbeutung, Naturzerstörung oder Kriege nehmen zu und die Menschheit steuert auf größere Katastrophen zu. Es wird deshalb dringend eine andere, nachhaltige Wirtschaft mit einem neuen Finanzsystem benötigt.	A, V
H-3	Die Auffassung Geld sei ein „Tauschmittel“ ist irreführend und verschleiert den kollektiv verfassten Grundcharakter von Geld. Besser ist es, Geld als diskursive Institution und Teil der Rechtssphäre zu betrachten.	K, V
H-4	Die Geldordnung und die damit definierte(n) Währung(en) ist(sind) eine wichtige Basis aller wirtschaftlichen Vorgänge. Währungen können aber besser bestimmt und gestaltet werden, als sie es heute sind..	A, W
H-5	Eine veränderte Geldordnung und damit definierte andere Währungen wirken zurück und haben eine veränderte Wirtschaft zur Folge.	W
H-6	Eine Währung muss zweckgerichtet auf die gewünschte Wirtschaftsform gestaltet werden und sollte bereits systembasiert gegen Missbrauch und Zweckentfremdung abgesichert werden.	V, W
H-7	Die Suche nach Lösungsmöglichkeiten der Sozialen Frage führte zum Entwurf von Utopien und zum Versuch, daraus abgeleitete Ideen zu realisieren. Dies wurde später als utopischer Sozialismus bezeichnet.	A

3. Der Sozialismus und weitere Arbeitshypothesen

H-8	Der utopische Sozialismus zielte auf eine gegenwartsbezogene, etappenweise Restrukturierung der Gesellschaft ab. Dabei sollten neue Modelle des wirtschaftlichen Zusammenwirkens und der Gemeinschaft aufgebaut werden, um eine gewünschte Veränderung der Gesellschaft zu erreichen.	A, V
H-9	Die Grundidee des utopischen Sozialismus war die Zusammenführung von Produzierenden und Konsumierenden in einer freiheitlich-demokratisch und föderalistisch organisierten und entsprechend gebildeten Gesellschaft. Die Form, mit der das erreicht werden sollte, war die Genossenschaft.	A, W
H-10	Siedlungsgenossenschaften wie die Kibuzzim zeigen, dass Real Utopias langfristig möglich sind. Sie benötigen aber eine konstante Pflege der ideellen Grundlagen und der entsprechenden Verbindlichkeit der Mitglieder. Eine solche Gemeinschaft sollte deshalb laufend daran arbeiten, die ideelle Basis bewusst zu pflegen und weiterzuvermitteln und sich als gesellschaftliches Vorbild zu positionieren.	V, W
H-11	Der utopische Sozialismus ist zwar bisher gescheitert, aber die dahinterliegende Bestrebung, eine harmonischere, menschlichere Gesellschaft durch eine gemeinschaftsbezogene kooperative Wirtschaftsweise zu erreichen, ist nach wie vor anzustreben.	A, V
H-12	Die Genossenschaftsidee mit ihrer inhärenten Ethik hat auch auf der Ebene der gemeinschaftlichen zur Selbsthilfe begründeten Unternehmung viel von ihrer ursprünglichen Kraft eingebüßt und muss sich wieder als Gegenmodell und Hoffnungsträger zum herrschenden Wirtschaftsverständnis positionieren und dazu neu definieren.	K, V
H-13	Das ursprüngliche Modell der Vollgenossenschaft enthält ein großes Potenzial als Modell für eine neue Wirtschaftsform. Es lohnt sich deshalb, dieses nochmals aufzugreifen und weiterzuentwickeln. Diese Idee kann heute durch neue, verbesserte Organisationsformen und technische Möglichkeiten mit viel größerem Erfolgspotenzial umgesetzt werden.	V, W

H-14	Banken sind (mittels der von ihnen verwalteten Währung) Vermittlungs- und Steuerungsorganisationen einer Wirtschaft. Sie haben damit primär eine soziale Funktion und bestimmen über die Richtung der zukünftigen Produktion die gesellschaftliche Entwicklung.	A, W
H-15	Eine andere Währung und eine Internalisierung der Warenströme in Verbund mit einer bewussten und gemeinsam bestimmten Preisbildung durch demokratische Gremien sind notwendige Voraussetzungen für eine Verschiebung von Werten hin zu „communities of equality“ (Owen) und Vollgenossenschaften.	V, W
H-16	Die Wirtschaft und auch das Geldwesen müssen durch spezifische Verfassungen gewährleistet sein, in denen Produzenten und Konsumenten zueinander als Prinzip und Zweck der Produktion in ein Verhältnis gesetzt werden.	V, W
H-17	Der Vorschlag, dass die Genossenschaftsbewegung auch ein anderes Geldsystem benötigt und eine andere Währung nutzen müsste, um erfolgreich zu sein, besteht seit ihren Anfängen und muss als wichtiger Bestandteil der Genossenschaftsidee betrachtet werden.	A, V
H-18	Die bisherigen Versuche, im Rahmen der Konsumgenossenschaften eine eigene Währung einzuführen, waren entweder noch zu wenig theoretisch fundiert oder hatten das große Potential von Währungen für die genossenschaftliche Wirtschaft nicht genügend einbezogen, um längerfristig erfolgreich sein zu können.	A, K
H-19	Die lokale Verankerung einer Währung in einer großen Siedlung bietet die notwendige Voraussetzung für eine hohe Dichte der beteiligten Personen und eine häufige Verwendung der Währung, um Aussichten auf eine langfristige, erfolgreiche Verankerung eines Systems zu bieten.	V, W
H-20	Eine Währung im Rahmen einer Vollgenossenschaft sollte Produktion und Konsum sowie weitere wichtigen Lebensbereiche wie Wohnen, Bildung, Kultur und Altersvorsorge gleichermaßen einbeziehen, um zu voller Wirkung zu gelangen.	V, W

Legende

A = Annahme zur Ausgangslage / Problemlage

3. Der Sozialismus und weitere Arbeitshypothesen

K = Kritik an bisheriger Denkweise

V = Veränderungsvorschlag, Lösungsrichtung

W = Wirkungszusammenhang (postuliert)

Als zusammenfassende Gesamt-Arbeitshypothese und Versuch, die obigen Hypothesen in Bezug auf die Modellbildung nochmals zu verdichten, dient der folgende Vorschlag:

Arbeitshypothese 21

H-21: *Eine Genossenschaft als wirtschaftliche Gemeinschaft, die solidarisch-ethische Zielsetzungen und gemeinwirtschaftliche Grundsätze ernsthaft und konsequent mit ihren Mitgliedern verfolgen will, kann nicht langfristig darin erfolgreich sein, wenn sie nicht*

- a) ihre Mitglieder als Produzierende und Konsumierende gleichzeitig sieht und diese Funktionen in einer demokratischen, föderalen Art binnenwirtschaftlich zusammenführt,*
- b) die Funktionen und Regeln der Währung, die sie und ihre Mitglieder verwenden, genauso ihren Zielsetzungen unterwirft.*

Die Arbeitshypothesen H-A, H-B und H-1 bis H-21 sind Ergebnis der Kritik und Analysephase und enthalten Annahmen zur Ausgangslage, Kritik an der bisherigen Denkweise, Veränderungsvorschlägen sowie Lösungsrichtungen und postulieren gewisse Wirkungszusammenhänge. Sie dienen im nächsten Kapitel als Liste von Forderungen und Wünschen, als Aufgabenstellung, Impulse und Basisbausteine für den nächsten Schritt im Utopieprozess, das eigentliche Bild der Utopie und die Gestaltung der Leitsätze.